

Technik und Wirtschaft

Herausgeber: Dr.-Ing. Otto Bredt und Dr. Georg Freitag / VDI-Verlag GmbH, Berlin NW 7

27. Jahrgang

Juli 1934

Heft

7

Deutsche Versicherung im Ausland

Von Dr. Ernst-Justus Ruperti, Berlin

Wenn auch der Warenaußenhandel dem Umfang nach in der Regel der größte Bestandteil einer zwischenstaatlichen Zahlungsbilanz ist, die Ausfuhr von Leistungen aller Art, wie sie z. B. von unsern Schiffahrtsgesellschaften, Versicherungsgesellschaften usw. dem Ausland zur Verfügung gestellt werden, ist darum nicht weniger beachtenswert. Im Gegenteil, diese Art der Ausfuhr ist oft von entscheidender Bedeutung, vor allem für rohstoffarme Länder, zu denen Deutschland schon von jeher, in ganz besonderem Maße aber nach dem Versailler Diktat, gerechnet werden muß. Im Rahmen der von uns in letzter Zeit wiederholt veröffentlichten Arbeiten über die Steigerungsmöglichkeiten der deutschen Ausfuhr verdienen daher die Ausführungen von Dr. Ruperti, Vorstandsmitglied der Allianz und Stuttgarter Verein Versicherungs-Aktiengesellschaft, über die Aussichten unsres Versicherungsgeschäftes im Ausland große Aufmerksamkeit. Die Herausgeber

Das Auslandsgeschäft der deutschen privaten Versicherungsgesellschaften ist durch die Folgen des Krieges und der Tributverträge aufs schwerste getroffen worden. Die im feindlichen Ausland befindlichen Vermögen wurden enteignet, das erfahrene und bewährte Personal im Ausland in alle Winde zerstreut, der wichtigste Fundus der Gesellschaften, die Agentenorganisation, vollkommen zerstört. Auch wurde durch die sinnlose Inflation, deren zwangsläufige Folgen auf das Versicherungsgeschäft auch heute noch in Deutschland vielfach nicht begriffen werden, das Ansehen deutscher Gesellschaften international geschädigt.

Trotz aller Schwierigkeiten haben sich die großen deutschen Versicherungskonzerne nicht abhalten lassen, nach dem Wiederaufbau des deutschen Geschäfts, der in erstaunlich kurzer Zeit nach Beendigung der Inflation vollzogen wurde und das deutsche Versicherungsgewerbe auf eine Grundlage stellte, die bisher keine Krise zu erschüttern vermochte, wieder ihr Augenmerk über die deutschen Grenzen hinaus auf das Ausland zu richten.

Der internationale Charakter des Versicherungsgeschäfts

Bedingt wird diese Initiative durch den internationalen Charakter des Geschäfts selbst. Der Grundsatz der Mischung und der Verteilung der Risiken auf viele Schultern bringt es mit sich, daß die einzelnen Volkswirtschaften bei der Befriedigung des Versicherungsbedarfs aufeinander angewiesen sind. An den großen Katastrophenschäden, wie beim Brand des Dampfers „Atlantique“ sind Gesellschaften vieler Länder beteiligt gewesen. Die Deckung der riesigen Goldtransporte mit Schiff, Flugzeug usw., die im Zusammenhang mit währungspolitischen Maßnahmen einzelner Länder in den letzten Jahren stattgefunden haben, wäre ohne einen organisierten internationalen Versicherungsmarkt nicht durchführbar ge-

wesen. Man denke ferner nur an die Warentransportversicherung, um festzustellen, daß in diesem Zweig der Versicherung die internationale Verflechtung nicht nur seit Jahrzehnten, ja seit Jahrhunderten besteht, sondern daß sie geradezu die Voraussetzung für das Geschäft selbst bildet.

Ohne Kenntnis der Länder und der Marktlage in den verschiedenen Ländern ist eine Beurteilung des Risikos und damit Festsetzung der Prämien und Bedingungen unmöglich. Der Transportversicherung folgte die Feuerversicherung zunächst in der Form der Lagerversicherung. War aber einmal die Ware nach Übersee durch die Transportversicherung begleitet, durch die Lagerversicherung im Absatzland gedeckt, so brachte schon der Mangel an einheimischen Gesellschaften, wie er in der Vorkriegszeit insbesondere in Übersee vielfach kennzeichnend war, die Gesellschaften dazu, im Lande selbst festen Fuß zu fassen und sich des Binnenmarktes anzunehmen. Diese Abhängigkeit von den Versicherungseinrichtungen hoch entwickelter Länder in der Sachversicherung (Feuer, Transport usw.) besteht auch noch heute, obgleich die Kriegs- und Nachkriegszeit die Gründung vieler nationaler Gesellschaften in den versicherungsmäßig noch unentwickelten Ländern bewirkt hat, mit dem Zweck, sich von der Versicherungseinfuhr, wenn man es so nennen soll, unabhängig zu machen. Tatsache ist, daß die Summen der Risiken einer Volkswirtschaft, die versichert werden, so groß sind, daß eine Konzentration des Geschäfts bei nur einheimischen Gesellschaften in weniger entwickelten Ländern überhaupt nicht möglich ist und aller Wahrscheinlichkeit nach in manchen Ländern selbst bei starker Rückversicherung im Ausland niemals möglich sein wird. Es wird z. B. nur schwerlich ein Land wie Ägypten in der Lage sein, die sich in den Warenschuppen in Alexandrien zusammendrängenden riesigen Baumwollmengen, deren Wert Millionen Pfund beträgt, bei einheimischen Gesellschaften zu versichern. Ein Katastrophenschaden, mit dem immer gerechnet werden muß, würde wahrscheinlich das Ende dieser ägyptischen Assekuranz bedeuten. Auch dieses Beispiel möge als Beweis für die Notwendigkeit internationaler Zusammenarbeit im Versicherungsgeschäft dienen. Von Griechenland an, den Vorderen Orient eingeschlossen und den Fernen Osten, haben wir es mit Ausnahme von Japan mit Ländern zu tun, in denen in der Sachversicherung die eigenen nationalen Gesellschaften nur einen Bruchteil des Geschäfts selbst decken und auch dies nur durch Unterstützung von englischen und deutschen und sonstigen Rückversicherern.

Auch das Versicherungsgeschäft im Balkan hat seinen Ausgangspunkt in der Initiative ausländischer, vorwiegend deutscher Gesellschaften gefunden, die bereits vor dem Kriege eine rege Gründungstätigkeit entwickelten.

In diesem Zusammenhang ist vor allem der Münchener Rückversicherungsgesellschaft zu gedenken, der vor dem

Krieg größten Rückversicherungsgesellschaft der Welt, die die Tendenz zur nationalen Gesellschaft speziell in den kontinental-europäischen Gebieten rechtzeitig erkannte und vielfach die heute bedeutendsten und angesehensten Gesellschaften gründete und entwickelte.

Die Möglichkeiten für deutsche Gesellschaften

Angeregt also durch den internationalen Charakter des Versicherungsgeschäfts und die Möglichkeiten, die versicherungsmäßig hochentwickelten Ländern in der Welt gegeben waren, hat sich auch das Auslandsgeschäft der deutschen Gesellschaften entwickelt. Diese Möglichkeiten, Neuland zu erobern, sind auch heute noch in bestimmten Richtungen gegeben.

Während es im Sachversicherungsgeschäft wie Feuer und Transport darauf ankam, einen bereits vorhandenen Versicherungsbedarf zu decken und sich dadurch diese Branchen zwangsläufig zunächst entwickelten, bedurften und bedürfen heute noch andere Branchen, wie z. B. Unfall, Haftpflicht und Leben, vielfach noch der Voraussetzung, daß der Bedarf für diese Versicherungsarten in den einzelnen Ländern geweckt wird. Die Unfallbranche, wie wir sie in Deutschland kennen, steckt in den Versicherung einführnden Ländern noch stark in den Kinderschuhen. Auch die Haftpflichtbranche ist neu. In den romanischen Ländern, wie in Italien, Spanien, Mittel- und Südamerika und im ganzen Orient ist sie nahezu unbekannt. Nur in der Verbindung mit der Automobilversicherung führt sie sich als Haftpflichtversicherung langsam ein.

Am größten erscheinen die Aussichten im Lebensversicherungsgeschäft. Hier bietet die Welt noch ein großes unbearbeitetes Feld der Betätigung. Wenn man bedenkt, daß selbst ein Land wie Deutschland mit seiner hohen Versicherungskultur von Ländern wie Amerika, England, Kanada, Südafrika in der Intensität der Verbreitung des Lebensversicherungsgedankens übertroffen wird, so kann man sich vorstellen, welche Möglichkeiten gerade in diesem Versicherungszweig in Länderkomplexen wie Indien, China, in Europa vor allem in Ländern wie Spanien noch gegeben sind. Man vergegenwärtige sich ferner, daß noch vor wenigen Jahren der Bischof von Tarragona veranlaßt werden mußte, einen Hirtenbrief über den Versicherungsgedanken zu erlassen, da strenggläubige spanische katholische Kreise in der Lebensversicherung einen Eingriff in die göttliche Vorsehung erblicken zu müssen glaubten. Man stelle sich weiter vor, daß die ganze Welt des Islam im Vorderen Orient bis nach Indien hinein heute aus den gleichen Gründen für den Versicherungsgedanken Neuland bedeutet, welches der Erschließung harrt, daß ferner der Lebensversicherungsgedanke erst jetzt durch einige Gründungen großer chinesischer Bankkonzerne in China eingeführt wird, und ermesse dann die Möglichkeiten, die heute noch für Versicherung ausführende Länder in der Welt gegeben sind.

Bei diesen Möglichkeiten handelt es sich um ausgesprochen langfristige Geschäfte, denn es ist ein weiteres Kennzeichen, daß das Versicherungsgeschäft sich langsamer entwickelt als z. B. das Warengeschäft. Versicherungsgesellschaften verkaufen ja keine Ware, sie verkaufen Vertrauen, und Vertrauen gründet sich auf Erfahrung, und zur Erfahrung braucht es Zeit. Es ist daher einem rührigen japanischen Konzern wohl möglich, fremde Glühlampen aus dem eigenen Land zu verdrängen und sogar einen Teil der Welt damit zu überschwemmen, aber es ist nicht möglich, innerhalb derselben Zeit eine ähnliche Entwicklung auf dem Gebiet der Versicherung zu erreichen.

Zur Einführung von Lebensversicherungen ist nicht notwendigerweise ein hoher Stand der Zivilisation die Voraussetzung. So ist es dem Verfasser ein unvergeßlicher Eindruck, beim Besuch der Organisation seiner Gesellschaft im Jaffna-Distrikt im Norden Ceylons mit Versicherungsnehmern der Gesellschaft bekannt geworden zu sein, die lediglich ein weißes Tuch um die Hüften, sonst nichts, nicht einmal Sandalen, trugen. Die Rechnung ist sehr einfach, eine Strohhütte, ein paar Matratzen, eine Kiste, in der die „Habe“ der Familie verschlossen werden kann, ein kleines Reisfeld vor den Toren der Stadt, den Garten voller Kokospalmen, ein Depot von frischen Tabakblättern, aus denen man sich selbst die Zigarren dreht — und sie schmecken ausgezeichnet — eine Frau, deren Toilettensorgen mit einem neuen Sari jährlich (Kosten 8 Rs. = 8 RM) reichlich und elegant befriedigt werden, ein Haufen Kinder und Verwandte, die alle irgendwie helfen, und dann noch ein kleines Einkommen als Lehrer oder Beamter von 50 bis 60 Rupees (50 bis 60 RM) im Monat; und wir haben einen Lebensversicherungsinteressenten vor uns, der gut und gern eine Police über 1000 bis 2000 RM abschließen kann und es auch tun wird für seine Kinder, denn die Liebe für die Kinder ist ja bekanntlich bei orientalischen Völkern besonders entwickelt.

Allerdings ist es ein mühsames Geschäft, viele Dinge müssen beachtet werden. Das Horoskop dient als Unterlage für die Feststellung des Alters, die Schriftgelehrten müssen das Horoskop daraufhin studieren, die Zahlungen müssen an „günstigen“ Tagen geleistet werden, niemals nach Sonnenuntergang usw. Viele Kunden müssen gewonnen werden, bis ein namhaftes Geschäft zusammenkommt, und die Voraussetzung hierzu ist, erst einmal eine durch unermüdete Erziehungsarbeit geschulte Agentenorganisation zu entwickeln.

Keine schnellen — aber bleibende Erfolge

Das Versicherungsgeschäft also entwickelt sich gerade im Neuland langsam. Daher wirft es auch verhältnismäßig spät erst den Gründern Gewinne ab. Keine Neugründung wird in der Sachversicherung vor sechs Jahren, in der Lebensversicherung vor 8 bis 10 Jahren Gewinne abwerfen, und daher ist die Gründung von Versicherungsgesellschaften keine Angelegenheit für Leute, die schnell Geld verdienen wollen. Die Erfahrung zeigt, daß Neugründungen in weniger entwickelten Ländern in der Regel von Versicherungsgesellschaften hoch entwickelter Länder ausgehen oder auch von Banken. Die Versicherungsgesellschaften als Gründer können die späte und in der Regel bescheidene Rendite als Aktionär in Kauf nehmen, weil sie bei der neugegründeten Gesellschaft durch Rückversicherung der Risiken von Anbeginn an technisch beteiligt sind und Gewinnmöglichkeiten besitzen. Sie verkaufen also ihre Ware „Versicherung“ an das neugegründete Unternehmen. In der Warenbranche würde man das als Absatzsicherung bezeichnen. Treten Banken als Gründer auf, so besteht die Gefahr, daß die Gründung nicht immer zum Wohl der Gesellschaften und ihrer Versicherten ausschlägt, denn es wird in diesem Fall häufig der Wunsch der Bank maßgebend sein, die Versicherungsgesellschaft als kapitalsammelnde Unternehmung für die Zwecke des Bankgeschäfts zu gebrauchen und zu mißbrauchen. Die Interessen von Banken und Versicherern gehen selten Hand in Hand, vielfach getrennte Wege.

Die besondere Stabilität des Auslandsgeschäftes unsrer privaten deutschen Versicherungsgesellschaften ist u. a. in folgendem gekennzeichnet: während im Waren-

handel durch Erhöhung der Zölle, Kontingentierung oder andere Maßnahmen eine seit Jahrzehnten gewinnbringend gestaltete Geschäftsverbindung mit dem Ausland von heute auf morgen und ein für allemal vernichtet werden kann, haben — jedenfalls bisher — zollpolitische Maßnahmen in das Versicherungsgeschäft niemals eingegriffen. Zwar sind heute bestimmte Länder, wie z. B. Italien, Uruguay und andere, durch eine entsprechende Gesetzgebung für Gesellschaften, die sich dort neu niederlassen wollen, geschlossen. Wohl haben manche Länder, wie die Türkei, Chile und Italien, durch die Schaffung von staatlichen Rückversicherungsgesellschaften die Arbeit der einheimischen Versicherungsgesellschaften und damit auch der fremden beengt, trotzdem ist aber für die Auslandsarbeit noch genügend Spielraum geblieben, der auch den deutschen Gesellschaften ermöglicht, ein Auslands-geschäft von Bedeutung aufzubauen. Allerdings macht sich, in letzter Zeit besonders, ein starkes Bestreben in den einzelnen Ländern geltend, durch hohe Kauttionen den ausländischen Gesellschaften Schwierigkeiten zu bereiten. Die Maßnahmen haben aber auf der andern Seite den Vorteil, daß die kleinen Gesellschaften, deren Mittel nicht immer mit ihren Wünschen auf Weltgeltung in Einklang zu bringen sind, von den betreffenden Ländern ferngehalten werden. Den geschilderten günstigen Voraussetzungen für den Wiederaufbau des Auslandsgeschäfts stehen naturgemäß auch ungünstige gegenüber. So hat es Zeit gebraucht, bis man im Ausland den deutschen Gesellschaften wieder Vertrauen entgegenbrachte, d. h. richtiger gesagt war das Ausland an sich schon bereit, den aus der Vorkriegszeit her immer noch besonderes Vertrauen genießenden deutschen Unternehmungen ihre Versicherungen anzuvertrauen, aber die Konkurrenz sorgte dafür, daß Widerstände überwunden werden mußten. Bemerkenswert ist, wie selbstverständlich in dieser Beziehung z. B. die englische Konkurrenz mit ihren Bankinstituten zusammenarbeitet. So haben sich z. B. die englisch-indischen Banken in Indien lange gewiebert, deutsche Policen im Baumwollgeschäft zuzulassen. Auch heute machen sie immer wieder Schwierigkeiten; auch heute lassen in der Transportversicherung englische Banken grundsätzlich nur englische Policen als Kreditunterlage zu. Die deutschen Bankinstitute haben in dieser Beziehung stets eine liberale Einstellung gezeigt, wie in der Regel auch der deutsche Handel, dem es nicht, wie den Engländern, eine Selbstverständlichkeit war, die eigenen Versicherungsinstitute, da wo es möglich war, vorzuziehen.

Auslandsumsatz — 200 000 000 RM

Die ernste Sorge, die uns die Gestaltung unserer Zahlungsbilanz auferlegt, und die heute wohl in den Gesichtskreis nicht nur jedes deutschen Kaufmannes, sondern überhaupt jedes Deutschen gerückt ist, bringt es zwangsläufig mit sich, daß dem Auslandsgeschäft der deutschen Versicherungsgesellschaften ein besonderes Interesse entgegengebracht wird. Die vom Reichsverband für Privatversicherung vor wenigen Tagen in Freudenstadt abgehaltene Tagung hat sich speziell mit den Problemen des Auslandsgeschäfts beschäftigt in der Idee, die großen Auslandsbeziehungen der deutschen Privatversicherung in noch stärkerem Maße zu pflegen und auszubauen. Das Auslandsgeschäft der deutschen Privatversicherung ist bereits heute ein wesentlicher Faktor in der deutschen Handelsbilanz. Das Prämien einkommen der deutschen Gesellschaften im Ausland beträgt heute bereits wieder nahezu 200 000 000 RM im Jahr. Dieser Umsatz kann und muß noch weiterhin gesteigert werden. In

diesem Zusammenhang ist es wichtig zu betonen, daß die Überschüsse aus der Versicherungsausfuhr reine Überschüsse darstellen, die der deutschen Zahlungsbilanz voll zugutekommen, da sie ja nicht wie fast jede andere Ware durch Rohstoffzufuhr vorbelastet sind.

Allerdings ist die Versicherungsausfuhr politischen Erschütterungen gegenüber besonders empfindlich. Während deutsche Waren immer ihren Absatz finden, wenn sie den Wettbewerb schlagen, bedarf der Erfolg im Versicherungsgeschäft stimmungsmäßiger Voraussetzungen, die durch die zwischen den beteiligten Ländern herrschende politische und kulturelle Atmosphäre ständig beeinflußt werden. Es ist daher zu bedauern, wenn z. B. hinsichtlich farbiger asiatischer Völker so häufig ein Urteil in der deutschen Presse gefällt wird, welches vielfach nur aus der Unkenntnis zu erklären ist und unsere deutschen Versicherungsinteressen immer wieder schwächt und uns in unserer Arbeit um die Märkte dieser Länder zurückwirft.

Auslandsversicherung wirbt für Deutschland

Auf der andern Seite wohnt gerade der Werbung für deutsche Versicherungsgesellschaften ein propagandistischer Wert inne, den keine andere kaufmännische Betätigung aufzuweisen hat.

Um nämlich Versicherungen verkaufen zu können, muß nicht nur der Gedanke der Versicherung Eingang gefunden haben, nicht nur die verkaufende Gesellschaft und ihre Vertreter Vertrauen genießen, sondern dem Land, dem die Gesellschaft angehört, muß Vertrauen und nicht nur das, sondern ausgesprochene Sympathie entgegengebracht werden. Wenn also heute eine Gesellschaft wie die Allianz z. B. in Indien 500 Agenten, die die deutsche Sache zu der ihrer Existenz machen, unterhält, die Tausende von Indern für den Abschluß einer Lebensversicherung bei einer deutschen Gesellschaft gewinnen, so bedeutet das, daß eben diese Tausende bereit sind, Deutschland Vertrauen entgegenzubringen, und zwar nicht nur für heute oder ein Jahr, sondern für die ganze Dauer ihrer Versicherung, also unter Umständen ein Menschenalter.

Die deutschen Versicherungsgesellschaften leisten also eine stille Propagandarbeit für Deutschland, deren Wert gar nicht hoch genug eingeschätzt werden kann. Deshalb muß den Gesellschaften jedwede Förderung gewährt und ihre Arbeit nicht durch unzweckmäßige Veröffentlichungen erschwert werden. Wenn wir Deutschen wieder Weltgeltung erringen wollen, so kann das nicht geschehen, indem wir uns von der Welt abschließen und allmählich in einen binnenländischen Gesichtskreis zurück-sinken, aus dem heraus die großen politischen und wirtschaftlichen Probleme der Welt, die auch für uns nie aufhören werden, ihre Geltung zu besitzen, nicht mehr begriffen und beurteilt werden können; sondern wir müssen uns bemühen, wieder die Verbindung mit dem Ausland zu gewinnen, die uns ermöglicht, unsere Eigenart dem Ausland begreiflich und achtenswert zu machen. Wir müssen daher unsere besten Kräfte draußen einsetzen und diese Arbeit nicht nur unter dem Gesichtspunkt des kaufmännischen Interesses, sondern unter dem des Dienstes am Volke betrachten. Hier erwächst auch den deutschen privaten Versicherungsgesellschaften die Pflicht, im Rahmen vernünftiger kaufmännischer Grundsätze „Gemeinnutz vor Eigennutz“ gehen und neben dem eigenen Interesse die großen Gesichtspunkte entscheidend sein zu lassen.

[2080]

Zum Neuaufbau der deutschen Kraftfahrzeugstatistik

Nachdem in der amerikanischen Automobilindustrie vor Jahren einmal damit begonnen worden ist, statistisches Material zu sammeln und aus Gründen der Werbung der Öffentlichkeit in dem nunmehr alljährlich erscheinenden Büchlein „Facts and Figures of the Automobile Industry“ zu übergeben, hat sich das statistische Material, das sich um das Auto in den einzelnen Ländern der Welt gruppiert, zu einem der wichtigsten Faktoren der Wirtschaftsstatistik überhaupt entwickelt.

Überall erfreut sich das Automobil der besonderen Fürsorge der Steuerbehörden, so daß seine Registrierung aus steuerlichen Rücksichten das für die Beurteilung der Wirtschaftslage eines Landes überaus wichtige Zahlenmaterial über den Grad seiner Motorisierung nebenher wirft. In allen wichtigen Kulturländern wird daher eine meist jährlich wiederholte Erhebung des Kraftfahrzeugbestandes durchgeführt. Aus steuerlichen und sicherheitspolizeilichen Gründen findet ebenfalls in den meisten Ländern der Welt eine laufende Registrierung der neu in den Verkehr gesetzten Kraftfahrzeuge statt, die in Deutschland beispielsweise bei einer ersten Zulassung und dann späterhin jeweils bei eintretendem Besitzwechsel vorgenommen und in der monatlichen Zulassungsstatistik für neue und gebrauchte Kraftfahrzeuge ausgewiesen wird. Aus dieser Statistik geht wenigstens für die neuen Kraftfahrzeuge eindeutig und für die gebrauchten Kraftfahrzeuge mit gewissen Einschränkungen in hinreichender Klarheit hervor, wieviel Kraftfahrzeuge im Laufe eines Monats verkauft worden sind. Da diese Registrierung außerdem nach Marken und Hubraum erfolgt, erhält man ein genaues Bild der stückmäßigen Umsätze in einer zur Errechnung der Umsatzwerte hinreichend gegliederten Aufteilung.

Und doch war es bis heute auch in der Kraftfahrzeugstatistik nicht möglich, einwandfreie Zahlen über die Lebensdauer der Kraftfahrzeuge zu gewinnen, Unterlagen, die für die Beurteilung des alljährlich anfallenden Ersatzbedarfes und damit als verhältnismäßig feste Grundlage für die Absatzvorausschätzungen von großem Werte sind.

Kraftfahrzeugbrief

Es ist daher besonders begrüßenswert, daß das Reichsverkehrsministerium durch Einführung des Kraftfahrzeugbriefes die gesamte Kraftfahrzeugstatistik auf eine vollständig neue und in ihrer Vollständigkeit der Erfassung einzigartige Grundlage stellt. Durch Verordnung vom 11. April ist der Kraftfahrzeugbrief gesetzlich verankert, seine Ausgestaltung und Handhabung festgelegt und seine Einführung seit dem 1. Mai zunächst für alle neuen Kraftfahrzeuge mit Ausnahme der Kleinkrafträder erreicht. Gleichzeitig wurde beim Statistischen Reichsamt eine Sammelstelle für Nachrichten über Kraftfahrzeuge geschaffen, nach deren Einarbeitung der Kraftfahrzeugbrief auf den gesamten gegenwärtigen Bestand ausgedehnt wird. Der Kraftfahrzeugbrief, der in zwei Arten, für Kraftfahrzeuge einerseits und für Krafträder und Dreiradfahrzeuge andererseits, ausgegeben wird, tritt an die Stelle der bisher jedem Fahrzeug mitgegebenen Typenbescheinigung. Die zur Ausfüllung der Typenbescheinigung Berechtigten, also die Kraftfahrzeugfabriken und Importeure, fordern die amtlichen Kraftfahrzeugbriefvordrucke an und füllen für jedes einzelne Fahrzeug einen solchen Vordruck aus. Er enthält Angaben über den Hersteller, die Fabriknummer, das Baujahr des Fahrgestelles, Einzelheiten über den Motor, seine Leistung, Hubraum, Motornummer, Motorhersteller, über den Verwendungszweck des Fahrzeuges, sein Eigengewicht, die Tragfähigkeit des Fahrgestelles, Sitzzahl, Aufbauart, Angaben über Bereifung, Bremsen, und den Listenpreis. Mit diesem Brief ausgerüstet, wird das Fahrzeug in den Handel gebracht. Bei seiner Zulassung wird der Kraftfahrzeugbrief der Zulassungsstelle eingereicht, die die Angaben über das polizeiliche Kennzeichen, Namen und Wohnort des Kraftfahrzeughalters ausfüllt und den Kraftfahrzeugbrief sofort an die Berliner Sammelstelle ausgefüllt weiterreicht. Diese überträgt den Inhalt des Briefes auf zwei gleichlautende Karteikarten, von denen eine mit dem Brief der

örtlichen Zulassungsstelle wieder zugeht, während die zweite zur statistischen Auswertung auf eine entsprechende Lochkarte übertragen wird und in der Zentralkartothek Aufnahme findet. Die Zulassungsstelle händigt den Kraftfahrzeugbrief dem Empfangsberechtigten, im allgemeinen dem Kraftfahrzeughalter, oder solange noch Eigentumsvorbehalte auf dem Kraftfahrzeug ruhen, auf Antrag dem Vorbehaltsigentümer aus.

Diebstahlsicherung

Unabhängig von der statistischen Bedeutung wird zunächst durch den Kraftfahrzeugbrief eine Diebstahlsicherung, sowie im Einzelfalle eine Sicherung des Eigentumsvorbehaltes erreicht. Da der Brief aus Sicherheitsgründen getrennt vom Fahrzeug aufbewahrt wird, der bei jeder Befassung der Zulassungsstelle mit dem Fahrzeug, insbesondere beim Eigentumswechsel vorgewiesen werden muß, kann ein unrechtmäßiger Besitzer in Zukunft die Zulassung nicht mehr beantragen. Bei Fahrzeugdiebstahl oder Verlust des Briefes wird dieser sofort nach Eingang der Anzeige gesperrt. Sobald der gesamte Kraftfahrzeugbestand mit solchen Briefen ausgerüstet worden ist, wird auch eine Verschiebung gestohlener Kraftfahrzeuge nach dem Ausland wesentlich erschwert, da der Grenzübertritt von der Vorweisung des Kraftfahrzeugbriefes abhängig gemacht werden wird. Da bei Eigentumsvorbehalt der Kraftfahrzeugbrief bei dem Vorbehaltsigentümer verbleiben kann, ist auch der Abzahlungsverkauf weitgehend gesichert, denn der Besitzer kann das unter Eigentumsvorbehalt stehende Fahrzeug nicht ohne Willen des Vorbehaltsigentümers veräußern, solange ihm die Verfügungsmöglichkeit über den Kraftfahrzeugbrief entzogen ist.

Sammelstelle für Nachrichten über Kraftfahrzeuge

Für die statistische Erfassung und Durchleuchtung des deutschen Kraftfahrzeugmarktes ist dieser Kraftfahrzeugbrief aber von ungleich größerer Bedeutung. Rein äußerlich wird dies bereits durch die Tatsache unterstrichen, daß die Sammelstelle für Nachrichten über Kraftfahrzeuge dem Statistischen Reichsamt angegliedert worden ist. Deutschland wird dadurch als erstes Land in die Lage versetzt, auf die alljährlich einmalige Bestandserhebung in Zukunft überhaupt verzichten zu können, und die noch einmal am 1. Juli 1934 durchgeführte Jahreszählung des deutschen Kraftfahrzeugbestandes wird deshalb historische Bedeutung bekommen, weil sie voraussichtlich die letzte ihrer Art gewesen ist. Danach wird der Bestand laufend fortgeschrieben, und man wird auf diese Weise nahezu für jeden Tag den genauen Bestand an Kraftfahrzeugen ausweisen können. Aber darüber hinaus wird die Sammelstelle jederzeit in der Lage sein, festzustellen, wie sich der Kraftfahrzeugbestand in den einzelnen Reichsgebieten nach Typen, Hubraumklassen, Karosserie usw., vor allem aber auch nach dem Alter zusammensetzt. Ganz anders als bisher wird man die winterlichen Stilllegungen, soweit sie aus Steuerrücksichten noch erfolgen, erfassen können. Erstmals in der Welt wird man genauen Aufschluß über die Lebensdauer der einzelnen Kraftfahrzeuge, und zwar in bezug auf die Betriebsbedingungen im Großstadtverkehr, auf dem flachen Lande, in Gebirgsgebieten erhalten. Die Lochkartenmaschine wird nach beliebigen Gesichtspunkten das statistische Material sortieren und auswerfen. Die Häufigkeit des Besitzwechsels der einzelnen Fahrzeuge kann überwacht, die Tendenz des Absatzes jeweils auf den vorhandenen Bestand bezogen, und die strukturellen Veränderungen laufend bis ins kleinste verfolgt werden. Die Absatzbeobachtung wird also in einer Weise verfeinert, wie sie bisher für kein Marktgebiet möglich war.

Der Kraftfahrzeugindustrie ist in Deutschland die Aufgabe zugefallen, der Motor der Wirtschaftsankurbelung nach der Krise zu werden. Mit der Einführung des Kraftfahrzeugbriefes schafft man für den Kraftfahrzeugmarkt im engeren und für die gesamte deutsche Wirtschaft im weiteren Sinne das Grundmaterial, aus dessen Ergebnissen man Wirtschaftslenkung und vorausschauende Beeinflussung treiben und bei der außerordentlichen Konjunkturschwäche des Kraftfahrzeugmarktes auch die nötigen Anhaltspunkte bekommen wird, um künftigen Krisen auf lange Sicht vorbeugend und ausgleichend entgegenzuarbeiten.

Riester, Berlin [2115]

Deutschlands Schrottversorgung

Von Dr. J. W. REICHERT, Berlin

Die Schrottversorgung der deutschen Eisenindustrie ist ein wichtiger Teil im Rahmen der Versorgung der deutschen Industrie mit eisenhaltigen Rohstoffen. Sie ist mengen- und preismäßig um so leichter zu lösen, je mehr die Erzeinfuhr sichergestellt und die Roheisenerzeugung sowie der Roheisenverbrauch gefördert werden. Auf dieser Grundlage baut sich eine Ausfuhr von Eisen- und Stahlerzeugnissen aller Art auf, welche mit ihren Überschüssen die größte Devisenschöpfung der deutschen Wirtschaft darstellt.

Der Schrottbedarf

„Wenn die heimischen Versorgungsmöglichkeiten bei allen Rohstoffen so günstig lägen wie bei Schrott, dann brauchten sich weder Reichsregierung und Reichsbank, noch Industrie und Handel viel Sorgen zu machen.“ An diesem Ausspruch eines hervorragenden Wirtschaftskenners ist viel Wahres, denn von einer Abhängigkeit von der ausländischen Einfuhr von Alteisen und Eisenabfällen kann keine Rede sein. Gewiß ist gerade im laufenden Jahr eine Einfuhr von Schrott zu verzeichnen, die in ihrem Umfang selbst die Einfuhr des Jahres 1927 übertrifft, und die manches Erstaunen hervorgerufen haben dürfte, aber die Einfuhr hat in der Vergangenheit für die Versorgungsmengen nur selten den Ausschlag gegeben. Das ist um so bemerkenswerter, als wir infolge des Versailler Vertrages durch den Verlust von Elsaß-Lothringen und Luxemburg (aus dem Zollgebiet), ferner von Oberschlesien und andern Provinzen große Schrottentfallgebiete eingebüßt haben. Trotzdem spielt die Schrotteinfuhr auch nicht entfernt eine so große Rolle wie die Erzeinfuhr. Man kann vielmehr behaupten, daß sich Ausfuhr- und Einfuhrüberschüsse im Laufe von Konjunktur- und Krisenzeiten etwa die Waage halten. In den acht Jahren 1926 bis 1933 ergaben sich bald Ausfuhrüberschüsse, bald Einfuhrüberschüsse in Schrott.

Zahlentafel 1
Schrottaußenhandel Deutschlands

Jahr	Ausfuhrüberschuß t	Einfuhrüberschuß t
1926	240 000	—
1927	—	418 000
1928	—	44 000
1929	—	120 000
1930	92 000	—
1931	219 000	—
1932	194 000	—
1933	—	161 000
1926 bis 1933	745 000	743 000

Demnach ist das Urteil erlaubt, daß Deutschland seinen Schrottbedarf aus dem eigenen Lande decken kann, daß es aber keineswegs in der Lage ist, nennenswerte Schrottmengen an andere Länder abzugeben, ohne sie durch Einfuhr wieder zu ersetzen. So oft im Verlauf von Konjunktur und Krise die Schrottabgabe auf dem Wege der Ausfuhr größere Bedeutung erlangt hat, stellt sich alsbald die Zeit ein, in der ein Zukauf von Auslandsschrott, also eine erhebliche Einfuhr notwendig wird. Letzten Endes muß jede Tonne Ausfuhr in baldiger Zeit durch Zukauf von Auslandsschrott wieder aufgebracht werden.

Das deutsch-polnische Sonderabkommen

Nun ist im Verlauf des ersten Halbjahres 1934 ein Ereignis eingetreten, das für die weitere Schrottversorgung von Bedeutung sein kann. Das ist das deutsch-polnische Handelsabkommen und das hiermit in Verbindung stehende private Sonderabkommen zwischen den deutschen und polnischen Eisenindustriellen, die über das Maß der polnischen Neueiseneinfuhr und über den Umfang der deutschen Alteisenlieferungen nach Polen einig geworden sind. Die in Betracht kommenden Schrottmengen richten sich nach der Entwicklung der polnischen Stahlindustrie.

Steigt der polnische Zukaufsbedarf an Schrott, dann steigt entsprechend die deutsche Lieferverpflichtung. Geht aber der polnische Zukaufsbedarf zurück, dann fällt entsprechend die deutsche Lieferverpflichtung. Wir wollen einmal annehmen, daß es sich im Durchschnitt mehrerer Jahre um etwa 100 000 bis 150 000 t deutscher Schrottlieferungen nach Polen handeln kann. Das ist die einzige Ausfuhrverpflichtung, die (neben etwaigen Anforderungen der Saar-Stahlwerke) für den Schrottmarkt im deutschen Zollgebiet zur Zeit besteht. Setzt man diese Lieferverpflichtungen an Polen in Vergleich zu den bisherigen Einfuhrmengen des ersten Halbjahres 1934, dann ergibt sich, daß die Einfuhr ein Mehrfaches der Ausfuhrverpflichtungen beträgt, so daß also einer ungünstigen Schrottmarktentwicklung durch die Ausfuhrverpflichtungen in diesem Jahr vorgebeugt ist.

Alteisenentfall

Dazu kommt noch ein anderer Hinweis, nämlich auf die Schrottversorgungsmöglichkeiten im Inland. Wir meinen zunächst den Alteisenentfall ohne Berücksichtigung des Neuschrottentfalls in den Eisenhüttenbetrieben usw. Im Jahresdurchschnitt 1927/29 ist in Deutschland eine Altschrottmenge von je 3 Mill. t verbraucht worden. Zwar ist im Laufe der letzten Krisenjahre der Altschrottentfall nicht unerheblich zurückgegangen, aber es darf angenommen werden, daß er nicht viel unter 2 Mill. t abgesackt ist. Im Vergleich zu dieser Altschrottmenge macht die oben erwähnte Lieferverpflichtung an Polen etwa 5 % aus.

Neuschrottentfall

Diese Berechnung könnte jedoch leicht irreführen, wenn man nicht hinzufügen würde, daß neben dem Altschrottentfall ein außerordentlich großer Neuschrottentfall dauernd zur Verfügung steht. Bei den Walzwerken kann man im Durchschnitt mit einem solchen Entfall von 20 % des verwalzten Rohstahls rechnen. In den besten Nachkriegsjahren 1927/29 erbrachte dies einen jährlichen Neuschrottentfall bei den Walzwerken allein von jeweils über 3 Mill. t, also ebensoviel wie die oben angegebene Altschrottentfallmenge. Daneben konnten jedoch in den gleichen Jahren die Hochofenlieferungen an Hämatit und Gießereiroheisen einen weiteren Schrott-, d. h. Gußbruchentfall von 0,5 Mill. t erbringen, ferner dürften in den genannten Jahren die Eisen verarbeitenden Werkstätten aller Industrie- und Verbrauchszweige einen Entfall von etwa 10 % des gesamten Eisen- und Stahlverbrauchs oder durchschnittlich von 1,3 Mill. t gehabt haben. Kurz, in den drei besten Nachkriegsjahren ist ein jährlicher Neuschrottentfall von etwa 5 Mill. t außer 3 Mill. t Altschrott zusammengekommen. Der gesamte Schrottverbrauch bezifferte sich in den Jahren 1927 bis 1929 auf je über 8 Mill. t, eine Menge, die bis auf wenige Prozente der Einfuhr durch den Entfall an Neuschrott und Altschrott in Deutschland gedeckt worden

ist. Man erkennt hieran, welche erfreulichen Selbstversorgungsmöglichkeiten an Schrott gegeben sind.

Selbstverständlich hat die Krise infolge des Erzeugungsrückganges an Eisen und Stahl den Neuschrottenfall vorübergehend weit gesenkt, und zwar bis unter die Hälfte der oben erwähnten Höchstmenge. Gleichzeitig ist aber auch der Schrotbedarf so zusammengeschrumpft, daß der Verbrauch der Stahlwerke, ferner der Gießereien und Hochofenwerke zusammengenommen vom Höchststand von 8,7 Mill. t im Jahre 1927 bis auf 3,5 Mill. t im Jahre 1932 abgesackt ist. Das ist ein Verbrauchsrückgang bis auf 40 % der bisher gekannten Höchstmenge gewesen. Seitdem jedoch unter dem Volkskanzler *Adolf Hitler* die Belebung der Wirtschaft und dank der öffentlichen Arbeitsbeschaffung die Eisenerzeugung wieder große Fortschritte gemacht hat, ist die Entwicklung von Schrottenfall und Schrottverbrauch allmählich wieder im Steigen begriffen.

Schrottversorgung und Erzbedarf

Dann und wann hört man die Meinung aussprechen, daß nach Lage der Dinge eine Devisenzuteilung für die Schrotteinfuhr überhaupt nicht nötig sei, da — wie erwähnt — reiche Selbstversorgungsmöglichkeiten im deutschen Binnenmarkt lägen. Das ist zwar richtig, aber nur bedingt richtig. Erfreulicherweise rechtfertigt der starke Eisen- und Stahlverbrauch der Vergangenheit, wie er in Deutschland ungefähr seit Beginn des Jahrhunderts und namentlich in den letzten Jahren vor Kriegsausbruch, aber auch in der Nachkriegszeit allmählich wieder zu beobachten war, die Erwartung, daß es auch in Zukunft nicht an ausreichenden Alteisenabfällen fehlen wird, und daß auch, solange die Herstellung von Neueisen einen großen Umfang beibehält, auch die Schrottquelle des Neuschrotts weiter fließen kann, so daß man an keine Erschöpfung der beiden Rohstoffquellen zu denken braucht. Die Herstellung von Neueisen beruht jedoch in stärkerem Maße auf der Verhüttung von Eisenerzen als auf der Verschmelzung von Schrott. In der kürzlich im Verlag von „Stahl und Eisen“ veröffentlichten Schrift „Deutscher Stahl, deutsche Arbeit“ habe ich nachgewiesen, daß die Roh-eisenerzeugung der Hochofenwerke nur zu etwa 7 % aus Eisenabfällen, aber zu 93 % aus Eisenerzen bestand, und daß die Rohstahlgewinnung überwiegend auf der Umschmelzung von Roheisen, also mittelbar auch auf der Erzverhüttung beruht; nahezu 55 bis 60 % der deutschen Rohstahlgewinnung sind im Verlauf der letzten zehn Jahre aus Eisenerzen gewonnen worden, während etwa 40 bis 45 % der Rohstahlgewinnung auf die Umschmelzung von Altschrott zurückgehen. In den Gießereien erreicht der Schrottverbrauch 35 bis 40 % der Fertigerzeugnismenge. Würde eine Einschränkung der Eisenerzverhüttung in den Hochofen eintreten, so hätte dies zwei schwerwiegende Folgen im Hinblick auf den Schrottenfall und Schrottverbrauch. Die Stahlwerke könnten sich nicht mehr im gleichen Maße wie bisher auf die Umschmelzung von Roheisen stützen und müßten stärker nach dem Schrott greifen. Der Neuschrottenfall würde jedoch gleichzeitig dadurch beeinträchtigt, daß infolge geringerer Roheisenerzeugung weniger Gießereiroheisen und weniger Rohstahl, also auch weniger Walzwerkerzeugnisse hergestellt werden. Auf diese Weise würde man zu einem Schrottmangel und zu einer kaum aufzuhaltenden Schrottverteuerung kommen, die gerade in der Gegenwart unerwünscht ist. Es ist daher neben der Pflege des Schrottmarktes und der Sammeltätigkeit dafür zu sorgen, daß die Eisenerzverhüttung in möglichst großem Umfang aufrechterhalten wird, und daß der

Erzversorgung der Hochofenwerke keine Schwierigkeiten bereitet werden. Denn von einer reichlichen Erzversorgung der Hochofen hängt es ab, daß letztere den Stahlwerken und den Gießereien ausreichende Roheisenmengen zur Umschmelzung liefern können. Je höher diese Roheisenmengen sein werden, um so weniger braucht der Schrottmarkt belastet zu sein, und um so weniger wird ein Schrottmangel entstehen und die Preise steigen lassen.

Kurz, die Eisen schaffende Industrie könnte nicht bestehen, wenn man ihr zumuten wollte, sich nur auf die Schrottverarbeitung zu stützen. Sie braucht eine zweite kräftige und gesunde Stütze für ihren Fortbestand, nämlich eine ausreichende Erzversorgung.

Wenn auch unsere eigene Erzversorgung sich seit dem Frühjahr des vergangenen Jahres beträchtlich gehoben hat, und wenn auch weiterhin kräftige und zielbewußte Anstrengungen zur erhöhten Verwendung heimischer Rohstoffe unternommen werden, so muß man sich doch stets vor Augen halten, daß der Verlust der lothringischen Erzbecken infolge des Versailler Vertrages uns um einen so großen Teil unserer früheren Bodenschätze gebracht hat, daß man auf die ausländische Zufuhr von Erzen angewiesen bleiben wird. Würde man zeitweilig auf die Einfuhr Verzicht leisten und ausschließlich heimische Erze verhütten, dann würden wir nicht nur die uns erhalten gebliebenen Erzvorkommen zusehends erschöpfen, sondern aus Mangel an Erzen viele Hochofen kaltstellen müssen.

Eisenindustrie schafft Devisen

In einer Zeit der Arbeitsschlacht ist es unerlässlich, eine Schlüsselindustrie von der großen Bedeutung der Eisen schaffenden Industrie möglichst voll in Gang zu halten. Gewiß kostet dies Devisen für die Erzeinfuhr. In den letzten fünf Jahren sind jährlich zwischen 337 Mill. RM (1929) und 60 Mill. RM (1932) ins Ausland geflossen, um unsere Eisenerz- und Manganerzeinfuhr zu bezahlen. Diese Einfuhrwerte wären erheblich höher gewesen, wenn man statt der Erze Roheisen oder gar Walzeisen in den entsprechenden Mengen hätte einführen müssen. Dank der Leistungsfähigkeit unserer Hochofen-, Stahl- und Walzwerke ist jedoch die Eisenverarbeitung davor behütet worden, in Abhängigkeit von der ausländischen Eisenindustrie zu geraten. Um so stärker wirken auch die Ausfuhrüberschüsse, welche die Eisen verarbeitenden Industriezweige Hand in Hand mit der Eisen schaffenden Industrie Jahr für Jahr erwirtschaftet haben. Es ist noch viel zu wenig bekannt, daß keine anderen deutschen Wirtschaftszweige in dem gleichen Maße devisenschöpferisch wirken wie die deutsche Eisenwirtschaft, nämlich die Eisen schaffenden und verarbeitenden Industriezweige. Im Durchschnitt der letzten zehn Jahre hat die Gesamtausfuhr dieser Industriezweige ihre Gesamteinfuhr um über 2 Mrd. RM übertroffen. Wohlgermerkt, die Eisenwirtschaft hat Ausfuhrüberschüsse von durchschnittlich jährlich 2 Mrd. RM nach Bezahlung aller Einfuhrschulden für Rohstoffe und Fertigerzeugnisse aller Art erübrigt.

Selbst wenn die 1932 ausnahmsweise bis auf 60 Mill. RM verminderte Eisen- und Manganerzeinfuhr bald auf das Mehrfache dieses Betrages steigen sollte, dann würde dies für unsere Devisenbilanz keine bedenkliche Wirkung zeitigen; denn von einer ausreichenden Erzversorgung hängt die notwendige Eisen- und Stahlversorgung ab. Nur auf Grund einer ausreichenden Eisen- und Stahlversorgung können die vielfältigen leistungsfähigen Zweige der Eisenwirtschaft ihre Ausfuhr und ihre Devisenschöpfung aufrechterhalten.

Wenn man das Ergebnis dieser Betrachtung zusammenfaßt, dann ist zu sagen, daß die Schrottversorgung ein Teilproblem, allerdings ein nicht unwichtiges Teilproblem der großen Frage der ausreichenden Versorgung mit eisenhaltigen Rohstoffen sowie mit Eisen und Stahl überhaupt ist. Dieses Problem ist mengen- und preismäßig um so

leichter zu lösen, je mehr die Erzeinfuhr sichergestellt und die Roheisenerzeugung sowie der Roheisenverbrauch gefördert werden. Auf dieser Grundlage baut sich eine Ausfuhr von Eisen- und Stahlerzeugnissen aller Art auf, welche mit ihren Ausfuhrüberschüssen die größte Devisenschöpfung der deutschen Wirtschaft darstellt. [2118]

Zur Theorie des Speichers

Von CHRISTOPH KLOTZSCH VDI, Köln a. Rh.

Exakte Wissenschaft zielt auf Erfassen durch Maß und Zahl. Dazu muß sie die verschiedenen Erscheinungen auf möglichst allgemeine Zusammenhänge zurückführen. Für den in Technik und Wirtschaft so wichtigen Speichervorgang ist das bisher noch nicht genügend geschehen. Einige seiner allgemeinen Gesetze werden daher im folgenden abgeleitet. Seine dynamischen und ökonomischen Beziehungen ergeben sich auf energetischer Grundlage, nur muß man dabei den Speicher nicht als solchen mechanisch, sondern als Glied eines übergeordneten Ganzen organisch betrachten.

Die Vorgänge in den verschiedenen Speichern in der Technik und in der Wirtschaft, im alltäglichen Leben und in den tierischen und pflanzlichen Organismen verlaufen im Großen gesehen in völlig gleichartigen Erscheinungsformen. Wenn man sich das klar macht, kann man leicht auf den allgemeinen Standpunkt gelangen, der notwendig ist, um für die grundlegenden Vorgänge im Speicher eine einheitliche Theorie abzuleiten.

Speichergut

Das Speichergut kann in allen Fällen als zu speichernde Energie oder Arbeit angesehen werden, häufig allerdings in mehr oder minder latenter Form. Im Kohlenkeller z. B. halten wir uns latente Wärmeenergie; im Kohlenflöz schon ist der Erde zugestrahlte Sonnenenergie aufgespeichert; in seinem Fettpolster, von dem das Tier im Winterschlaf zehrt, hat es sich Wärmeenergie aufbewahrt. Mechanische Energie gespannter Gase lagern wir in Druckgaskesseln oder Preßluftflaschen. Potentielle Energie wohnt den Stauseen und Talsperren inne. Speicher unmittelbarer mechanischer Arbeit sind Schwungräder oder gespannte Federn. Elektrische Energie verwahrt man in Akkumulatorenbatterien. Das Speichergut endlich in den Materiallagern der Gütererzeugungs- und -verteilungsbetriebe, also in den Fabrik-, Handels- und Verkehrsunternehmen kann als aufgespeicherte volkswirtschaftliche Arbeit aufgefaßt werden, die etwa in Arbeiter- oder Fertigungsstunden zu messen wäre.

Zweck des Speichers

Zweck des Speichers ist der Ausgleich zwischen Zufluß und Abfluß, also eine Art Regelung des Energieflusses. So soll einmal bei veränderlichem Zufluß der Abfluß konstant bleiben. Beispiel: Talsperren zur Verhütung von Hochwassergefahr. In andern Fällen soll bei konstantem Zufluß ein stark veränderlicher Abfluß ermöglicht werden. Beispiel: Gasbehälter städtischer Gaswerke. Bei Spitzenbedarf ist der Verbrauch in der Zeiteinheit größer als die Erzeugung. Wieder in andern Fällen schwankt beides, Zufluß und Abfluß. Hier spricht man von Pufferwirkung des Speichers. Beispiele: Die Pufferbatterie in

der elektrischen Anlage eines Kraftwagens. Die Ladung schwankt mit der Lichtmaschinendrehzahl, die Entladung durch Einschalten des Anlassers und verschieden vieler Lampen. Auch die Rohstoff-, Halbzeug- und Fertiglager in Fabrikbetrieben gehören hierher. Sie dienen dem Ausgleich schwankender Werkstattbelastung¹⁾.

Aufgabe des Speichers ist es, allgemein ausgedrückt, das Speichergut, das in bestimmten Mengen zu bestimmten Zeiten anfällt, aufzubewahren für spätere Zeiten, zu denen es in andern Mengen entnommen wird. Der Speichervorgang stellt also eine Leistungsumwandlung dar. Denn das Speichergut verkörpert ja in jedem Falle Arbeit. Leistung ist auf die Zeit bezogene Arbeit. Die Leistungsaufnahme besteht im Eingang gewisser Mengen Arbeit in gewisser Zeit, die Leistungsabgabe im Ausgang gewisser Mengen Arbeit in gewisser Zeit. Daher kann der Speichervorgang nur in Abhängigkeit von der Zeit betrachtet werden. Ein allbekanntes kennzeichnendes Beispiel ist die Uhrfeder: lange Zeit vermag sie eine geringe Leistung abzugeben, die ihr durch den Aufzug als große Leistung in kurzer Zeit zugeführt wurde. Wenn man bei einer verlustfreien Uhrfeder gleichen Entspannungszustand vor dem Aufziehen und nach der Energieabgabe voraussetzt, so ist das Produkt: zugeführte Leistung mal Aufziehzeit gleich dem Produkt: abgegebene Leistung mal Entspannungszeit.

Dynamik des Speichers

Zur Untersuchung des Speichervorganges muß man die Energiebewegung messen können. Die Verfahren hierzu dürfen als allgemein bekannt übergangen werden. Nur bei den Speichern volkswirtschaftlicher Arbeit sei erwähnt, daß die bekannte Lagerbuchhaltung nichts anderes ist als eine entsprechende Messung. Hier stört es auch nicht, daß das Äquivalent zwischen volkswirtschaftlicher und mechanischer Arbeit unbekannt ist; es findet ja keine Energieumwandlung statt, daher können Eingang und Ausgang in derselben Einheit gemessen werden, z. B. nach Gewicht.

Je nach der Art des Speichers hat man für dieselben Teilvorgänge des Speicherns verschiedene Bezeichnungen:

Der Inhalt oder Bestand

wird größer durch die positive Inhaltsänderung, genannt: Eingang, Zugang, Zufluß, Zunahme, Aufnahme, Annahme, Ladung;

wird kleiner durch die negative Inhaltsänderung, entsprechend genannt: Ausgang, Abgang, Abfluß, Abnahme, Abgabe, Ausgabel, Entladung.

Wir nehmen den allgemeinen Fall an, daß Zufluß und Abfluß mit der Zeit t stetig veränderlich sind. Dann haben

¹⁾ Siehe z. B. Ch. Klotzsch, Fabrikationsbelastung und Lagerhaltung, Wirtschaftlichkeit, Verlag Forkel & Co., Stuttgart, Heft 88 vom 20. 6. 1930.

die zufließende Leistung z und abfließende Leistung a den Charakter von Differentialquotienten nach der Zeit. Entsprechend ist in der Zeit von $t=0$ bis $t=t$ die Gesamtenergiezunahme

$$Z = \int_0^t z \, dt \quad \dots \quad (1)$$

und die Gesamtenergieabnahme

$$A = \int_0^t a \, dt \quad \dots \quad (2),$$

beides gemessen in Energieeinheiten. Wenn i_0 der Anfangsinhalt, so ist zur Zeit t der Inhalt, auch gemessen in Energieeinheiten:

$$i = i_0 + Z - A = i_0 + \int_0^t z \, dt - \int_0^t a \, dt \quad \dots \quad (3).$$

Diese Beziehung heißt die **Inhaltsgleichung**. Nach dt differenziert und entsprechend umgestellt ergibt sich daraus

$$z = a + \frac{di}{dt} \quad \dots \quad (4).$$

Das ist die **Leistungswandlergleichung**: Die Zuflußleistung z wird im Speicher umgewandelt in eine ihr gleiche Summe aus Abflußleistung a und Inhaltsänderungsleistung di/dt , die selbstverständlich sowohl positiv wie negativ sein kann. M. a. W.: Bei der Leistungsumwandlung ist der Unterschied zwischen aufgenommener und abgegebener Leistung um so größer, je mehr sich dabei der Inhalt ändert. Damit taucht die Frage nach der größtmöglichen Leistungsumwandlung auf. Diese hängt natürlich von der Größe des Speichers und vom jeweiligen Inhalt ab und ist daher für denselben Speicher zu verschiedenen Zeiten verschieden. Grundsätzlich sind zwei Fälle zu unterscheiden:

1. **Stoßfang**: Der Speicher soll während der — u. U. sehr kurzen — Zeit von t_1 bis t_2 einen möglichst großen konstanten Zufluß z_{\max} aufnehmen, während der Abfluß nach dem für diesen Speicher üblichen Gesetz erfolgt. Die Grenze wird erreicht, wenn der Speicher bis zum Fassungsvermögen i_{\max} gefüllt ist. Es wird also $i_0 = i_{t_1}$, $i = i_{\max}$ und $z = z_{\max} = \text{konst.}$ Dann lautet die Inhaltsgleichung:

$$i_{\max} = i_{t_1} + z_{\max}(t_2 - t_1) - \int_{t_1}^{t_2} a \, dt \quad \dots \quad (5).$$

Daraus ergibt sich die während der Zeit von t_1 bis t_2 größte auffangbare Zuflußleistung:

$$z_{\max} = \frac{1}{t_2 - t_1} \left[i_{\max} - i_{t_1} + \int_{t_1}^{t_2} a \, dt \right] \quad \dots \quad (6).$$

2. **Spitzenbedarf**: Der Speicher soll während der Zeit von t_1 bis t_2 einen möglichst großen konstanten Abfluß a_{\max} hergeben, während der Zufluß nach dem für diesen Speicher üblichen Gesetz erfolgt. Die Grenze wird erreicht, wenn der Speicher leer ist. Es wird also $i_0 = i_{t_1}$, $i = 0$ und $a = a_{\max} = \text{konst.}$ Dann lautet die Inhaltsgleichung:

$$0 = i_{t_1} + \int_{t_1}^{t_2} z \, dt - a_{\max}(t_2 - t_1) \quad \dots \quad (7).$$

Daraus ergibt sich die während der Zeit von t_1 bis t_2 größte entnehmbare Abflußleistung:

$$a_{\max} = \frac{1}{t_2 - t_1} \left[i_{t_1} + \int_{t_1}^{t_2} z \, dt \right] \quad \dots \quad (8).$$

Nach diesen beiden Belastungsgrenzfällen werden beim Entwurf des Speichers seine Abmessungen berechnet, besonders das Fassungsvermögen und die Zu- und Abflußquerschnitte. Nicht nur der Grenzfall 1, Stoßfang, beeinflusst das Fassungsvermögen i_{\max} , sondern mittelbar auch der Grenzfall 2: Denn um einen hohen Spitzenbedarf decken zu können, wird man suchen, einen großen Anfangsinhalt i_{t_1} durch einen großen Reservebestand verfügbar zu haben. Will man trotzdem elastisch bleiben, d. h. den Inhalt in weiten Grenzen schwanken lassen, muß man dann eben das Fassungsvermögen groß machen.

Wirtschaftlichkeit des Speichers

Mit der Größe des Speichers steigt aber der Aufwand zu seiner Erstellung und zu seinem Unterhalt. Um daher einen Vergleichswert für die Wirtschaftlichkeit von Speichern, d. h. für ein gesundes Ausnutzungsverhältnis ihres Fassungsvermögens zu bekommen, setzt man den tatsächlichen mittleren Inhalt i_m in Beziehung zum Fassungsvermögen i_{\max} . Damit erhält man den mittleren Ausnutzungsgrad

$$\alpha_m = \frac{i_m}{i_{\max}}.$$

Hierin ist der mittlere Inhalt in der Zeit von $t=0$ bis $t=t$:

$$i_m = \frac{1}{t} \int_0^t i \, dt \quad \dots \quad (9).$$

Eingesetzt in die vorhergehende Gleichung ergibt das für den mittleren Ausnutzungsgrad des Speichers:

$$\alpha_m = \frac{i_m}{i_{\max}} = \frac{\int_0^t i \, dt}{i_{\max} t} \quad \dots \quad (10).$$

Mit dem Integral im Zähler dieses zweiten Bruches müssen wir uns noch etwas näher befassen:

Den laufenden Aufwand für Unterhalt, Kapitaldienst und Abschreibung einer Speicheranlage, zusammen die Speicherkosten K , die in der Zeit t entstehen, muß man unlegen auf eine Größe, die der Gesamtheit des jeweiligen Inhaltes und seiner Dauer während der Zeit t entspricht. Das ist aber der Zähler obigen Bruches

$$J = \int_0^t i \, dt \quad \dots \quad (11).$$

Die Dimension dieses Ausdruckes ist Inhaltseinheiten mal Zeiteinheiten; wir nennen sie **Speichereinheiten**. Da wir den Inhalt des Speichers in Energie- oder Arbeitseinheiten messen, ergibt sich die Dimensionsgleichung

$$J[\text{Speichereinheiten}] = J[\text{Energie} \times \text{Zeit}] \quad (12).$$

Die Energetik kennt Größen dieser Dimension noch nicht, eine exakte Wirtschaftswissenschaft kann aber ohne dieses Integral über der Arbeit nicht auskommen. Hier spielt es eine praktisch ungeheuer wichtige Rolle.

Ein alltägliches Beispiel der Speicherkostenverrechnung mag das erläutern: Der Inhaber eines Lagerraumes lagert Güter gegen Miete. Die Rechnung wird er den Benutzern

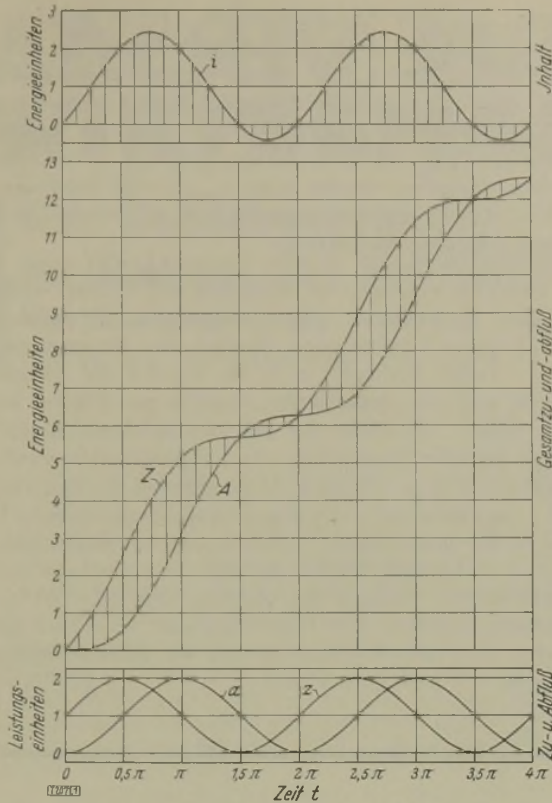


Abb. 1. Energiebewegung im Speicher mit periodischem Zu- und Abfluß

machen nach der Menge der eingelagerten Güter und nach der Lagerdauer. Er wird also etwa sagen: 1 m³ Lager-raum oder 1 t eingelagertes Gewicht kosten monatlich so-und-soviel. Das bedeutet aber nichts anderes als eben: Inhalt mal Zeit. In gleicher Weise müssen auch Fabrik- oder Handelsunternehmen in ihrer Selbstkostenrechnung die Kosten ihrer Lager auf die eingelagerten Güter und die jeweilige Lagerdauer verteilen, wenn sie sie richtig erfassen wollen.

Die durchschnittlichen Kosten je Speichereinheit während der Zeit t , $k = K/J$, ergeben sich unter Verwendung der Gl. (10) und (11) zu

$$k = \frac{K}{\alpha_m i_{\max} t} \dots \dots \dots (13).$$

Aus Gl. (13) sieht man jetzt deutlich, wie der mittlere Ausnutzungsgrad eines Speichers seine Wirtschaftlichkeit beeinflusst. Denn je größer α_m bei gleichen Gesamtkosten, desto niedriger die Kosten je Speichereinheit.

Betrachtet man den Speicher als Glied eines übergeordneten Ganzen, etwa eines Fabrik- oder Handelsunternehmens, so kommt es sehr darauf an, daß sein Inhalt möglichst oft und schnell wechselt. Denn ein eingelagertes Gut wird mit einem um so niedrigeren Anteil an Speicherkosten belastet, je kürzere Zeit es den Speicher benutzt hat. Andererseits zeigt Gl. (13), daß die Kosten je Speichereinheit um so mehr fallen, je besser der Speicher ausgenutzt ist. Maßgebend für den Inhaltwechsel oder Lagerumschlag, wie man bekanntlich sagt, ist die Umschlagsziffer u . Sie gibt an, wie oft im Gesamt-ausgang A — siehe Gl. (2) — während einer bestimmten Zeit t der durchschnittliche Inhalt i_m aufgeht:

$$u = \frac{A}{i_m} = \frac{t A}{J} \dots \dots \dots (14).$$

Daraus ergibt sich entsprechend die mittlere Umschlags- oder Speicherdauer

$$t_u = \frac{t}{u} = \frac{J}{A} \dots \dots \dots (15).$$

Die Gleichungen (9) bis (15) tun zur Genüge dar, wie wichtig die Größe J , also das „Integral über der Arbeit“ ist, wenn man von einer rein mechanischen Untersuchung des Speichers zur organischen übergeht, d. h. wenn man ihn als Teil eines übergeordneten Ganzen betrachtet.

Beispiel

Bei vielen Speichern erfolgt Zufluß und Abfluß nach bestimmten bekannten oder beabsichtigten Gesetzen. So sind es insbesondere bisweilen periodische Vorgänge, die beispielsweise durch den regelmäßigen Wechsel von Tag und Nacht oder Sommer und Winter hervorgerufen werden. Durch statistische Auswertung lassen sich dann im allgemeinen entsprechende Kurven auf Übereinanderlagerung von Sinuswellen und damit auf eine *Fouriersche* Reihe zurückführen. Wir nehmen als einfachsten Fall für einen Speicher mit periodischer Zu- und Abnahme folgende Beziehungen an:

für die zufließende Leistung: $z = 1 + \sin t$,
 für die abfließende Leistung: $a = 1 - \cos t$.

Zur Messung der Zeit t setzen wir die Dauer einer Periode gleich 2π .

Dann zeigt Abb. 1 über der Abszisse t im unteren Teile den Leistungs-zu- und -abfluß z und a in Leistungseinheiten und im mittleren Teile die entsprechenden Kurven Z und A für die Gesamtenergiezu- und -abnahme in Energieeinheiten. Ihre ausgezogene Ordinatendifferenz ist im oberen Teile noch einmal als Inhaltskurve i aufgetragen und gibt an, um wieviel Energieeinheiten der Inhalt jeweils größer oder kleiner ist als der Anfangsinhalt i_0 .

In Abb. 2 sind zwei Fälle möglicher Grenzbelastung gezeichnet für einen Anfangsinhalt $i_0 = 1$ und ein Fassungs-

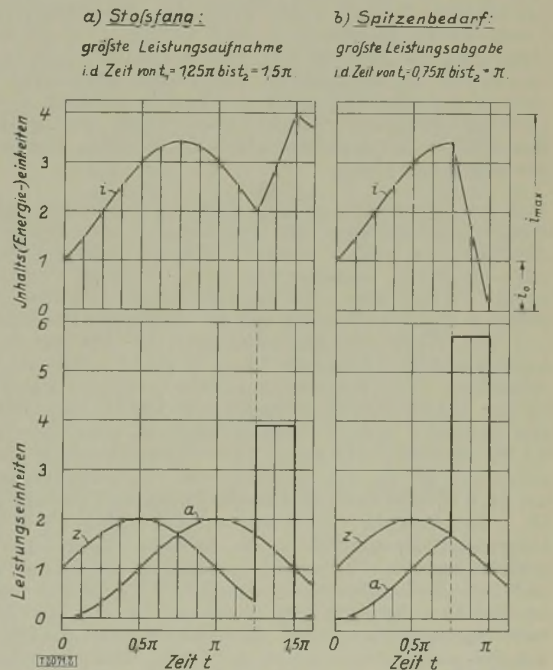


Abb. 2. Belastungsgrenzfälle

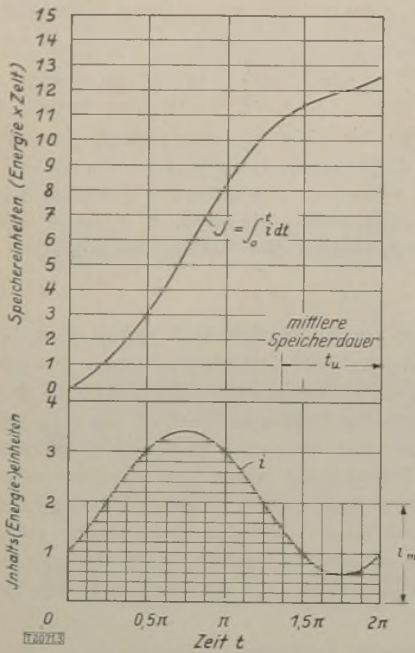


Abb. 3. Ausnutzung des Speichers

Deutschlands chemische Industrie in neuem Aufstieg

In Ergänzung des in dieser Zeitschrift S. 109 veröffentlichten Aufsatzes von Dr. Brandl, *Die deutsche chemische Industrie und der Weltmarkt*, bringt der folgende Beitrag einige weitere zahlenmäßige Angaben über die günstige Entwicklung der deutschen chemischen Industrie in letzter Zeit.

Die Lage der deutschen chemischen Industrie hat sich in letzter Zeit erheblich gebessert. Gegenüber dem Vorjahr hat der Beschäftigungsgrad wesentlich zugenommen, was sich u. a. in einer beträchtlichen Abnahme der Arbeitslosenziffern auswirkt. Die Zahl der gemeldeten Arbeitslosen, die im Januar d. J. noch 17 527 (i. V. 24 122) betrug, ging im Februar auf 16 172 (24 017) und im März auf 14 268 (23 106) zurück. Besonders nachhaltig machte sich die gute Beschäftigung der Textilwirtschaft, der Automobilindustrie, des Baugewerbes sowie die gesteigerte Rentabilität der Landwirtschaft in erhöhten Chemikalienabrufen bemerkbar.

Wie im Jahre 1933, so ging auch im laufenden Jahre die Konjunkturbelebung vom Inlandmarkt aus, während die Ausfuhr im ersten Viertel 1934 wertmäßig (allerdings nur) um 0,3 % niedriger lag als im gleichen Vorjahrszeitraum. Wenn man aber berücksichtigt, daß dem geringfügigen Ausfuhrückgang ein viel stärkerer Preisrückgang auf dem Weltmarkt gegenübersteht, so läßt dies auf eine mengenmäßige Zunahme der Ausfuhr gegenüber 1933 schließen. Die Chemikalienausfuhr im ersten Viertel d. J. betrug 164,95 Mill. RM gegenüber 165,47 Mill. RM i. V. Die Ausfuhr von Schwerchemikalien ging hierbei um 8,5 % zurück. Diejenige der Holzverkohlungsprodukte nahm um 29 %, die Ausfuhr von Stickstoffdüngemitteln um 10,4 % und die von Phosphordüngemitteln um 10,3 % ab. Die Ausfuhr von Firnissen usw. ging um 8 %, die ätherischer Öle um 9,4 %, die Ausfuhr von Körperpflegemitteln um 15,5 %, von Leim und Gelatine um 10,1 % und von Gerbstoffextrakten um 12,7 % zurück. Gestiegen ist die Ausfuhr von Teerfarben um 11,3 %, die Ausfuhr von Sprengstoffen und Zündwaren um 19,4 %, von Schnitz- und Formerstoffen um 7,8 %, von Photographika um 28,5 % und von sonstigen chemischen Erzeugnissen um 13 %. Im großen und ganzen hat sich die Chemikalien-

vermögen $i_{\max} = 4$ Energieeinheiten. Beim Stoßfang, Abb. 2 a, ergibt sich als größtmögliche Leistung, die z. B. in der Zeit von $t_1 = 1,25\pi$ bis $t_2 = 1,5\pi$ aufgenommen werden kann, $z_{\max} = 3,92$ Leistungseinheiten. Zur Deckung des Spitzenbedarfes, Abb. 2 b, erhält man als größtmögliche Leistung, die z. B. in der Zeit von $t_1 = 0,75\pi$ bis $t_2 = \pi$ abgegeben werden kann, $a_{\max} = 5,72$ Leistungseinheiten. Die Grenzbelastungen können also die Normalbelastung erheblich überschreiten.

Abb. 3 endlich erläutert die weiterhin abgeleiteten wirtschaftlichen Beziehungen. Zu unterst finden wir wieder die Inhaltskurve i aufgetragen, darüber ihre Integrationskurve J . Deren Ordinate z. B. in $t = 2\pi$ ist gleichbedeutend mit der waagrecht schraffierten Fläche im unteren Teile. Die Höhe des ihr inhaltsgleichen Rechteckes mit derselben Grundlinie $t = 2\pi$ (senkrecht schraffiert) entspricht dem mittleren Inhalt während der Zeit von 0 bis 2π ; er ergibt sich für einen Anfangsinhalt von $i_0 = 1$ zu $i_m = 2$ Energieeinheiten. Bei einem Fassungsvermögen von $i_{\max} = 4$ Energieeinheiten beträgt dann der mittlere Ausnutzungsgrad während der gleichen Zeit $a_m = 50\%$. Die mittlere Speicher- oder Umschlagsdauer schließlich ist im oberen Teile des Bildes rechts auf der Abszissenachse abgetragen. [2071]

ausfuhr wesentlich besser gehalten als die Ausfuhr in manchen andern Industriezweigen. Es hat sich gezeigt, daß sich der Gütegedanke durchzusetzen vermochte, wie dies insbesondere in der außergewöhnlichen Ausfuhrsteigerung in photographischen Erzeugnissen zum Ausdruck kommt.

Untersucht man die Entwicklung der Ausfuhr in den einzelnen Monaten, so ergibt sich folgendes Bild: (in Mill. RM)

1. Vierteljahr	1933	1934
Januar	55,27	50,03
Februar	52,41	53,97
März	57,79	60,95.

Im Februar, noch mehr aber im März, wurden die Vorjahrsziffern bereits überschritten.

Trotz der erheblichen Umsatzsteigerung gingen die Preise noch zurück, insbesondere diejenigen bei der Ausfuhr. Die Entwicklung der Großhandelspreise für Chemikalien (1913 = 100) vollzog sich so, daß der Index im Januar d. J. 101,3 (i. V. 103,3), im Februar gleichfalls 101,3 (103,0), im März 100,9 (102,8) und im April gleichfalls 100,9 (102,6) betrug.

Die Rentabilität der chemischen Industrie erfuhr von der Preisseite her noch keine Besserung. Immerhin haben sich, wie aus einer Untersuchung der Dresdner Bank hervorgeht, die Preise in Deutschland wesentlich besser gehalten als die Weltmarktnotierungen. Die nachstehende Zahlentafel läßt erkennen, daß sich der Preisstand in Deutschland in der Krise wesentlich besser gehalten hat als in den andern Ländern: (1929 = 100)

Jahr	Deutschland	Vereinigte Staaten	Frankreich	Italien
1930	98,9	94,6	97,3	90,5
1931	93,1	84,2	83,3	78,8
1932	82,8	78,0	77,3	71,5
1933	80,8	62,1	73,8	64,8.

Auf der andern Seite ergab sich aus der wesentlich besseren Kapazitätsausnutzung eine recht nachhaltige Rentabilitätsbesserung, und dies um so mehr, als gerade die anlagenintensive chemische Industrie von einer Besserung des Beschäftigungsgrades in starkem Maße Nutzen ziehen mußte.

ARCHIV FÜR WIRTSCHAFTSPRÜFUNG

Der Betriebsvergleich im Spiegel des Schrifttums

Eine Buchbesprechung

Von Dr.-Ing. OTTO BREDT VDI, Berlin

Im betriebswirtschaftlichen Schrifttum der letzten Jahre gewinnen die Abhandlungen über den Betriebsvergleich mehr und mehr an Bedeutung. Leider ist die Zahl der Veröffentlichungen gering, die einen praktisch durchgeführten Betriebsvergleich in der Gesamtheit behandeln. Den größten Raum nehmen theoretische Erörterungen, Begriffsdefinitionen und Methodenbezeichnungen ein, in die zur Erläuterung nur mehr oder weniger umfangreiche Teilbeispiele eingestreut werden.

I. Der Betriebsvergleich in der Praxis

Unter den Darstellungen praktisch durchgeführter Betriebsvergleiche sind zwei Veröffentlichungen besonders bemerkenswert, die als Musterbeispiele betriebswirtschaftlicher Vergleichsarbeit angesehen werden können:

1. Betriebsvergleiche in pommerischen Genossenschaftsmolkereien. Von Dipl.-Kaufmann *Ernst Henkel*. Stettin 1930, Selbstverlag des Molkerei-Verbandes der Provinz Pommern. 127 S. Preis 3 RM.
2. Betriebsvergleiche in pommerischen Genossenschaftsmolkereien, durchgeführt für das Jahr 1930. Von Molkerei-Instruktor *Georg Henkel* und Dipl.-Kaufmann *Ernst Henkel*. Veröffentlichungen des Molkerei-Verbandes der Provinz Pommern, Stettin 1931. 86 S. Preis 3 RM.

Beide Arbeiten stehen, wie bereits der Name zeigt, in einem engen Zusammenhang. Die zweite stellt gleichsam die Fortführung der ersten Veröffentlichung dar.

Die Arbeiten sollen aufdecken, wie es um die pommerischen Molkereibetriebe steht, was sich zur Verbesserung der Wirtschaftlichkeit überhaupt erreichen läßt, und wie sich Erfolge zweifelsfrei nachweisen lassen. Dafür ist es notwendig, zunächst einmal brauchbare Unterlagen und Berechnungsmethoden zu schaffen.

In diesem Sinne befaßt sich die erste Arbeit zunächst mit einer Darlegung der genossenschaftlichen Milchverwertung, dem Stand der bisherigen Untersuchungen auf diesem Gebiet sowie den Möglichkeiten von Leistungs- und Kostenvergleichen, um dann die zweckmäßige Gruppierung der Betriebe selbst zu behandeln und das verfügbare Material auf seine Verwendbarkeit einer Nachprüfung zu unterziehen. Den Hauptbestandteil der Arbeit bilden sodann die eigentlichen Kostenuntersuchungen und Leistungsvergleiche, deren Ergebnisse in einer Schlußbetrachtung noch einmal kurz zusammengefaßt werden.

Die zweite Arbeit bringt die ausgewerteten Ergebnisse für 1930, wobei die Kosten- und Leistungsvergleiche auch noch durch Kapitalvergleiche ergänzt werden. Die wichtigsten Betriebszahlen werden nach Betriebsgrößenklassen zusammengestellt. Abschließend wird eine Übersicht über das genossenschaftliche Molkereiwesen in der Provinz Pommern sowie die Kapital- und Vermögensverhältnisse der pommerischen Molkereigenossenschaften gegeben.

Beide Arbeiten zeigen nicht nur die methodische fachmännische Schulung, sondern gleichzeitig auch ein großes Verständnis für Sinn und Wesen wirtschaftlicher Dinge. Zudem spricht aus der ganzen Art und Weise der Behandlung des Stoffs das Bekenntnis zu dem Betrieb als dem

lebenswichtigen Kern jeder Wirtschaft. Dem Betrieb, dessen Eigenart von Fall zu Fall gewahrt und gepflegt werden muß, der damit zwar einer individuellen Behandlung bedarf, trotzdem aber in seiner Wirtschaftlichkeit mit andern Betrieben nach gemeinsamen Messungs- und Wertungsverfahren erfaßt und verglichen werden kann.

Während die vorstehend erwähnten Betriebsvergleiche unmittelbar dem praktischen Leben entstammen, stützt sich eine andere Arbeit auf die von den betreffenden Betrieben jeweils veröffentlichten Zahlenangaben, befaßt sich also, in der Terminologie der Kölner Schule gesprochen, mit einem nicht „intern“ wie bei den Molkereigenossenschaften, sondern „extern“ gewonnenen Vergleichsmaterial.

3. Die rheinisch-westfälischen Montankonzerne im Betriebsvergleich. Von Dr. *Eduard Mund*. Leipzig 1933, Universitätsverlag von Robert Noske. 232 S. Preis 10 RM.

Auch hier werden die Grundlagen und Voraussetzungen des eigentlichen Betriebsvergleichs nur insoweit behandelt, als dies zum Verständnis des eigentlichen Vergleichs der im wesentlichen aus den Bilanzen und Geschäftsberichten gewonnenen Wirtschaftsergebnisse erforderlich ist. Der Schwerpunkt ist darauf gelegt, die Entwicklung und den Aufbau der rheinisch-westfälischen Bergwerks- und Hüttenkonzerne zu klären, ohne daß dabei die wirtschaftlichen Verhältnisse im gesamten Ruhrkohlenbergbau, der Großeisenindustrie im Rhein- und Ruhrgebiet und damit der dortigen gesamten Montanindustrie außer acht gelassen werden.

In glücklicher Weise wird zunächst die Gesamtlage erläutert, sodann eine Einzeldarstellung der verschiedenen rheinisch-westfälischen Montankonzerne gegeben und erst danach zum eigentlichen Betriebsvergleich auf den verschiedenen Gebieten (Betriebszweige, Vermögens-, Kapital-, Belegschafts-, Rentabilitätsverhältnisse usw.) geschritten. Dadurch wird die wichtigste an jede Vergleichsarbeit zustellende Grundforderung erfüllt, zunächst einmal ein Bild von Wesensart und Wirkungsweise des Einzelunternehmens zu gewinnen und erst dann, wenn das klargelegt ist, mit dem Vergleich des Ganzen oder einzelner Teilbereiche zu beginnen. Nur dann wird nämlich eine Vergleichsarbeit praktisch richtige und brauchbare Ergebnisse erzielen, wenn jedes Merkmal, jede Zahl aus den betreffenden individuellen Betriebsverhältnissen heraus selbst geklärt und gedeutet wird und ein Vergleich derselben von Betrieb zu Betrieb stets nur im Rahmen des jeweiligen betrieblichen Gesamtzusammenhanges erfolgt. Kann doch das gleiche Merkmal, die gleiche Zahl in zwei Betrieben der Ausdruck ganz verschiedener Ursachen sein.

Infolgedessen muß jeder Betriebsvergleich stets mit einer individuellen Betriebsuntersuchung beginnen, jede Vergleichsarbeit selbst stets ein Individualvergleich sein. Auch ein „zwischenbetrieblicher Vergleich“ von Teilgebieten einzelner Betriebe wird daher in jedem Fall ein „Betriebsvergleich“ sein. Das wird in Theorie und Praxis heute noch recht häufig vergessen.

II. Der Betriebsvergleich in Theorie, Begriffsbildung und Methodik

Neben der verhältnismäßig sehr geringen Anzahl von Veröffentlichungen, welche sich mit den praktischen Ergebnissen von Betriebsvergleichen befassen, nehmen wie gesagt Arbeiten über Theorie, Begriffsbildung und Methodik des Betriebsvergleiches im Schrifttum einen wesentlich größeren Raum ein.

Hierzu ist vorweg eine allgemein kritische Bemerkung am Platze. Jede Theorie des Betriebs-

vergleiches setzt ebenso wie jede Begriffsbildung und Methodik zunächst einmal eine Theorie der Betriebswirtschaft als Ganzes voraus, aus der sich dann auch die entsprechenden Begriffsdefinitionen und Anwendungsmethoden, fast möchte ich sagen, von selber ergeben. Wer sich also mit der Theorie des Betriebsvergleiches befaßt, sollte — solange hier wie heute noch nicht eine tragende und einwandfreie, allgemein gültige Grundlage geschaffen ist — mit der der Wirtschaft des Betriebes beginnen. Denn nicht die Vergleichbarkeit selbst ist es, auf die es zunächst ankommt, sondern, wie bereits oben erwähnt, die Erkenntnis und Klarlegung der Wesensart und Wirkungsweise des „Betriebs“, um so für die Feststellung der individuellen Verhältnisse der Einzelbetriebe, die selbstverständlich im Gemeinschaftsverbande von Branche und Volkswirtschaft stehen, den gemeinsamen Rahmen und die gemeinsame Beurteilungsgrundlage zu finden. Damit sind aber gleichzeitig auch die Voraussetzungen für die Ausarbeitung der bei Betriebsuntersuchung und Betriebsvergleich anzuwendenden Meß- und Wertungsverfahren gegeben.

Nur zu häufig genügen die heute in Theorie und Praxis angewandten Untersuchungs- und Vergleichsverfahren nicht etwa aus dem Grunde nicht, weil sie selbst im einzelnen an sich objektiv unzulänglich sind, sondern weil sie der inneren und äußeren Geschlossenheit entbehren und die Darstellung des Betriebs im Gesamtzusammenhang übersehen. Damit tritt gleichzeitig aber auch ein bedenkliches Gefahrenmoment für jede Beurteilung der Untersuchungs- und Vergleichsergebnisse offen zutage, weil nicht im Gesamtzusammenhang gewonnene und gedeutete Merkmale und Kennziffern nur zu leicht zu erheblichen Trugschlüssen zu führen vermögen.

Die Aufgabe, die hier also von der Betriebswirtschaftslehre noch gelöst werden muß, lautet: Es ist eine objektiv einwandfreie und individuell anwendbare Rahmenmethode zu schaffen, welche die individuelle Erfassung und Beurteilung der einzelnen Betriebswirtschaften in ihren Zusammenhängen und Wechselwirkungen nach einheitlichen Maßstäben und Wertungsgesichtspunkten ermöglicht. Eine Rahmenmethode, die zwar von Fall zu Fall je nach Bedarf ergänzt und vertieft werden kann, die aber andererseits auch objektiv gültige und allgemein vergleichbare Untersuchungsergebnisse gewährleistet. Oder mit andern Worten, es ist ein Erfassungs- und Vergleichsverfahren als betriebswirtschaftliches Werkzeug zu schaffen, das überall angewandt werden kann, ohne daß damit den individuellen Betriebsverhältnissen Gewalt angetan wird. Dabei spielen dann selbstverständlich nicht etwa nur Kosten- und Vermögensaufbau eine Rolle, die heute fast ausschließlich im Schrifttum behandelt werden, sondern das gesamte Wesen und Wirken eines Betriebs, wie es in den wertmäßigen Zusammenhängen seinen Niederschlag findet.

In diesem Zusammenhang ist aber noch ein weiterer Punkt zu betonen. Wer sich mit der „Betriebswirtschaft als Ganzes“ und den sich daraus ergebenden Meß- und Wertungsverfahren befaßt, muß sich vor allen Dingen darüber klar sein, daß die Betriebswirtschaft als Ganzes nur wertmäßig, niemals aber etwa mengenmäßig erfaßt werden kann, weil nur der Wert, nicht aber die Menge den einheitlichen Maßstab ermöglicht. Im Brennpunkt einer Theorie der „Betriebswirtschaft als Ganzes“ wird daher stets der Wertzusammenhang stehen, mag er sich nun als Wertbewegung (Leistung, Umschlag), Wertzustand (Anspannung, Risiko) oder Wertbildung (Erfolg, Rentabilität) äußern. Alle mengenmäßigen Vorgänge usw. sind hierbei selbstverständlich als eigentliche Wertträger von Bedeutung, zumal ja letzten Endes Aufgabe und Zweck der Betriebswirtschaft sich irgendwie im Mengenmäßigen, z. B. in der Gütererzeugung, äußern. Nur ist die Erfassung und Beurteilung der Gesamtzusammenhänge und der in ihnen auftretenden Wechselwirkungen auf mengenmäßiger Grundlage nicht möglich, weil der Wert der Mengeneinheit nicht einheitlich ist. In jedem betriebswirtschaftlichen Standardwerk (vgl. z. B. die Schmalenbachschen Werke) wird daher

stets die Behandlung des Wertproblems im Vordergrund stehen.

Mit andern Worten ausgedrückt, sieht sich also jede „Theorie der Betriebswirtschaft als Ganzes“ und damit auch jede „Theorie des Betriebsvergleichs“ stets vor die Aufgabe gestellt, die aus der menschlichen oder betrieblichen Zweckbetätigung entspringenden und sich mengenmäßig ausdrückenden Handlungen wertmäßig in ihren Auswirkungen und Zusammenhängen zu erfassen und zu beurteilen. Hierbei wird die Erfassung stets ihren Schwerpunkt im Gegenstand des Vergleichenen haben und damit „objektiv“ sein müssen, während die Beurteilung letzten Endes doch stets „subjektiv“ sein wird. Gerade aber weil die hier gestellte Aufgabe nicht nur eine „objektive“ Erfassung schlechthin, wie z. B. in der Technik, sondern auch eine „subjektive“ Beurteilung des vorher Erfassten verlangt, kann ein Betriebsvergleich sich niemals auf die Feststellung irgendwelcher Zahlengrößen beschränken. Vielmehr muß die Beurteilung sich darüber hinaus auf das gesamte Tatsachenmaterial stützen, d. h. also auch auf das, was nicht durch die Rechnung, sondern nur durch die persönliche Befragung und Beobachtung gewonnen werden kann. Hier aber spielt die Person des Untersuchenden und Vergleichenden eine entscheidende Rolle. Klar hat das in den nachfolgend besprochenen Veröffentlichungen im Grunde genommen nur Hauck erkannt, der gerade die in dieser Richtung liegenden Erfordernisse in seinem Werk eingehend behandelt.

Im nachfolgenden sollen nunmehr einige der wichtigsten Veröffentlichungen der beiden letzten Jahre über Theorie, Begriffe und Methoden des Betriebsvergleiches kurz in ihren hauptsächlichsten Gedankengängen umrissen werden.

1. Grundlagen des Betriebsvergleichs. Von Walter Weigmann. Stuttgart 1932, C. E. Poeschel Verlag. 154 S. Preis 5,85 RM.

Nach Ansicht des Verfassers besteht die zu lösende Aufgabe „in der Schaffung von möglichst absoluten, d. h. exakten und doch ökonomischen Vergleichsverfahren auf Grund des Rechnungswesens, welche das Urteil über die Qualität der Wirtschaftsführung des Betriebes und der Unternehmung präzisieren helfen soll“.

Weigmann kennt drei Vergleichsverfahren, das dynamische, das stationäre und das statische, wobei die Begriffsbildung selbst nicht ganz klar ist und vor allen Dingen auch zum Teil nicht der herrschenden Auffassung entspricht. Unter dem dynamischen Verfahren wird nämlich von Weigmann der Vergleich innerhalb der internen Verhältnisse und Entwicklung eines Betriebes verstanden, unter dem stationären (d. h. also Standort bewahrenden!) Verfahren ein Differenzvergleich zweier aufeinanderfolgender Zeitabschnitte verschiedener Betriebe, unter statischem Verfahren der Vergleich des Spannungszustandes verschiedener Betriebe, der sich naturgemäß im Verlauf der Entwicklung fortgesetzt verändert.

Weigmann wendet die drei Vergleichsverfahren auf den Betrieb, das Unternehmen und die Betriebsverfahren an und erhält hieraus einen Betriebs-, Unternehmungs- und Verfahrensvergleich, der sowohl dynamischer, als auch stationärer und statischer Natur sein kann. Demgemäß kommt der Verfasser zu neun verschiedenen Vergleichsverfahren, auf denen er seine gesamte Vergleichstheorie aufbaut. Die Einteilung erscheint weder nach der begrifflichen, noch nach der methodischen Seite hin recht glücklich zu sein, zumal da sie nicht Gleichwertiges Gleichwertigem, sondern, wie z. B. Verfahren, Betrieb und Unternehmen, Teilbegriffe bzw. Teilfunktionen den ihnen übergeordneten gegenüberstellt und auch die Grundbegriffe selber nicht einwandfrei bildet (vgl. auch die allgemeinen Bemerkungen am Schluß der Gesamtbesprechung).

Weigmann, der als Ingenieur-Kaufmann dem eigentlichen mengenmäßigen Beschaffungs-, Produktions- und Absatzprozeß des Betriebes eine wesentlich größere Bedeutung beimißt als den wertmäßigen Gesamtzusammenhängen der Unternehmung, wird infolge seiner oben erwähnten Gliederung gezwungen, das Unwichtigere in gleichem Maße zu

behandeln wie das Wichtige, wobei verständlicherweise das letztere häufig zu kurz kommen muß. So ist es auch erklärlich, daß *Weigmann* den von ihm irrümlicherweise als statisch bezeichneten Betriebsvergleich zu unvollständig behandelt und infolgedessen gerade hier im Kernpunkt des gesamten Betriebsvergleichsproblems sich auf Teilvergleiche (reine Kostenvergleiche) beschränkt.

Weigmanns Arbeit ist im wesentlichen als bemerkenswerte Materialsammlung zu beachten, die der Verfasser unter einheitlicher Problemstellung und mit dem Ziele, eine allgemeine Vergleichstheorie zu schaffen, durchgeführt hat.

Im Rahmen der bekannten Bestrebungen, zu einer Normalerfolgsrechnung zu kommen, wird der Betriebsvergleich in einer Studie behandelt, welche der Frankfurter Richtung entstammt.

2. Industrielle Normalerfolgsrechnung. Der zwischenbetriebliche Vergleich als Aufgabe betriebswirtschaftlicher Gemeinschaftsarbeit. Von Dr. *Walter Trautmann*. Berlin-Wien 1932, Industrieverlag Spaeth & Linde. 161 S. Preis 3,50 RM.

Die Arbeit wurde bereits im September 1930 abgeschlossen, gehört also zu den älteren Veröffentlichungen auf diesem Gebiet. Für den Verfasser bildet der zwischenbetriebliche Vergleich die letzte und höchste Erkenntnismöglichkeit für die praktische Betriebswirtschaft und insbesondere für die Analyse des eigentlichen Wirtschaftserfolgs. Die Bedeutung der aus dem Betriebsvergleich gewonnenen Erkenntnisse erblickt *Trautmann* vor allen Dingen in dem Einblick in die Betriebsgebarung und Betriebsstruktur sowie in der Erstellung von Unterlagen für den Wirtschaftsplan und die Standardziffernrechnung, für die Preispolitik, die Konjunkturforschung sowie die lohn-, sozial- und wirtschaftspolitischen Verhandlungen. Auch als Mittel zur persönlichen Leistungssteigerung ist der Betriebsvergleich zu verwenden. In jedem Fall muß aber der zwischenbetriebliche Vergleich als Aufgabe betriebswirtschaftlicher Gemeinschaftsarbeit aufgefaßt werden, wobei Träger der Gemeinschaftsarbeit selbst der Staat, die Wirtschaft, wissenschaftliche Institutionen oder berufliche Fachverbände sein können.

Ausführlich wird die Methodik des zwischenbetrieblichen Vergleichs behandelt. Betriebsziffern können Zwecks- und Zufallscharakter haben. Erstere, d. h. also von Zufallsbestandteilen freie Ziffern, sind für den Vergleich zu gebrauchen.

Trautmann kennt folgende Arten und Wege des Vergleichs, wie sie bereits 1928 von *Wirtz* aufgeführt worden sind:

- a) den **Unternehmensvergleich**, der zum Gegenstand die kapitalistischen Wirtschaftseinheiten hat und sich mit den Ziffern der Kapitalrechnung als Vergleichsmaterial befaßt. Er hat Vorteile und Nachteile, kann auch als Branchenvergleich, d. h. Vergleich verschiedener Gewerbezweige angewandt werden. Nach Ansicht von *Trautmann* steht er dem eigentlichen Betriebsvergleich nach, sofern man ihn unter dem Gesichtspunkt des Erkenntnisgehaltes für die Betriebswirtschaften betrachtet;
- b) den **Betriebsvergleich**, der in der Form des Stückrechnungsvergleiches und des Abschnittsrechnungsvergleiches auftritt, wobei der erstere grundsätzlich ein Stückkosten-, Stückertrags- und Stückerfolgsvergleich sein kann, während der letztere als Zwischenbilanzvergleich oder als kurzfristiger Erfolgsrechnungsvergleich (Aufwandsarten-, Aufwandsstellen- und kombinierter Vergleich) vorkommt;
- c) den **Vergleich von besonderen betriebsstatistischen Kennziffern**, meist als technische Meßziffern bekannt.

Neben diesen meist innerhalb einer Branche vorgenommenen Vergleichen wird auch der Vergleich verschiedener Wirtschaftszweige behandelt, wobei als objektive Maßstäbe gewonnene Standardziffern der einzelnen Gewerbezweige die Vergleichsmöglichkeit bieten.

Trautmann schließt sich also hier der Unterscheidung von Betriebs- und Unternehmensvergleich an, wie sie vielfach in der Betriebswirtschaftslehre üblich ist, wobei er

als **Unternehmung** im wesentlichen die **Finanzeinheit** betrachtet, während als **Betrieb** die **Produktionseinheit** aufgefaßt wird. Eine solche Begriffsbestimmung muß notwendigerweise zu Willkürlichkeiten führen. Sie geht außerdem an dem Kernproblem jeder Betriebswirtschaft und damit auch jedes Betriebsvergleiches vorbei, nämlich daß, wie bereits oben erwähnt, die betriebswirtschaftlichen Zusammenhänge und Wechselwirkungen lediglich auf wertmäßiger Grundlage erfaßt werden können und jede wirtschaftliche Handlung stets den Charakter der Unternehmung trägt. Es fehlt hier der Raum, um auf diese so wichtigen Gesichtspunkte näher einzugehen. Bemerkenswert aber ist, wie gerade die Betriebswirtschaftslehre immer wieder nur zu leicht geneigt ist, bei der Systematisierung den großen Gesamtzusammenhang zu vergessen, wie er in der Kapitalwirtschaft und damit den Wertbeziehungen von Unternehmung, Branche und Wirtschaft gegeben ist.

Die Bedeutung der Arbeit von *Trautmann* liegt darin, daß er den Betriebsvergleich als Teilgebiet der Normalerfolgsrechnung und damit eines weiter gesteckten Rahmens behandelt. Als Quelle steht ihm zweierlei zur Verfügung: die betriebswirtschaftliche Literatur und die eigene gesunde Vorstellungsgabe. Der Verfasser hat zweifelsohne den eigentlichen Sinn des Betriebsvergleichs und seiner Aufgaben erfaßt, wenn man ihm auch auf manchen Wegen nicht folgen kann. Insbesondere zeigt sich das darin, daß er nicht, wie so mancher andre, das behandelte Thema zerpfückt, sondern die große Linie verfolgt, obgleich er zu praktischen Vorschlägen nicht kommt.

Eine wesentlich umfangreichere Arbeit, die den Versuch macht, das ganze Gebiet des betriebswirtschaftlichen Vergleichs systematisch zusammenzufassen, und dabei die entscheidenden methodischen und praktischen Voraussetzungen und Aufgaben des Vergleichs sowie seine Anwendung in der Betriebswirtschaftslehre darzustellen, ist das nachfolgende im Mai 1933 erschienene Werk:

3. Der Betriebsvergleich. Lehr- und Handbuch. Erster Band. Von *Wilhelm Chr. Hauck*. Bühl-Baden 1933, Konkordia A. G. für Druck und Verlag. 528 S. Preis brosch. 14,50 RM, geb. 16,50 RM.

Zunächst liegt nur der 1. Band: **Betriebsvergleichslehre (Theorie und Methodik)** vor, der die methodischen Grundlagen des Betriebsvergleichs feststellen soll. Ein zweiter Band, der die Betriebsvergleichspraxis behandelt, ist in Aussicht genommen. Die hier gewählte Folge (erst Theorie, dann Praxis) mag manchem vielleicht nicht ganz zweckmäßig erscheinen, zumal da die Betriebswirtschaftslehre in erster Linie eine Erfahrungswissenschaft ist. Es wäre daher vielleicht besser gewesen, dem Gang der Verarbeitung von Erfahrungen entsprechend zunächst die Betriebsvergleichspraxis zu behandeln und auf ihr aufbauend dann die Grundlagen der Methodik folgen zu lassen. Da der Verfasser den umgekehrten Weg gegangen ist, setzt das Studium des 1. Bandes seines Werkes immerhin eine weitgehende Kenntnis der Betriebsvergleichspraxis voraus, die zweifelsohne bei manchem Leser nicht vorhanden sein wird.

Der Hauptteil des bisher erschienenen Werkes befaßt sich mit den drei methodischen Grundfragen des Vergleichs, „Wozu, was und wie wird verglichen?“ Die erste Frage wird dahingehend beantwortet, daß der Vergleich entweder beschreibend vorgeht (deskriptiver Vergleich) oder nach den Ursachen der Vergleichsergebnisse sucht (Kausalvergleich). Die zweite Frage nach dem Gegenstand der Untersuchung wird durch eine Behandlung des Teil- und Totalvergleichs geklärt. Die daraus gewonnenen Ergebnisse werden zu einer Systematik der Beziehungen zusammengestellt. Den größten Raum nimmt die Erörterung der Vergleichsverfahren in Anspruch, d. h. die Beantwortung der dritten Frage, wie wird verglichen? Den Normalvergleichen werden komparative Vergleiche gegenübergestellt. Erstere befassen sich mit unbearbeiteten Größen und Werten, während die letzteren die gewonnenen Vergleichsziffern noch einmal mit sich selber vergleichen.

Der Verfasser kennt statische Vergleiche, bei denen die Betriebe im Ruhezustand miteinander verglichen werden, kinetische Vergleiche, die die Gesamtbewegung durch in Abständen angestellte Untersuchungen erfassen, und dynamische Vergleiche, die die Objekte in der Bewegung untersuchen. Auch hier werden also wie von *Weigmann* aus der Mechanik übernommene Begriffe unrichtig ausgelegt oder in wenig glücklicher Weise verwendet. Denn einmal gibt es in der Praxis keine Betriebe im „Ruhezustand“ und somit auch keine derartige Vergleichsmöglichkeit, wie sie *Hauck* als „statisch“ bezeichnet. Sodann aber ist das, was der Verfasser kinetisch nennt, tatsächlich mehr kinematisch und, was er als dynamisch bezeichnet, kinetisch (vgl. auch die Schlußbemerkungen). Hier ist endlich einmal eine einwandfreie Klärung der Begriffe am Platze, die mindestens ebenso wichtig ist, wie die vom Verfasser verlangte stärkere Anwendung mathematischer Betriebsvergleichsmethoden zwecks Erzielung einer größeren Vergleichsgenauigkeit und Vergleichsrichtigkeit.

Das Werk von *Hauck* bringt nicht nur eine Menge wesentlicher Gesichtspunkte zu dem zu klärenden Stoff, sondern wirft seinerseits auch eine Fülle von noch nicht gelösten Fragen auf. Es stellt damit die Betriebsvergleichslehre vor eine ganze Reihe neuer wichtiger Aufgaben.

Zum Schluß werden die wichtigsten Ergebnisse des ersten Bandes in kurzen Zügen zusammengefaßt und hierbei insbesondere die zwei entscheidenden Standpunkte einer betriebswirtschaftlichen Vergleichslehre näher umrissen, die bereits oben, wenn auch mit andern Worten, wiedergegeben sind: Ist es der Zweck eines Vergleiches, als Mittel der Erkenntnis zu dienen oder das zu Vergleichende vergleichbar zu machen? In der Beantwortung dieser Frage liegt zweifelsohne die entscheidende Voraussetzung für den Aufbau jeder Vergleichstheorie und darüber hinaus für den praktisch brauchbaren Erfolg jeder betriebswirtschaftlichen Vergleichsarbeit. Gleichzeitig drückt sich darin aber auch die ganze Problematik des Betriebsvergleiches aus. Eine Problematik, wie sie in der Theorie bisher klar vielleicht nur von der Ästhetik herausgearbeitet worden ist, die von dem erfassenden Subjekt die Erfassung des zu erfassenden Gegenstandes zwar aus dem Sinn und Wesen des letzteren heraus, aber in allgemein gültigen Gesetzmäßigkeiten und mit allgemein gültigen Maßstäben verlangt.

Während *Hauck* mit der vorstehend erwähnten Veröffentlichung gleichsam ein Standardwerk über die Theorie des Betriebsvergleiches zu schaffen beginnt, ist im gleichen Jahre in der von *Gerstner* herausgegebenen Sammlung „Wegweiser für Wirtschaftsprüfer“ ein kleiner Band erschienen, welcher in knappen, gut formulierten Sätzen die für die Praxis wichtigsten Gesichtspunkte über den Betriebsvergleich enthält.

4. Wegweiser für Betriebsstatistik und Betriebsvergleich. Von Dr. *Imre Hermann*. Berlin und Leipzig 1933, Haude & Spener'sche Buchhandlung Max Paschke, Verlag für Wirtschaftswissenschaft. 77 S. Preis 3 RM.

Hermann befaßt sich zunächst mit den Methoden und der Technik der Statistik sowie der Prüfung des statistischen Zahlenmaterials, geht also von der Seite der Statistik an die Behandlung des Betriebsvergleiches heran. Zweck seiner Abhandlung ist, dem sich mit wirtschaftlichen Untersuchungen befassenden Fachmann die Notwendigkeiten für die Prüfung des Betriebes mit Hilfe statistischer Zahlen näher zu bringen und auf diese Weise die „Schaffung von betriebs eigenen Prüfungs- und Vergleichsgrundlagen“ zu ermöglichen. Jedem, der sich in knapper Form über das hier behandelte Fragegebiet unterrichten will, ist die Arbeit von *Hermann* bestens zu empfehlen.

Eine weitere Arbeit ist in den „Nürnberger Beiträgen zu den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften“ veröffentlicht und ebenfalls im vorigen Jahre erschienen.

5. Erfolgskontrolle mittels Betriebsvergleich. Von *Wilhelm Kraft*. Nürnberg 1933, Verlag der Hochschulbuchhandlung Kriese & Co. 97 S. Preis 3,25 RM.

Hier wird von vornherein der Betriebsvergleich auf einen ganz bestimmten Zweck abgestellt, nämlich die Erfolgskontrolle. Um Irrtümer zu vermeiden, muß darauf hingewiesen werden, daß es selbstverständlich auch noch andere Zwecke des Betriebsvergleiches gibt, so z. B. die Konjunkturbeobachtung, die Feststellung struktureller Veränderungen usw.

Kraft befaßt sich zunächst allgemein mit der Frage, was im Gegensatz zum innerbetrieblichen Vergleich der zwischenbetriebliche Vergleich für die Erfolgskontrolle bedeutet. Das Ergebnis formuliert er wie folgt: „Beim innerbetrieblichen Vergleich ist das Erfolgsquellenstudium ein Aufsuchen der Wirkungen der Ursachen, während beim zwischenbetrieblichen Vergleich es sich als ein Studium der Wirkungen zum Zweck des Aufsuchens der Ursachen darstellt.“ *Kraft* meint also, daß der innerbetriebliche Vergleich als Erfolgsstudium nur dort anwendbar sei, wo die Ursache einer Erfolgsänderung von vornherein bekannt ist. Das ist zweifelsohne nicht richtig, weil man sowohl im innerbetrieblichen als auch im zwischenbetrieblichen Vergleich meist von den Wirkungen, nämlich den Ergebnissen bestimmter Perioden ausgeht, mögen dieselben nun innerhalb eines Betriebes nacheinander, wie beim Zeitvergleich, oder innerhalb mehrerer Betriebe nebeneinander liegen. Das gilt auch dann, wenn man die Wirkung nicht im Ist, sondern im Soll, d. h. also im Ergebnisansatz behandelt. Ganz allgemein unterscheidet sich der innerbetriebliche vom zwischenbetrieblichen Vergleich im Grunde genommen lediglich durch die in jedem von ihnen liegenden Grenzen und Möglichkeiten der Vergleichstätigkeit. Der Vorteil des innerbetrieblichen Vergleiches liegt darin, daß man den gleichen Betrieb vergleicht, der Nachteil, daß in den nacheinander folgenden Zeitabschnitten die konjunkturellen und strukturellen Veränderungen zum Ausdruck kommen. Beim Betriebsvergleich wird im Grunde genommen Ungleiches miteinander verglichen, denn kein Betrieb ist dem andern gleich. Gleich sind hier nur die für den Vergleich gewählten Zeitabschnitte, die sich aber keineswegs in gleicher Weise auf die einzelnen Betriebe auswirken müssen.

Wie bereits erwähnt, kommt es dem Verfasser im wesentlichen auf eine Erfolgskontrolle an, wobei er als Erfolgsquellen die Vermögensteile, Kostenteile und den Ertrag der Unternehmung betrachtet. *Kraft* stellt die Einflüsse, die sich aus der „Struktur des Betriebes“ ergeben, den Wirkungen gegenüber, die durch die „Konstitution der Betriebe im Verhältnis zur Konstitution der Branche“ bedingt sind. Durch Gruppenbildung von Betrieben nach gemeinsamen Strukturvoraussetzungen sucht er die Einflüsse der Strukturunterschiede auszuschalten. Die Verhältniszahlen, die er bei der statistischen Untersuchung der Konstitution der Kosten- und Vermögensteile errechnet, bezeichnet er als „Konstitutionsziffern“.

Kraft unterscheidet hier also zwischen der Konstitution und Struktur eines Betriebes. Hierbei bezeichnet er als Struktur Größe, Standort, Fertigungsweise und Beschäftigungsgrad, also die individuelle betriebliche Lage, während er unter Konstitution die Verhältnismäßigkeit der Einzelkosten und der Einzelvermögensteile untereinander, also im Grunde genommen den kapitalwirtschaftlichen Aufbau des Betriebes versteht, soweit derselbe branchenmäßig bedingt ist. Gegen die Einführung des aus der Heilkunde stammenden Begriffes Konstitution (Verfassung) in die Betriebswirtschaftslehre ist an sich nichts einzuwenden. Nur darf er nicht so willkürlich gebraucht werden, wie das hier geschieht. Denn die Konstitution eines Betriebes bedingen nicht nur die branchentypischen Eigenschaften, sondern auch die individuell betrieblichen und damit vieles von dem, was *Kraft* als Struktur bezeichnet. Demgegenüber versteht man gemeinlich unter Struktur die Art der Zusammenfügung einzelner Teile zu einem Ganzen und damit gerade einen wesentlichen Teil von dem, was *Kraft* innerhalb der Konstitution die Verhältnismäßigkeit der Einzelkosten und Einzelvermögensteile nennt (vgl. auch unten die allgemeinen Schlußbemerkungen).

Zum Schluß wird noch im engen Anschluß an *Lehmann* die Bedeutung von Wirtschaftlichkeitsziffern im Rahmen des Betriebsvergleiches behandelt, wobei

ebenso wie bei *Lehmann* ein technischer und kommerzieller Gütegrad einander gegenübergestellt werden.

Ob diese Gliederung sehr glücklich ist, mag dahingestellt bleiben. In jedem Falle muß gefordert werden, daß derartige Wirtschaftlichkeitsziffern aus den Zusammenhängen und Wechselwirkungen des betriebswirtschaftlichen Lebens heraus gebildet werden und nicht, wie dies immer wieder geschieht, auf Grund irgendwelcher mehr oder weniger willkürlich gewählter Beziehungen, über deren Bedeutung eine Einigung in Theorie und Praxis meist schwer zu erzielen ist.

Die gleiche Forderung ist an die nachfolgende Arbeit zu stellen, die sich mit dem Betriebsvergleich von einem etwas anders gearteten Standpunkt aus befaßt.

6. Der Betriebsvergleich. Grundlagen, Technik und Anwendung zwischenbetrieblicher Vergleiche. Von *Albert Schnettler*. Stuttgart 1933, C. E. Poeschel Verlag. 161 S. Preis geh. 5,80 RM, geb. 7,50 RM.

Schnettler, der der Kölner Schule entstammt, faßt bemerkenswerterweise den Betriebsvergleich nicht wie *Schmalenbach* als „Betriebsvergleich“, sondern wie *Geldmacher* als „zwischenbetrieblichen Vergleich“ auf, was sich insbesondere auch in der gegebenen Begriffsdefinition äußert. „Der zwischenbetriebliche Vergleich (Betriebsvergleich) ist die Inbeziehungsetzung von Zahlengrößen verschiedener Betriebe in zweckbewußter Ordnung mit dem Ziele, durch die Vergleichstätigkeit Unterlagen für wirtschaftlich rationelles Handeln zu erhalten.“

Damit werden Sinn und Wesen des Betriebsvergleiches von vornherein in zwei wichtigen Punkten einseitig festgelegt. Denn auf der einen Seite ist die Aufgabe des Betriebsvergleichs von vornherein lediglich darin zu suchen, eine einwandfreie Grundlage für die Beurteilung der verglichenen Betriebe zu schaffen, wobei zunächst offen bleiben kann, welchen Zwecken hernach die Beurteilung dient. Auf der andern Seite besteht aber das Wesen des Betriebsvergleichs nicht darin, Zahlengrößen, sondern Betriebe zu erfassen und miteinander in Beziehung zu setzen. Im Kernpunkt des Vergleichs steht also jedesmal der Betrieb, während die Zahlengrößen lediglich ein Mittel zum Zweck sind, worauf insbesondere *Hauck* wiederholt (vgl. Besprechung II. 3.) hingewiesen hat.

Es ist verständlich, daß derartige einseitige Festlegungen von vornherein den Wert einer Arbeit beeinträchtigen müssen, was um so mehr zu bedauern ist, als gerade der praktische Teil mit Sachkenntnis und Fleiß zusammengestellt ist. Hinzu kommt, daß *Schnettler* so manchen Vergleichsgrößen eine Bedeutung beimißt, die ihnen nicht zukommt, da sie nicht aus den tatsächlichen Zusammenhängen heraus entwickelt sind, sondern aus willkürlich, z. T. sogar sinnwidrig gebildeten Beziehungen.

So setzt z. B. *Schnettler* den Umsatz in Beziehung zu den Anlagen und behauptet, daß diese Verhältnisgröße die Umschlagshäufigkeit des Anlagevermögens zeigt. Das ist nicht richtig, denn der Umschlag des Anlagevermögens wird — abgesehen von den jeweils vorhandenen Anlagebeständen — lediglich durch die Zu- bzw. Abgänge der Anlagewerte bedingt, und zwar ganz gleichgültig, ob es sich bei den Abgängen nun um Abschreibungen, die im Umsatz enthalten sind, oder um Verkäufe von Anlagen handelt. Ähnlich zu beurteilen ist es, wenn *Schnettler* Umsatz und Fremdkapital in Beziehung setzt und behauptet, daß hierdurch die Umschlagshäufigkeit des Fremdkapitals ausgedrückt wird.

Begrifflich unterscheidet *Schnettler* einen internen und externen inner- und zwischenbetrieblichen Vergleich, wobei er aber nicht etwa von der Stellung des Vergleichsgegenstandes, sondern von der des Vergleichenden ausgeht. Ein interner bzw. externer Vergleich ist also nicht etwa ein inner- bzw. zwischenbetrieblicher Vergleich, sondern ein solcher, für den das Vergleichsmaterial vom Vergleichenden intern bzw. extern zum Betriebe gewonnen wird.

Es muß zum mindesten zweifelhaft erscheinen, ob eine derartige Begriffsbildung zweckmäßig ist. Sicherlich wird dadurch aber eine eindeutige Klärung der Begriffe nicht erreicht, was um so mehr zu bedauern ist, als gerade in

der Betriebswirtschaftslehre bereits eine erhebliche Begriffsverwirrung besteht.

Vom Standpunkt eines in der praktischen Buch- und Betriebsführung stehenden Fachmannes behandelt der nachfolgend genannte Verfasser den zwischenbetrieblichen Vergleich.

7. Der Zwischenbetriebliche Vergleich in der Industrie. Inaugural-Dissertation zur Erlangung der Doktorwürde der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Köln. Von *Walter Klingelhöfer*. Bergisch-Gladbach 1932, Buchdruckerei Joh. Heider. 96 S.

Als Hauptzwecke des Betriebsvergleichs werden die Untersuchung der Betriebsstruktur und die Überwachung der laufenden Betriebsführung bezeichnet. Unter diese beiden Hauptgesichtspunkte werden sämtliche Sonderaufgaben des Betriebsvergleichs eingeordnet.

Innerhalb des Strukturvergleiches wird der zwischenbetriebliche Standortvergleich in bezug auf die interlokalen Preis-, Lohn- und Steuerunterschiede behandelt, ferner der zwischenbetriebliche Vergleich der technischen Ausrüstung und der fabrikatorischen Verfahrensweisen sowie der Finanzstruktur. Innerhalb des Vergleichs der laufenden Betriebsführung befaßt sich *Klingelhöfer* vor allen Dingen mit der Aufbereitung des Vergleichsstoffes (Ausscheidung von Außeninflüssen und Strukturunterschieden, gleichmäßige Bewertung usw.) sowie Aufstellung von Vergleichsziffern, welche zur Beurteilung dienen (Erfolgsvergleich, Ertragsvergleich, Aufwandsvergleich und Kalkulationsvergleich). Ein reiches, aus der Praxis geschöpftes Material wird beigebracht, wobei allerdings auch hier die Beurteilung der Ergebnisse im Gesamtzusammenhang fehlt.

Zum Schluß werden die wirtschaftspolitischen Verwendungsmöglichkeiten des zwischenbetrieblichen Vergleichs untersucht. Hierbei wird insbesondere auf die Anwendung bei Gründungen, Sanierungen und Zusammenschlüssen, die Verwaltungspraxis der Kartelle und Verbände, die Kreditpolitik der Banken, die steuerliche Revisions- und die private Treuhandpraxis, die Rationalisierung der öffentlichen Betriebe und die internationalen Rationalisierungsbestrebungen hingewiesen.

Die Arbeit von *Klingelhöfer* gibt, wie gesagt, ein reichliches, aus der Praxis geschöpftes Material. Sie behandelt die wichtigsten, für den zwischenbetrieblichen Vergleich in der Industrie in Frage kommenden Gesichtspunkte und kann somit zur Unterweisung, namentlich auch für den den Dingen Fernerstehenden, dienen.

Zusammenfassend muß festgestellt werden, daß das betriebswirtschaftliche Schrifttum sich mit Theorie, Begriffsbildung und Methodik des Betriebsvergleichs bereits sehr eingehend beschäftigt hat. Dabei ist zweifelsohne auch manch wertvoller Stoff und manch lehrreiches Beispiel zusammengetragen worden. Eine in sich geschlossene und einheitliche Lehre aber fehlt immer noch, und zwar darum, weil der Betriebsvergleich noch nicht aus den inneren und äußeren Zusammenhängen der Betriebswirtschaft selbst herausgearbeitet ist.

Eine Unsitte, die man nur zu häufig in der Betriebswirtschaftslehre findet, muß zum Schlusse noch beanstandet werden. Eine Unsitte, die in der z. T. willkürlichen, ja unethischen Begriffsbildung liegt, die notwendigerweise zum Begriffswirrwarr führt.

Ein Wort (logos), ein Begriff sind wie alles ursprünglich aus einem ganz bestimmten Sinnzusammenhang heraus entstanden. Dadurch haben sie gleichzeitig die ihnen eigentümliche Bedeutung erhalten, die nun nicht dadurch willkürlich geändert werden kann, daß man ihnen einen ihnen fremden Sinn unterstellt. Will man in der Wissenschaft ein Wort oder einen Begriff für bestimmte Zwecke verwenden, so kommt es also darauf an, daß man ihr Wesen erkennt und sie ihrem Sinne entsprechend versteht. Das gilt besonders dann, wenn man aus andern Wissensgebieten Wort- oder Begriffsbildungen übernimmt und sie zur Bezeichnung anderer Dinge verwendet.

In der Volks- und Betriebswirtschaftslehre werden heute vielfach Begriffe gebraucht, die der Vorstellungswelt der Mechanik entstammen. Das geschieht aber nur zu oft nicht etwa so, wie es der ursprünglichen Begriffsbildung entspricht. Vielmehr wird ein solcher Begriff nur zu häufig in einem ihm fremden Sinne oder sogar sinnwidrig verwendet, indem man ihm einfach einen willkürlich gegebenen Inhalt unterstellt. Die Folge kann nur ein Begriffswirrwarr oder eine Begriffsaufweichung sein, muß aber in jedem Fall zu einer Untergrabung und Zerstörung der wissenschaftlichen Grundlagen führen. Es sei daher an alle, die derartige Begriffe bilden und gebrauchen, die dringende Bitte, aber auch die ernste Mahnung gerichtet, sich bei jeder Bildung und Verwendung neuer oder von andern Gebieten zu übernehmender Begriffe zunächst einmal mit dem ursprünglichen Sinn und Wesen des betreffenden Worts als Begriff zu befassen.

So ist z. B. Dynamik die Lehre von den Kräften, die sich zwar in Bewegungen äußern können, aber nicht müssen. Denn die Äußerung der Kräfte (Vorgang) kann auch eine Zustandsveränderung oder Lebensentwicklung sein. Die Dynamik ist also nicht etwa die Lehre von den Bewegungen schlechthin, sondern zunächst nur die Lehre von den Kräften, auf die hier im einzelnen nicht eingegangen werden kann.

Die beiden wichtigsten Gruppen der Dynamik werden als Statik und Kinetik bezeichnet. Hierbei versteht man unter Statik nicht etwa die Lehre von dem Ruhezustand, der ja bekanntlich nur relativ vorkommen kann, niemals aber absolut, sondern die Lehre vom Gleichgewichte der Kräfte, das in jedem „Zustand“ zum Ausdruck kommt. Dabei ist aber auch eine Bewegung oder Be-

schleunigung, wenn sie nur gleichmäßig erfolgt, als „Zustand“ anzusprechen, während jede Zustandsveränderung und damit jeder Vorgang nur durch neu auftretende Kräfte oder Kräfteverlagerungen und damit Veränderungen im Gleichgewichtszustand erfolgen kann. Die Lehre von den Äußerungen der Kräfte, soweit es sich hierbei um Bewegungen handelt, wird als Kinetik bezeichnet, während man unter Kinematik die Bewegungsgesetze geometrischer Gebilde versteht, d. h. also die Lehre von den Bewegungen, die sich aus dem geometrischen Aufbau, wie z. B. bei Zahnrädern, von Punkt zu Punkt oder Abschnitt zu Abschnitt, gleichsam im Zwanglauf ergeben.

Auf die Wirtschaft angewandt, ergibt sich also, daß die Statik (Lehre vom Gleichgewicht der Kräfte) ebenso wie die Kinetik (Lehre von den Äußerungen der Kräfte) zwei notwendige Teile der gesamten Dynamik sind. Insbesondere gibt es ohne Statik keine Dynamik, weil die Lehre vom Gleichgewicht der Kräfte, die, wie gesagt, nicht etwa eine Lehre vom Ruhezustand bedeutet, ein lebenswichtiger Bestandteil jeder Dynamik und in ihr auch jeder Kraftäußerung ist. Denn gerade die letztere stellt in irgendeiner Weise den Gleichgewichtszustand im Kräftesystem wieder her.

Die hier zutage tretenden Zusammenhänge berühren bereits die Kernprobleme der Naturwissenschaften und damit auch einer Wirtschaftswissenschaft, die sich mit der Wirtschaftsdynamik befaßt. Ob und inwieweit es gelingt, sie in der Zukunft klar und praktisch anwendbar herauszuarbeiten, wird für die Volks- und Betriebswirtschaftslehre von entscheidender Bedeutung sein. [2136]

WIRTSCHAFTSBERICHTE

Die deutsche Wirtschaft im Juni 1934

Wieder einmal ist, wenn auch auf andere Weise wie vor 20 Jahren, die Zeit der Sommersonnenwende in aller Welt mit Hochspannungen mannigfacher Art erfüllt. Wieder einmal scheint eine ungewöhnliche Hitzewelle nicht nur den Boden zum Glühen zu bringen, sondern auch den Menschen im Blute zu brennen und sie gerade dann in einen mehr und mehr gesteigerten Erregungszustand zu versetzen, wenn der Ernst der Lage nicht nur von der politischen Führung aller Länder, sondern auch von jedem einzelnen einen kühlen Kopf und ruhiges Blut verlangt.

In Zeiten, wie wir sie heute erleben, wird auch von allen denen ein Höchstmaß an Verantwortungsbewußtsein und Rückgrat, Tatkraft und fachlichem Können gefordert, die im Rahmen der Wirtschaft, ganz gleich an welcher Stelle, die Zukunft zu gestalten und den Lauf der Dinge zu bestimmen haben. Ein Ausmaß, das vielfach weit größer

und bedeutsamer ist, als es so gemeinhin dem Fernerstehenden zum Bewußtsein kommt. Ist doch gerade in diesen Wochen so manche Entscheidung zu treffen, welche nicht nur für das Schicksal einiger weniger, sondern die Zukunft weiter Kreise des Volkes, ja ganzer Völker von Wichtigkeit ist.

Die Lage der deutschen Wirtschaft, in diesem Zusammenhang hier schon oftmals behandelt, sei nochmals in knappen Zügen umrissen.

Die Verschuldung Deutschlands an das Ausland, bekanntlich zumeist aus Tribut- und Wiederaufbaukrediten entstanden, hatte Ende September 1933 den Stand von etwa 15 Mrd. Reichsmark erreicht. Hiervon entfiel die eine Hälfte auf langfristige Schulden, die nicht vor Jahresfrist rückzahlbar waren, während die andere Hälfte aus kurzfristigen Verpflichtungen bestand. Für 1934 ergab sich daraus eine von Deutschland an das Ausland zu leistende Zahlungsverpflichtung, die sich auf etwa 1 Mrd. RM belief, wovon etwa 0,7 Mrd. (davon etwa 40 % für die kurzfristigen Kredite) auf den Zinsendienst und 0,3 Mrd. auf den Tilgungsdienst kamen. Das bedeutet insgesamt die Jahres-

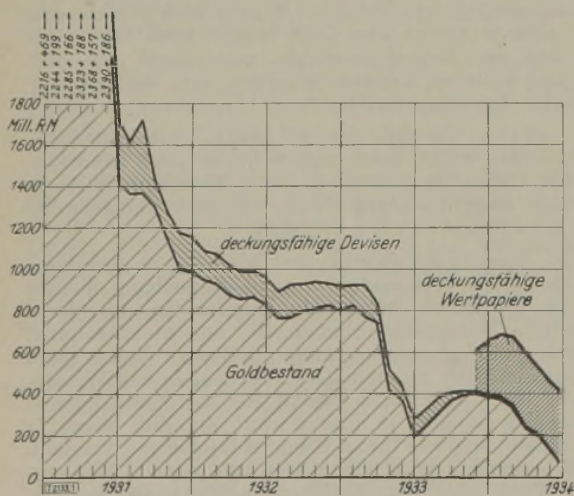


Abb. 1. Die Notendeckung der Reichsbank

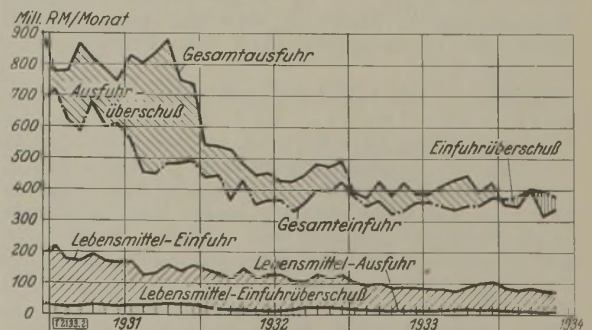


Abb. 2. Der deutsche Außenhandel: Gesamt- und Lebensmittelzahlen

leistung von etwa einer halben Million Arbeitskräfte, sofern die Zahlung in Arbeitswerten erfolgen würde.

Der Gold- und Devisenbestand der Reichsbank (Abb. 1), der in den Jahren der amerikanischen Kreditinvasion etwa 3 Mrd. RM umfaßte, war Mitte 1933 erstmalig unter die 300 Mill.-Grenze gesunken, obwohl die Außenhandelsbilanz dauernd einen nicht unerheblichen Ausfuhrüberschuß ausweisen konnte (Abb. 2). Die von der Reichsregierung und Reichsbank getroffenen Maßnahmen hatten in der zweiten Hälfte 1933 vorübergehend eine Auffüllung des Goldbestandes ergeben, wozu die Ablieferungen deutscher Vermögensbestandteile in ausländischer Währung sowie die noch immer zu verzeichnenden Ausfuhrüberschüsse nicht unerhebliche Beiträge lieferten. Bis dann um die Jahreswende infolge des Ausfuhrrückganges und Einfuhranstieges der Ausfuhrüberschuß verschwand und ein zunehmender Einfuhrüberschuß verbunden mit den laufenden im Rahmen des Kapitaldienstes geleisteten Zahlungen zu einer Absenkung des Gold- und Devisenbestandes auf die 70 Mill.-Grenze führte.

Die Arbeitsbeschaffung hatte einen Aufschwung der deutschen Gütererzeugung innerhalb der letzten anderthalb Jahre um etwa 30 bis 35 % gebracht (Abb. 15). Gleichzeitig sind, wenn auch unter starken Schwankungen und mit erheblichen Unterschieden auf den einzelnen Rohstoffmärkten, die Weltmarktpreise für die von Deutschland einzuführenden Rohstoffe (auf Goldwert gerechnet) wieder gestiegen. Dadurch haben sich die heute von der deutschen Wirtschaft für die aus dem Ausland einzuführenden Rohstoffe benötigten Devisenbeträge gegenüber dem Stand von Anfang 1933 um mehr als ein Drittel erhöht. Demgegenüber ist aber die Fertigwarenausfuhr, welche vor allem ausländische Zahlungsmittel erbringt, inzwischen um etwa 15 bis 20 % gesunken (Abb. 3). Hinzu kommen noch diejenigen Beträge, welche auf die einer besonderen Regelung unterliegende zusätzliche Ausfuhr entfallen bzw. zur Finanzierung des deutschen Auslandsabsatzes dem ausländischen Käufer als Kredite einzuräumen sind.

Während also auf der einen Seite die deutsche Wirtschaft einen gesteigerten Bedarf an ausländischen Rohstoffen und damit auch an ausländischen Zahlungsmitteln hat, wird ihr, wie die Entwicklung zeigt, aus mancherlei Gründen der Absatz im Ausland für deutsche Waren und damit die Möglichkeit, sich ausländische Zahlungsmittel zu schaffen,

beengt. Darüber hinaus werden die aus der immer mehr schrumpfenden Ausfuhr anfallenden Devisenbeträge noch dadurch zusätzlich in Anspruch genommen, daß die aus Zinsen- und Tilgungsdienst bestehenden Zahlungsverpflichtungen nach Aufzehrung der Gold- und Devisenreserven (Abb. 1) nur aus Ausfuhrrentgelten erfüllt werden können.

Der Kampf, den die Reichsregierung und Reichsbank heute im Rahmen der Verhandlungen über Handelsverträge und Transferbeschränkungen führen, ist also im Grunde genommen nichts anderes als der Kampf um die Gesundung und den Wiederaufstieg der deutschen Wirtschaft als Ganzes. Ein Kampf, der nicht etwa gegen die Erfüllung berechtigter Zahlungsforderungen geht, wohl aber gegen übermäßig drückende

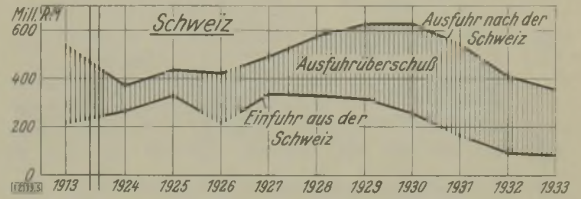


Abb. 5. Handelsbilanz Deutschland – Schweiz

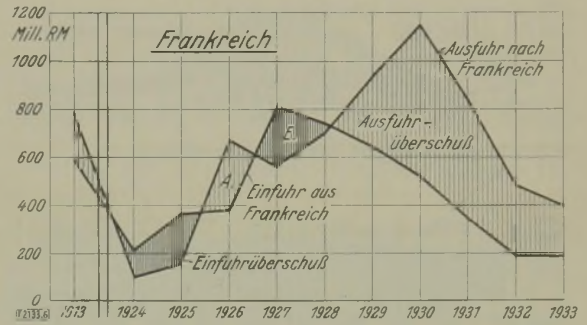


Abb. 6. Handelsbilanz Deutschland – Frankreich

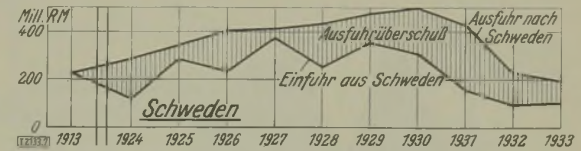


Abb. 7. Handelsbilanz Deutschland – Schweden

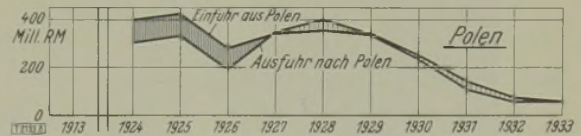


Abb. 8. Handelsbilanz Deutschland – Polen

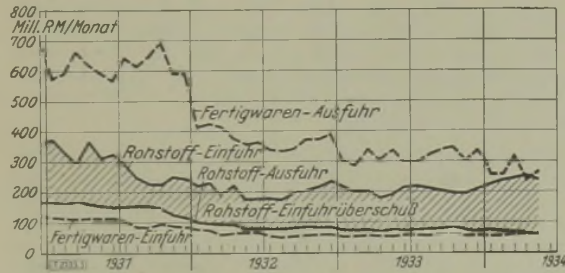


Abb. 3. Der deutsche Außenhandel: Rohstoffe und Halb- und Fertigwaren

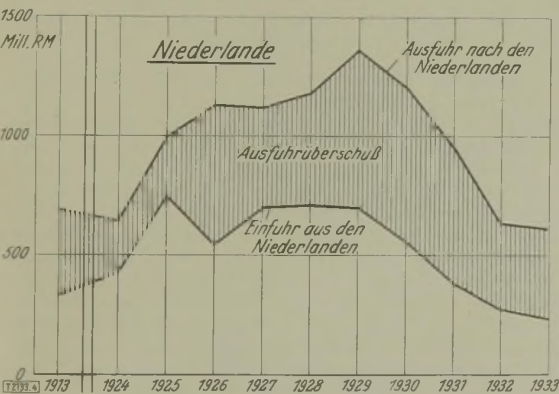


Abb. 4. Handelsbilanz Deutschland – Niederlande

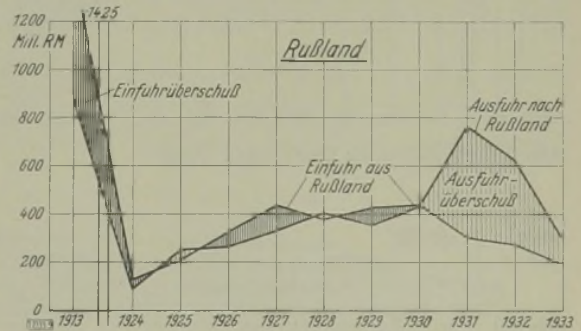


Abb. 9. Handelsbilanz Deutschland – Rußland

Lasten und vor allen Dingen gegen die, welche Forderungen stellen, ohne selbst Verpflichtungen anerkennen zu wollen.

In diesem Kampf um die Befreiung der deutschen Wirtschaft liegen die Dinge allerdings gegenüber den einzelnen

beteiligten Ländern sehr verschieden. Mit den wichtigsten europäischen Gläubigerländern hat Deutschland überwiegend eine aktive Handelsbilanz, während bei den Übersee-Ländern, insbesondere bei USA, das umgekehrte Verhältnis vorhanden ist. Es ist selbstverständlich, daß sich hierdurch in den beteiligten Ländern auch eine grundverschiedene Einstellung gegenüber Deutschland ergibt, die beachtet und gewürdigt werden muß, wenn man wie Deutschland auf dem Wege der Verständigung das Ziel zu erreichen gedenkt.

In den europäischen Ländern haben im laufenden Etatjahre die Niederlande mit etwa 150 Mill. und die Schweiz mit etwa 130 Mill. an Deutschland die höchsten Forderungen aus dem Zinsen- und Tilgungsdienst der internationalen Verschuldung zu stellen. Die Handelsbilanz weist bei den Niederlanden (Abb. 4) und der Schweiz (Abb. 5) laufend einen erheblichen Ausfuhrüberschuß für die deutsche Wirtschaft aus. Hierbei ist besonders beachtenswert, daß in den beiden letzten Jahren sich der Überschuß etwa auf den Stand von 1913 eingespielt hat, wobei allerdings (namentlich bei der Schweiz) das Gesamtmaß der Ein- und Ausfuhr abgesunken ist.

Auch Frankreich (Abb. 6) und Schweden (Abb. 7) sind mit einem diesjährigen Zinsendienst von etwa 35 bzw. 10 Mill. Gläubigerländern, mit denen Deutschland eine aktive Handelsbilanz hat. Beide Länder spielen in bezug auf die deutsche Rohstoffversorgung insbesondere an Erzen eine nicht unbedeutende Rolle.

Als drittgrößtes europäisches Gläubigerland hat Großbritannien (Abb. 10) im laufenden Jahr an Deutschland eine Zins- und Tilgungsforderung von etwa 85 Mill. zu stellen. Auch hier weist die Handelsbilanz für Deutschland einen Aktivsaldo aus, der allerdings unter dem Druck der Pfundentwertung stark eingeschrumpft ist und namentlich gegenüber dem Vorkriegsstand eine erhebliche Einschränkung der Handelsbeziehungen wie auch des deutschen Ausfuhrüberschusses zeigt.

Während somit das britische Mutterland Deutschland noch immer den Vorteil eines Ausfuhrüberschusses bietet, der zwar in den letzten Jahren ebenso wie der gesamte Handelsverkehr auf fast ein Drittel zurückgeworfen wurde, liegen die Verhältnisse gegenüber dem außereuropäischen britischen Reich gerade umgekehrt. Hier ist die deutsche Handelsbilanz noch immer passiv, obwohl auch hier die Einfuhr, namentlich aus Indien (Abb. 10), aber auch aus Kanada (Abb. 11) und Australien (Abb. 12) erhebliche Beschränkungen erfährt. Das britische Weltreich würde somit, falls bei den derzeitigen Londoner Wirtschaftsverhandlungen mit Deutschland keine Verständigung erzielt werden kann, in sehr unterschiedlicher Weise betroffen.

Ganz anders geartet wie gegenüber den europäischen Ländern, die bei einem diesjährigen Überschuß aus der Handelsbilanz von etwa 1,1 Mrd. und einer Zinsverpflichtung von etwa 0,4 Mrd. für Deutschland noch immer einen Gesamtüberschuß an ausländischen Zahlungsmitteln in Höhe von etwa 0,7 Mrd. erbringen, liegen die Verhältnisse zwischen Deutschland und den überseeischen Ländern, insbesondere USA (Abb. 13). Hier weist die deutsche Handelsbilanz insgesamt einen Passivsaldo von etwa 1,2 Mrd. (davon USA etwa 0,3 Mrd.) aus, zu dem noch an Zinsverpflichtungen etwa 0,3 Mrd. (davon etwa 90 % an USA zu zahlen) kommen.

Hier offenbart sich deutlich das gänzlich Unhaltbare der bisherigen amerikanischen Wirtschaftspolitik, die das eigene Land gegen europäische Industrieprodukte durch hohe Schutzzölle abzuriegeln versuchte, dabei trotzdem aber die eigenen Landeserzeugnisse nach Europa ausführen und zudem die europäischen Industrieländer finanzieren wollte. Was vor dem Weltkriege bei der Erschließung der überseeischen Länder von Europa aus der natürlichen wirtschaftlichen Entwicklung entsprach, mußte nach dem Weltkriege im Wirtschaftsverkehr zwischen Europa und USA zum Widersinn werden. Zwar kann ein Industrieland ein Rohstoffland mit industriellen Erzeugnissen ausrüsten und gleichzeitig mit entsprechenden Krediten finanzieren, weil der Rohstoffbedarf des Industrielandes die natürliche Grundlage für den vom Rohstoffland zu leistenden Zinsen- und

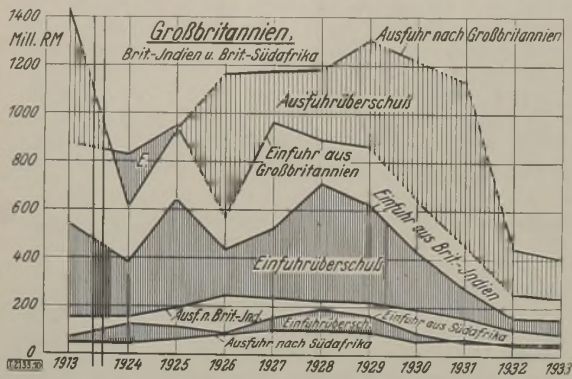


Abb. 10. Handelsbilanz Deutschland — Großbritannien



Abb. 11. Handelsbilanz Deutschland — Kanada

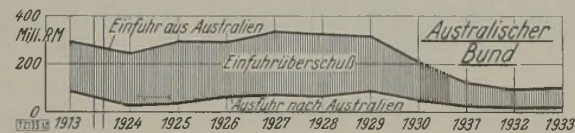


Abb. 12. Handelsbilanz Deutschland — Austral. Bund

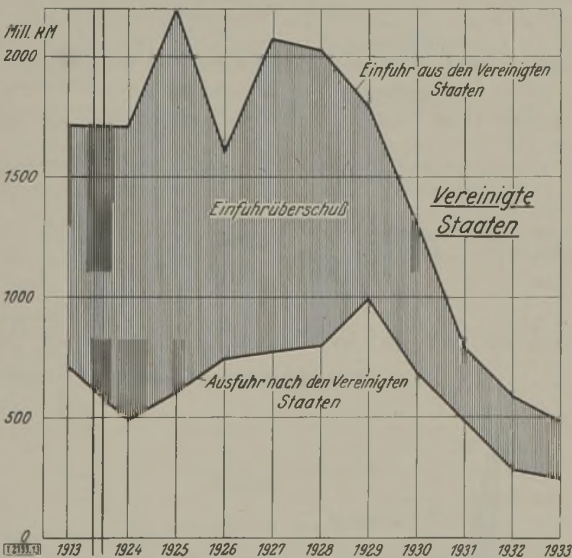


Abb. 13. Handelsbilanz Deutschland — USA

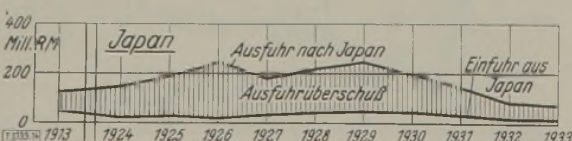


Abb. 14. Handelsbilanz Deutschland — Japan

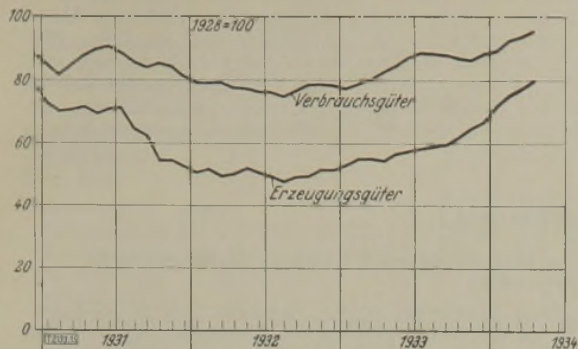


Abb. 15. Herstellung von Erzeugungs- und Verbrauchsgütern (Wertindex)

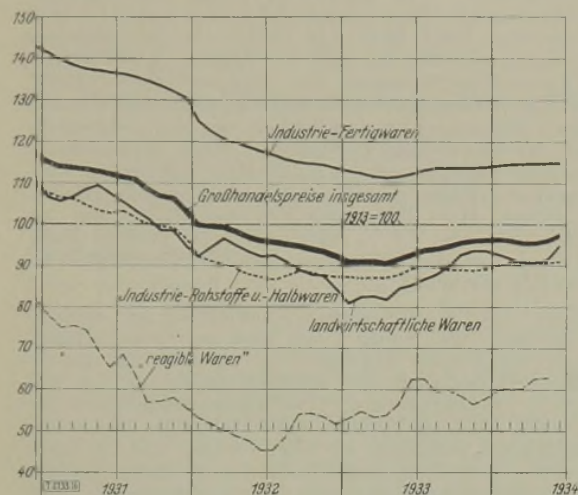


Abb. 16. Deutsche Großhandelskennzahlen

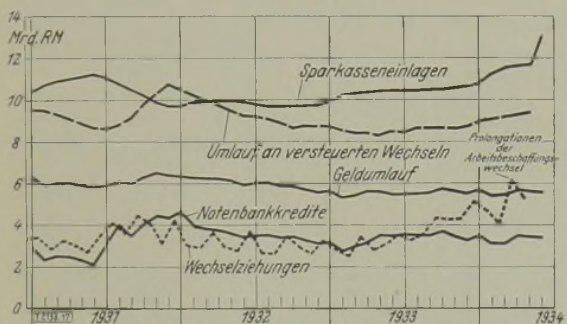


Abb. 17. Geld- und Wechselverkehr, Kredite und Spareinlagen

Tilgungsdienst bietet. Ein an Rohstoffen, Industrie- und Agrarerzeugnissen reiches Land wie USA vermag aber gegenüber einer ausländische Rohstoffe benötigenden und eigene Industrieerzeugnisse bietenden Wirtschaft auf die Dauer nicht nur die Rolle eines Lieferanten und Kreditgebers zu spielen, ohne daß der zwischenstaatliche Wirtschaftsverkehr aus dem Gleichgewicht kommt und der Kreditgeber schließlich mangels vorhandener allein den Ausgleich sichernder Bezugsmöglichkeit die gegebenen Kredite verliert.

Solange Deutschland noch in der Lage war, die Fehlbeträge der überseeischen Handels- und Zahlungsbilanz durch die im europäischen Wirtschaftsverkehr anfallenden Überschüsse zum Ausgleich zu bringen, wurde diese seit langem von einsichtigen amerikanischen und europäischen Wirtschaftlern festgestellte Tatsache immer wieder verdeckt. Der notwendigen Ausgleichsmöglichkeit

der hier seit 20 Jahren entstandenen und immer wieder verlagerten, unnatürlichen und widersinnigen Spannungen sind wir darum aber ebensowenig wie die andern Länder nähergekommen. Noch immer ist die staatliche und wirtschaftliche Führung in aller Welt vor diese Aufgabe gestellt, deren Lösung oder Nichtlösung die Geschichte aller Völker entscheidend bestimmen wird.

In einem solchen Lichte gesehen, gewinnt die von der derzeitigen amerikanischen Regierung betriebene Goldankaufspolitik nicht nur eine die Dollarwährung angehende Bedeutung. Wird doch durch den Ankauf von derartigen Edelmetallen dem Ausland die Dollardevisen geboten, die zum Ausgleich eines Teils der Zahlungsverpflichtungen von diesem benötigt wird, ohne daß darum hierfür die Einfuhr ausländischer Erzeugnisse nach USA als Gegenwert freigegeben werden muß. Bei dem Grad der Verschuldung der meisten Länder der Welt an USA kann das vielleicht die zwingende Notwendigkeit zur Lösung der oben erwähnten Frage abermals um einige Zeitabschnitte vertagen. Den endgültigen Ausgleich bringt aber ein derartiger Goldankauf nicht. Denn den kann nur entweder ein die wirtschaftlichen Zusammenhänge anerkennender Schuldenvergleich oder ein Zusammenbruch der Beteiligten bringen.

Deutschland erfüllt heute also nur eine doppelte Pflicht, wenn es die endgültige Lösung dieser seit Jahren immer wieder vertagten Frage verlangt. Eine Pflicht, die jedes Volk gegenüber der eigenen Zukunft trägt, und gegenüber denen, die mit ihm zur Völkergemeinschaft gehören. Eine Pflicht, hinter der aber nicht nur das Bewußtsein der eigenen Verantwortung steht, sondern auch der feste Wille, sich in der Zukunft nichts mehr aufzwingen zu lassen, was sich nicht mit der Ehre und den Daseinsnotwendigkeiten des Volkes verträgt.

Für die deutsche Wirtschaft kann das in der nahen Zukunft gegebenenfalls schwere, ja harte Entscheidungen bringen. Wird doch von ihr unter Umständen gerade im Wiederaufbau (Abb. 15) eine weitgehende Umstellung auf eine andere Rohstoffbasis verlangt, ohne dabei auf der einen Seite das ganze Preisgefüge (Abb. 16) in Bewegung, auf der andern Seite die Arbeitsbeschaffung und ihre Finanzierungsmöglichkeiten (Abb. 17) ins Stocken zu bringen. Erst dann wird sich zeigen, daß Wirklichkeitssinn und Gemeinschaftsgeist das Ganze beseelen.

Bredt [2133]

Wirtschaftskennzahlen

Gruppe	Juni 1934	Mai 1934	April 1934
Lebenshaltungskennzahl des Stat. Reichsamtes (1913 = 100) . . .	121,5	120,3	120,6
Großhandelskennzahl des Statist. Reichsamtes (1913 = 100) . . .	97,2	96,2	95,8
Baukennzahl (Stat. Reichsamts, neue Berechnung)	—	132,0	131,4
Maschinenkennzahl (Gesamtkennzahl - Stat. Reichsamts 1913 = 100) . . .	—	122,3	122,3

Aktienkennzahl (Stat. Reichsamts) 4. 6. bis 9. 6.: 75,51; 11. 6. bis 16. 6.: 76,47; 18. 6. bis 23. 6.: 76,92; 25. 6. bis 30. 6.: 76,95

Erwerbslosenzahlen¹⁾ (in 1000) am 31. 5. 34. Gesamtzahl 2529

Arbeitslosenversicherung	Krisenfürsorge	Wohlfahrts-erwerbslose	Nicht-unterstützte
232	822	833	642

¹⁾ Vorl. Zahlen aus „Wirtschaft u. Statistik“ 1. Juni-Heft 1934.

Geldmarkt am 2. Juli 1934

Reichsbankdiskontsatz ab 2. 9. 32	%
Lombardzinsfuß der Reichsbank ab 2. 9. 32	4
Privatdiskontsatz in Berlin kurze Sicht	3 ³ / ₄
„ „ „ lange Sicht	3 ³ / ₄
Tagesgeld an der Berliner Börse	4 ¹ / ₂ bis 4 ¹ / ₂

Produktionsstatistik

Land	Industrie	April	Mai	Mai
		1934	1934	1933
		1000 t		
Deutschland	Steinkohle	9 700,3	9 364,3	8 603,0
"	Ruhr-Steink.	7 062,2	6 995,3	6 256,7
"	Ruhr-Koks	1 610,3	1 695,3	1 370,1
"	Roheisen	697,0	737,2	414,5
"	Rohstahl	976,8	989,3	643,1
"	Walzwerk- erzeugnisse	680,3	683,8	464,8
"	Erdöl (Preußen)	24,2	22,7	19,4
Belgien	Roheisen	246,0	225,1	252,5
"	Rohstahl	262,7	252,8	265,2
Großbritannien	Roheisen	504,2	536,3	345,3
"	Rohstahl	728,3	792,5	609,2
Luxemburg	Roheisen	159,7	163,8	171,9
"	Rohstahl	156,7	160,9	174,5
Verein. Staaten von Amerika	Roheisen	1 783,1	2 075,7	901,2
Güterwagengestellung der Deutschen Reichsbahn (ar- beitstäglich in 1000 Stück)		114,8	116,7	106,1

Zollwesen

1,04 (1,16) Mrd. RM deutsche Zolleinnahmen im Jahr 1933

Die Zollerträge betragen im Jahre 1933 rd. 1044 Mill. RM. Gegenüber 1932 mit rd. 1156 Mill. RM sind sie um rd. 112 Mill. RM zurückgegangen. Die Hauptschrumpfung im Zollaufkommen beruht auf dem Minderaufkommen aus der Einfuhr der Erzeugnisse der Land- und Forstwirtschaft sowie der Nahrungs- und Genußmittel in Höhe von 102 Mill. RM. Wie 1932 lieferten wiederum die wichtigsten Finanzzölle (Kaffee, Tee, Kakao, Gewürze, Tabak und Mineralöle) im Jahre 1933 mehr als die Hälfte der gesamten Zolleingänge, und zwar 653,6 Mill. RM (62,6 %) gegenüber 656,7 Mill. RM (56,9 %) 1932. Die Zölle auf Kaffee, Tee, Kakao und Gewürze erbrachten 253 Mill. RM gegenüber 257 Mill. RM im Vorjahr. Während bei den sonstigen Waren mengenmäßig ein Rückgang festzustellen ist, weisen die Mineralöle eine leichte Steigerung mit 20 394 358 dz gegenüber 19 968 323 dz im Vorjahr auf.

Nach den Hauptwarengruppen geordnet entfiel 1933 wie in den Vorjahren auf Lebensmittel und lebende Tiere der größte Teil der Zollerträge, nämlich 51,5 % (1932: 56,8 %). Mit einem Anteil von 41,4 % (1932: 36,9 %) folgen die Rohstoffe und halbfertigen Waren; nur 7,1 % (1932: 6,3 %) des Gesamtaufkommens entfallen auf die Einfuhr von Fertigwaren. [2125]

Landwirtschaft

Die Milchverwertung Deutschlands

Der Frischmilchabsatz im Durchschnitt des Jahres 1933 war, nach einer Erhebung des Statistischen Reichsamts, um 5,8 % kleiner als im Jahre 1932, was hauptsächlich auf den verringerten Verzehr der wirtschaftlich geschwächten Nachfrageschichten zurückzuführen ist. Daneben dürfte auch — im Zuge einer langfristigen Entwicklung — in gewissem Sinne eine Strukturwandlung der Nachfrage auf Grund des veränderten Altersaufbaues der Bevölkerung (Geburtenausfall während des Krieges und fortschreitender Geburtenrückgang in der Nachkriegszeit) von Einfluß gewesen sein.

Einen ähnlichen Verlauf wie der Frischmilchabsatz zeigte aus den gleichen Gründen auch der Absatz von Trinkmilch in Flaschen, der im Jahre 1933 um 3,4 % kleiner war als im Vorjahr. Demgegenüber hat die Werkmilchverarbeitung im Jahre 1933 um rd. ein Zehntel zugenommen.

Die Buttererzeugung in den einzelnen Monaten des Jahres 1933 war infolge höheren Werkmilchanfalls durchweg größer als im Jahre 1932. Im Reichsdurchschnitt betrug die Steigerung der Buttererzeugung 12,2 %.

An Hartkäse ergab sich im Reichsdurchschnitt eine Mehrerzeugung von 9,4 %. An Weichkäse sind im Jahre 1933 um 1,3 % größere Mengen als im Jahre 1932 erzeugt worden. Der Absatz an Hart- und Weichkäse paßte sich im allgemeinen der Erzeugung an, wenn auch infolge der Reifezeit gewisse zeitliche Verschiebungen namentlich beim Hartkäse eintraten. [2126]

Versicherung

Aufstieg der deutschen Lebensversicherungen im Jahre 1933

Die Anfang 1933 eingetretene Belebung der Wirtschaftstätigkeit hat die Schrumpfung des Versicherungsbestandes beendet und eine neue Aufwärtsentwicklung des Versicherungsgeschäfts herbeigeführt. Im Jahre 1933 stieg die Anzahl der Kapitalversicherungen um 1,18 Mill. Stück, also um eine Million mehr als 1932 und nur noch um 100 000 weniger als 1931. Der Kapitalbetrag des Versicherungsbestandes ging allerdings noch leicht zurück (um 81,7 Mill. RM gegenüber 798,1 Mill. RM 1932). In den einzelnen Zweimonatsabschnitten hat sich der Zugang in der Anzahl der Kapitalsversicherungen fast ununterbrochen erhöht. Gleichzeitig verlangsamte sich der Rückgang des Kapitalbetrages; dieser schlug schließlich um die Jahresmitte ebenfalls wieder in einen Zugang um. Mitte 1933 erreichte der Versicherungsbestand mit 17,29 Mrd. RM seinen Tiefstand nach der Krise; er hatte sich gegenüber dem Höchststand (18,34 Mrd. RM Ende Oktober 1931) um rd. 1050 Mill. RM oder 5,6 % vermindert. Im zweiten Halbjahr 1933 holten die Lebensversicherungsunternehmen rd. 50 Mill. RM wieder auf.

Die neuen Abschlüsse umfassen vorwiegend nur niedrige Versicherungen und haben einen weit geringeren Durchschnittsbetrag als die Abgänge. So ist auch der Durchschnittsbetrag der laufenden Versicherungen um 115 RM oder 10 % zurückgegangen. Die Prämieinnahmen betrugen 1933 721,4 (i. V. 749,3) Mill. RM. In den letzten beiden Monaten erreichten sie bereits wieder die Vorjahreshöhe. Das Versicherungsgeschäft der größeren Lebensversicherungsgesellschaften zeigt im einzelnen im Jahre 1933, verglichen mit dem Jahre 1932, folgende Veränderungen:

Versicherungsgeschäft	31. 12. 32	31. 12. 33	Davon	
			Privat-Gesellschaften	Öffentl.-rechtl. Gesellschaften
Zahl der Versicherten in Mill.	14,96	17,50	16,05	1,45
Versicherungs-Summe in Mill. RM	17 380	17 483	14 939	2 544
Durchschn. Betrag je Versich. RM	1 164	999	931	1 756
Prämieinnahmen in Mill. RM	112,8	114,7	101,8	12,9
Aufgewertete Zahl in Mill.	2,60	2,21	2,21	—
Versich.-Wert in Mill. RM	442,1	346,7	346,7	—

Während bisher ein Teil der Versicherungsunternehmen unter „Anzahl der Kapitalversicherungen“ nur die Ziffer der Verträge angab, wird jetzt durchweg hierunter die Anzahl der durch diese Verträge versicherten Personen nachgewiesen. Hierdurch werden schätzungsweise rd. 800 000 Versicherungen mehr gezählt als bisher.

Unter Berücksichtigung des neuen Zählverfahrens ergeben sich für die letzten fünf Jahre folgende wichtige Veränderungen im Lebensversicherungsgeschäft der privaten und öffentlichen Unternehmungen:

Versicherungsgeschäft	1929	1930	1931	1932	1933
Kapitalversicherungen					
Anzahl (Mill.)	+ 2,39	+ 2,00	+ 1,28	+ 0,18	+ 1,18
Versicherte Summen (Mill. RM)	+ 2487,1	+ 1815,3	+ 573,9	- 798,1	- 81,7
Durchschn. Betrag je Versich. (RM)	- 86	- 67	- 73	- 68	- 115

	1929	1930	1931	1932	1933
Prämieinnahmen (Mill. RM)	+ 114,9	+ 83,6	+ 22,7	- 74,5	- 27,9
Vermögensanlagen (Neuanlagen) Mill. RM					
Hypotheken und Grundschulden	+ 297,4	+ 337,1	+ 268,2	+ 188,7	+ 112,1
Wertpapiere . . .	+ 38,1	+ 74,5	+ 93,7	+ 53,7	+ 138,2
Darlehen an öffentl.-rechtl. Körperschaften	+ 58,3	+ 53,6	+ 54,6	+ 35,3	+ 61,3
Vorauszahl. und Darl. auf Policen	+ 36,0	+ 55,7	+ 89,7	+ 80,8	+ 33,6
Grundbesitz . . .	+ 19,8	+ 19,0	+ 9,7	+ 25,5	+ 32,6
Langfristige Bank- anlagen	—	—	+ 3,5	+ 11,0	- 0,4

[2130]

Verkehr

Die britischen Eisenbahnen im Jahre 1933

Im Anschluß an unseren Beitrag über den Geschäftsbericht der Deutschen Reichsbahn 1933 (S. 182/83) verdienen die folgenden Ausführungen über die Ergebnisse der englischen Eisenbahnen im gleichen Jahre besondere Beachtung. Die Herausgeber

Kapitalverhältnisse

Unter dem Begriff „die britischen Eisenbahnen“ sind diejenigen von England, Schottland und Wales zu verstehen, eingeteilt in die vier großen, durch Zusammenschluß zahlreicher kleinerer Eisenbahngesellschaften gebildeten Gruppen: Große West-Eisenbahn, London & Nordost-Eisenbahn, London, Midland & Schottische Eisenbahn und Süd-Eisenbahn. Auf das Anlagekapital dieser vier Gruppen war bis Ende 1933 der Betrag von 1092 Mill. £ eingezahlt, es waren aber zu Lasten des Anlagekapitals 1150 Mill. £ verausgabt; der Unterschied zwischen Einzahlungen und Ausgaben wird gedeckt durch zeitweilige Entnahmen aus Erneuerungsrücklagen, aus Einlagen bei Sparkassen, aus dem Vermögen, das zur Zahlung von Ruhegeldern beiseite gestellt ist, und aus ähnlichen Quellen. Etwa 90 % dieses Kapitals sind in Eisenbahnanlagen und deren Ausrüstung angelegt; die britischen Eisenbahngesellschaften betreiben aber außerdem noch Häfen, Dampfer, Kanäle, Fremdenhöfe, und in diesen Nebenbetrieben arbeiten etwa 10 % des Anlagekapitals. Im letzten Vorkriegsjahr 1913 hat das Anlagekapital der britischen Eisenbahnen einen Ertrag von 4,38 % gebracht. In den letzten fünf Jahren ist der Überschuß der Eisenbahngesellschaften von 44,9 Mill. £ auf 28,8 Mill. £ heruntergegangen; damit hat das Anlagekapital im Jahre 1929 einen Ertrag von 4,17 % gebracht, der aber bis 1933 auf 2,64 % gesunken ist, selbst bei dem in England üblichen niedrigen Zinsfuß eine recht ungenügende Verzinsung. Die Aktien und Schuldverschreibungen der britischen Eisenbahnen sind beliebte Anlagepapiere; solange die gewöhnlichen Aktien 3 % Dividende geben, gelten sie als mündelsicher, als Werte, in denen Versicherungsgesellschaften, Baugenossenschaften und andere gemeinnützige Unternehmen ihre Gelder anlegen dürfen. Die Eisenbahngesellschaften rühmen gern die hohe Zahl ihrer Aktionäre; sie beträgt 830 000. Die Aktien befinden sich also zu einem erheblichen Teil in kleinen Posten in den Händen kleiner Sparer, und Überschüsse aus dem Eisenbahnbetrieb kommen demgemäß weiten Kreisen zugute.

Einnahmen und Ausgaben

Der Rückgang der eben genannten Zahlen hat seinen wesentlichen Grund in der wirtschaftlichen Notlage, von der heute die ganze Welt betroffen ist; dazu kommt noch der Wettbewerb der Landstraße gegenüber der Schiene, der den Eisenbahnen in Großbritannien wie anderwärts viel Verkehr entzieht. Die Gesamteinnahmen der britischen Eisenbahnen beliefen sich im Jahre 1933 auf 175 Mill. £ und waren damit um 45 Mill. £ niedriger als im Jahre 1929. Demgegenüber sind die Ausgaben von 176 Mill. auf 146 Mill. £ zurückgegangen, und die Eisenbahngesellschaften weisen mit Genugtuung darauf hin, in wie weitem Maße

sie sich mit ihren Aufwendungen den sinkenden Einnahmen anzupassen verstanden haben.

Von jedem Pfund, das die britischen Eisenbahnen eingenommen haben, haben sie 11 sh für Gehälter und Löhne, 3 sh 10 d für Bau-, Betriebs- und Werkstoffe, 10 d für Steuern und Versicherungen, ebenfalls 10 d für vermischte Ausgaben ausgegeben, und es blieben ihnen daher 3 sh 6 d zur Deckung ihrer Zinslast und zur Ausschüttung von Gewinnanteilen an die Aktionäre.

Technische Ausrüstung

Die Gleise der britischen Eisenbahnen sind 81 800 km lang; davon sind 2250 km für elektrische Zugförderung ausgestattet. In dieser Beziehung steht die Süd-Eisenbahn mit ihrem elektrischen Vorortbetrieb von London und ihrer elektrisch betriebenen Strecke nach Brighton an erster Stelle; sie dehnt diese Betriebsform zur Zeit weiter nach Eastbourne und Hastings aus. Außer in London finden wir noch elektrischen Vollbahnbetrieb in Liverpool, Manchester und Newcastle, und in der Grafschaft Durham wird, einzig dastehend, eine nur dem Kohlenverkehr dienende Strecke elektrisch betrieben.

Der Oberbau der britischen Eisenbahnen besteht aus bis 47,5 kg/m schweren Doppelkopfschienen auf Holzschwellen; Stahlschwellen sind bis jetzt nur als Versuch verlegt worden; ihre Zahl beträgt rd. 637 000. Auf 1 km kommen 1312 bis 1386 Schwellen. Die Regellänge der Schienen ist 18,3 m (60 Fuß), es kommen aber auch Schienen von 27,45 m (90 Fuß) Länge vor. An 124 Stellen liegen Wassertröge im Gleis, aus denen die Lokomotiven während der Fahrt gespeist werden.

An den Gleisen liegen 6700 dem Personenverkehr dienende Bahnhöfe und Haltestellen und 10 900 Stellwerksgebäude; 54 000 Häuser gehören den Eisenbahnen. In den letzten Jahren hat die Einführung von farbigen Lichtsignalen an Stelle der Armsignale große Fortschritte gemacht, was wegen der häufig auftretenden Nebel für die Sicherheit des Betriebes von besonderer Bedeutung ist.

Auf den Gleisen der britischen Eisenbahnen laufen 21 000 Dampflokomotiven, (unter ihnen die große Zahl von 8000 Tenderlokomotiven), 1381 elektrische Lokomotiven und Triebwagen und fünf Motorlokomotiven. Die englischen Eisenbahnwerkstätten sind nicht nur zur Unterhaltung der Betriebsmittel bestimmt, sondern in einigen von ihnen werden auch Lokomotiven und Wagen gebaut. Die Arbeitsverfahren des Werkstättenbetriebes sind neuerdings so vervollkommen worden, daß eine Lokomotive in der kurzen Zeit von sechs Tagen gründlich überholt werden kann. Eine Besonderheit des englischen Lokomotivparks sind 34 Garrat-Lokomotiven, eine Bauart, die sonst nur in Übersee angewendet wird. Sie dienen zur Beförderung von schweren Güterzügen. Die schwerste Lokomotive in Großbritannien ist eine Maschine dieser Bauart im Gewicht von 178 t mit einer Zugkraft von 33,1 t. Nur eine britische Lokomotive hat fünf gekuppelte Achsen; sie dient zum Schieben von Zügen auf einer 3,2 km langen Steigung 1:37. Um die Leistung der einzelnen Lokomotive zu erhöhen, wird eine Anzahl versuchsweise mit Speisewasservorwärmern ausgerüstet. Weitere Versuche von Bedeutung wurden mit Diesel-elektrischen und Schweröl-Lokomotiven für den Verschlebedienst und mit Triebwagen für den Betrieb auf Nebenbahnen angestellt.

Der Wagenpark umfaßt 43 000 Personenwagen mit 2,5 Mill. Sitzplätzen; dazu kommen 18 200 Zugführer- und Postwagen, Wagen zur Beförderung von Pferden und Fahrzeugen, die alle dazu bestimmt sind, in Personenzügen zu laufen. Eine Neuerung sind die sogenannten Touristenzüge, von denen die London & Nordost-Eisenbahn fünf eingestellt hat. In einigen Schlafwagen sind Brausebäder eingebaut worden.

Der Güterwagenpark besteht aus 630 000 balneigenen Güterwagen mit einer Ladefähigkeit von 7,3 Mill. t; dazu kommt noch ungefähr die gleiche Anzahl von Privatgüterwagen. In England herrscht immer noch der kleine, zweiachsige Güterwagen für 5 t, 8 t und 12 t Ladung vor. Erst neuerdings werden Wagen von 20 t in größerer Zahl eingestellt. Ihre Benutzung soll dadurch gefördert werden, daß für die in ihnen verladene Güter ein Frachtnachlaß gewährt wird. Die Zahl der Wagen mit 20 t und mehr Ladefähigkeit beträgt 28 500.

Verkehrsentwicklung

Die britischen Eisenbahnen haben im Jahre 1933 1101 Mill. Fahrgäste befördert und dabei aus dem Personenverkehr 49,4 Mill. £ eingenommen, worin 6,5 Mill. £ für die Beförderung von 87,4 Mill. Paketen enthalten sind. Sehr förderlich für den Personenverkehr hat sich die Einführung von Sommerfahrkarten zum Preise von einem Penny die Meile, etwa 5,3 Pf/km beim vollen und 3,8 Pf/km beim verminderten Wert des Pfundes erwiesen. 16 Mill. solcher Fahrkarten sind ausgegeben worden, und der Versuch — um einen solchen handelt es sich — soll im Jahre 1934 fortgesetzt werden. 378 Mill. Fahrgäste haben zu ihren Ausflügen Tages- und Halbtages-Fahrkarten benutzt. Eine Neuerung des Jahres 1933 waren eine Art Bezirksdauerkarten; sie wurden für 90 Bezirke mit besonders beliebten Sommerfrischen als Mittelpunkt ausgegeben und berechtigten bei einem Preis von 10 sh in der 3. und 15 sh in der 1. Klasse eine Woche lang zur beliebigen Benutzung der Eisenbahn innerhalb des Bezirks. 400 000 solcher Fahrkarten sind ausgegeben worden.

Mit Genugtuung heben die britischen Eisenbahngesellschaften die Sicherheit des Betriebes hervor; nur bei zwei Unfällen, von denen Personenzüge im Jahre 1933 betroffen wurden, haben Reisende ihr Leben eingebüßt, und ihre Zahl betrug nur sechs; auf 183 Mill. beförderte Personen entfällt also ein Todesfall durch Unfall.

Hohe Fahrgeschwindigkeiten und lange aufenthaltslose Fahrten haben bei den britischen Eisenbahnen von jeher eine wichtige Rolle gespielt; es entspricht dem stark auf den Sport eingestellten Sinn der Engländer, Hochleistungen auch auf diesem Gebiet besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden. Als schnellster Dampf-betriebener Zug gilt der „Cheltenham Flyer“, der die 124,4 km von Swindon nach London (Paddington) fahrplanmäßig in 65 Minuten, also mit fast 115 km Stundengeschwindigkeit zurücklegt. Diese Fahrzeit wird häufig noch um mehrere Minuten unterschritten. Neuerdings werden besondere Fahrkarten zur Fahrt von London nach Swindon und zurück ausgegeben, die zur Rückfahrt mit dem Cheltenham Flyer gelten. Manche Reisende legen die Fahrt stehend im Seitengang zurück und beobachten mit der Stoppuhr in der Hand, die Meilensteine ablesend, die Fahrgeschwindigkeit des Zuges auf Teilstrecken. Die London, Midland & Schottische Eisenbahn rühmt sich, mehr Züge als irgendeine andere Eisenbahn der Welt mit einer Geschwindigkeit von 55 Meilen (88,6 km) in der Stunde zu fahren, nämlich mehr als hundert im letzten Sommerfahrplan; im ganzen beträgt die Zahl derartiger Züge bei den vier Gruppen 237, und 25 Züge fahren zwischen zwei Aufenthalten mit einer Geschwindigkeit von 60 Meilen (96,6 km) und mehr. 108 Züge legen mehr als 100 Meilen (161 km), 7 mehr als 200 Meilen (322 km) und 4 Züge mehr als 250 Meilen (403 km) ohne Aufenthalt zurück. Als Glanzleistung gilt dabei der Verkehr London—Edinburgh. Auf der London & Nordost-Eisenbahn durchfährt der schnellste Zug im Sommer die ganze 631,5 km lange Strecke ohne Aufenthalt, und das ganze Jahr über verkehrt ein Zug Edinburgh—London der London, Midland & Schottischen Eisenbahn, der von Carlisle bis London, 481,4 km, ohne Aufenthalt durchfährt.

Die Güterwagen der britischen Eisenbahnen haben im Jahre 1933 201,3 Mill. t Kohle, Koks, andere Brennstoffe und Erze und 40,7 Mill. t andere Güter befördert; dazu kamen noch 10,9 Mill. Stück lebendes Vieh. Dieser Verkehr hat 78,5 Mill. £ eingebracht.

Im englischen Güterverkehr spielen die schnellfahrenden Güterzüge, die im Fahrplan nicht nur wie Personenzüge, sondern zum Teil sogar wie Schnellzüge behandelt werden, eine wichtige Rolle; sie verbinden, nachts fahrend, die Brennpunkte des Verkehrs miteinander und namentlich mit London. Die Fahrzeiten dieser Züge, deren es 370 gibt, sind im letzten Jahre stark verkürzt worden. Sie dienen vor allem dem Lebensmittelverkehr, in dem sie z. B. frische Fische, die am Abend in den Häfen der Ostküste verladen werden, am Morgen in der Londoner Markthalle abliefern.

In der letzten Zeit ist eine besondere Art der Versicherung der Lieferfrist eingeführt worden. Gegen eine Gebühr von 2 sh 6 d wird Frachtgut mit einem grünen Pfeil beklebt; die so gekennzeichneten Güter, nicht nur Stückgut, sondern

auch Wagenladungen, werden auf den Übergangsbahnhöfen besonders überwacht und dem Empfänger zu der Zeit ausgeliefert, die vorher dem Absender mitgeteilt worden ist.

Die Verwendung von Behältern zur Beförderung von Stückgut ist zwar nichts Neues mehr, verdient aber wegen der lebhaften Pflege, die die britischen Eisenbahnen dem Behälterverkehr zuteil werden lassen, besondere Erwähnung. Ihr Bestand an Behältern beträgt 8500; sie sind zum Teil offen, zum Teil geschlossen; manche von ihnen sind Wärme-geschützt, andere haben Lüftungseinrichtungen, damit sie zur Beförderung von Fleisch, Fisch und andern empfindlichen Gütern dienen können.

Eine Neuerung im Verkehr der britischen Eisenbahnen ist die Übernahme ganzer Umzüge von Haushaltungen, auch namentlich von ländlichen beim Wechsel der Pachtstelle; die Eisenbahngesellschaft stellt die Packer, die nötigen Wagen, auch Behälter, befördert das Umzugsgut von einem Ort zum andern und führt auch alle mit dem Umzug zusammenhängenden Nebenarbeiten aus. Das Umzugsgut wird versichert, und die Familie, der es gehört, genießt bei der Reise nach dem neuen Wohnort eine Ermäßigung des Fahrpreises um $33\frac{1}{3}\%$.

Um den Empfängern von mit der Eisenbahn für sie eingehenden Gütern das Vorhalten eigener Lagerräume zu ersparen, haben die britischen Eisenbahnen an einer Anzahl von Brennpunkten des Verkehrs Lagerhäuser errichtet, in denen sie Lagerräume, aber auch Büroräume vermieten. Diese Lagerhäuser haben im ganzen nutzbare Flächen von 2,4 Mill. m². Auch werden bedeckte Güterwagen als fahrbare Lagerhäuser vermietet, die auf jedem Bahnhof aufgestellt werden können und nach Bedarf ihren Platz wechseln. Ähnlich werden auch Personenwagen mit voller Wohnrichtung als Sommerhäuser vermietet. Die Verteilung der Güter von einem Lagerhaus aus übernimmt auf Wunsch die Eisenbahnverwaltung. Ein Großlieferer kann z. B. seine Lieferungen in Wagenladungen nach London schicken, sie dort einlagern und entweder Anweisungen geben, sie nach und nach an seine Abnehmer zu verteilen, oder sie von diesen abrufen lassen.

Eine Neuerung ist die Möglichkeit, Vieh während der Beförderung auf der Eisenbahn zu versichern; die Gebühr dafür ist niedrig, sie beträgt je nach der Art der Tiere $\frac{1}{4}$ bis 4 d/Stück.

Die Eilgüterzüge zur Beförderung von Lebensmitteln, namentlich von Fisch, waren schon erwähnt. Sie haben im Jahre 1933 von Grimsby aus 200 000 t Fische, von Hull aus 160 000 t und von Fleetwood 70 000 t dem Verbrauch in allen Teilen des Landes zugeführt. Zu den leichtverderblichen Gütern gehört auch Fleisch, das in frischem Zustand von Schottland aus, in gefrorenem Zustande von den Einfuhrhäfen aus in Sonderzügen mit Kühlwagen befördert wird, und Milch, von der die Eisenbahnen jährlich etwa 860 Mill. l befördern. Zum Teil geschieht dies in mit Glas ausgekleideten Kesselwagen von 9 bis 13,5 m³ Inhalt. Aus den Landwirtschaft, Gemüse- und Gartenbau treibenden Gegenden werden große Mengen von Obst, Gemüse und Blumen versandt. So werden z. B. in der Gegend von Hereford und Worcester während des Sommers 20 000 Wagenladungen Obst, in Hampshire während der Erdbeerzeit 3500 Wagenladungen Erdbeeren abgefertigt. In der Gegend von Cambridge werden während der Erdbeerzeit täglich 700 Wagen dieser Früchte verladen. Von den Kanal-Inseln, den Scilly-Inseln, von Penzance, Lincolnshire und andern Gegenden gehen umfangreiche Blumensendungen, namentlich mit London als Ziel aus. Der Empfindlichkeit dieses Gutes wird nicht nur durch schnelle Beförderung auf der Schiene, sondern auch dadurch Rechnung getragen, daß am Ziel Kraftwagen bereitstehen, die die Blumen zur Markthalle bringen, wo sie, am Abend vorher geschnitten, am Morgen zum Verkauf stehen. Im Frühling machen diese Sendungen 6800 t aus, wobei man auf 1 t 60 000 Blüten rechnen kann.

Nebenbetriebe

Nun noch einige Worte über die Nebenbetriebe der englischen Eisenbahnen. Sie nehmen für sich den Ruhm in Anspruch, in ihrer Gesamtheit die größte Gruppe von Hotels zu bewirtschaften. Ihre Zahl beträgt 79. Sie sind zum Teil örtlich mit den Bahnhöfen vereinigt, zum Teil liegen sie an landschaftlich bevorzugten Stellen in ländlicher Gegend. Eine Anzahl von ihnen ist neuerdings umgebaut

und neu ausgestattet worden, um auch den Ansprüchen von verwöhnten Reisenden zu genügen. Im Zusammenhang mit der Bewirtschaftung der Hotels steht der Betrieb der Erfrischungsräume auf den Bahnhöfen und der Speisewagen. Von den letztgenannten, im ganzen mehr als 600 an der Zahl, sind manche nicht auf vollen Gaststättenbetrieb eingerichtet, sondern sie enthalten nur eine Art Erfrischungsbuffet. Eine Anzahl Speisewagen ist auf vollelektrischen Betrieb eingestellt. Die Verpflegungsabteilungen der vier Eisenbahngruppen haben alljährlich für 7,5 Mill. Mahlzeiten zu sorgen, wofür sie 1050 t Fleisch, 650 t Fisch und 700 t Brot verbrauchen.

Bis 1928 durften die britischen Eisenbahnen einen Kraftwagenverkehr nur in Verbindung mit der Eisenbahn betreiben; ein damals beschlossenes Gesetz gestattet ihnen, Personen und Güter auch in den Fällen mit Kraftwagen auf der Straße zu befördern, wenn diese nicht von der Eisenbahn kommen oder auf sie übergehen. Sie haben infolgedessen teils selbst Kraftwagenbetriebe eingerichtet, teils mit Kraftverkehrsunternehmen, auch mit Städten, Abkommen getroffen, auf Grund deren sie sich an derartigen, an sich bahnfremden Betrieben beteiligen. Gemeinschaftlich haben sie im vergangenen Jahr zwei große Lastkraftwagenbetriebe von altem Ruf erworben und sie ihrem Betrieb angegliedert. Ein Gesetz von 1933 hat ihnen weitere Rechte auf diesem Gebiet eingeräumt und ihnen ein Vorrecht vor andern Kraftverkehrsunternehmen eingeräumt, also einen Zustand herbeigeführt, der darauf abzielt, daß der Eisenbahnverkehr und der Kraftverkehr auf der Straße in der Hand der Eisenbahngesellschaften vereinigt wird. Insgesamt besitzen die Eisenbahngesellschaften 6500 Kraftwagen, und eine Anzahl Bahnhöfe besorgt den Rolldienst, der immer mit dem Eisenbahnbetrieb vereinigt gewesen ist, ausschließlich mit Kraftwagen. Trotzdem sind noch 14 400 Pferde für diesen Dienstzweig vorhanden. Beteiligt sind die Eisenbahnen am Betriebe von 15 000 Kraftomnibussen anderer Unternehmer.

Auch in bezug auf ihre Häfen nehmen die britischen Eisenbahnen für sich in Anspruch, daß sie zusammen die größten Eigentümer derartiger Anlagen sind. Diese Häfen dienen nicht nur dem Güterumschlag zwischen Schiff und Eisenbahn, wozu sie mit allen nötigen Hebezeugen, Geräten, Lagerhäusern u. dgl. ausgestattet sind, sondern es sind in ihnen auch Trockendocks vorhanden, so daß die Schiffe in ihnen instand gesetzt werden können. In Southampton sind im Jahre 1933 umfangreiche Erweiterungsbauten dem Verkehr übergeben worden, und in Grimsby ist ein Fischereihafen mit 15 ha Fläche im Bau. Auch sonst sind Erweiterungen der Anlagen und Verbesserungen der Ausstattung im Gange.

Die britischen Eisenbahnen besitzen und betreiben 147 Dampfer mit einem Tonnengehalt von 77 222 t. Sie dienen namentlich dem Verkehr mit dem europäischen Festlande, aber auch mit Irland und mit den Kanalinseln. Bekannt ist der Fährdienst für den Güterverkehr zwischen Harwich und Zeebrügge, bei dem allerdings nur englische Wagen auf die festländischen Bahnen, nicht umgekehrt, übergehen können, weil der Lichtraum über dem Gleis in England kleiner ist als auf dem Festlande. Zwischen Calais und Dover verkehrt ein bahneigener Sonderdampfer für die Beförderung von Kraftwagen, deren Eigentümer auf dem Festland die Reise im eigenen Wagen auf der Straße fortsetzen wollen. Für einen Fährdienst zwischen Dover und Dünkirchen sind drei Dampfer im Bau.

Die bahneigenen Häfen von Großbritannien liegen an 76 Orten. Sie haben zusammen eine Wasserfläche von 1120 ha; die Kailänge beträgt 154 km. Durch sie geht ein Verkehr von 53,3 Mill. t Ausfuhr- und 14,6 Mill. t Einfuhrgut. [2107]

Geh. Reg.-Rat *Wernecke*, Berlin

Eisen- und Stahlindustrie

Die Weltstahlerzeugung im Zeichen der Wirtschaftsankurbelung

Die Höchstziffern des Jahres 1933 überschritten

Die Weltstahlerzeugung spiegelt deutlich die konjunkturelle Belegung wider, die sich in den meisten Indu-

striestaaten im Laufe des verflossenen Jahres durchgesetzt hat. Auch die um die Jahreswende 1933/34 sichtbar gewordenen Zeichen einer neuen Belegung finden bereits in der wieder langsam ansteigenden Kurve der Stahlerzeugung einen Niederschlag. Von 4,2 Mill. t im Januar 1933 hatte sich die Weltstahlerzeugung bis zur Mitte vorigen Jahres auf fast 7 Mill. t gehoben, um dann in der zweiten Jahreshälfte wieder langsam nachzugeben. Im Dezember 1933 ging die Monatserzeugung wieder bis auf 5,6 Mill. t zurück. Seitdem aber geht sie wieder stark nach oben. Im Januar 1934 wurden 6,09 Mill. t Stahl erzeugt, im Februar waren es bereits 6,22 Mill. t und im März (vorläufig) sogar 7,0 Mill. t. Somit ist also im März das Höchstergebnis des Vorjahres bereits leicht überschritten.

Zahlentafel 1. Welt-Stahlerzeugung in 1000 t

1929 (Durchschnitt)	9714	April 1933	4531	Jan. 1934	6092
1932	4104	Juli 1933	6906	Febr. 1934	6224
1933	6016	Okt. 1933	6032	März 1934	6998*)
Jan. 1933	4216	Dez. 1933	5613		

*) vorläufig

Die Kurve der amerikanischen Stahlerzeugung zeigt fieberhafte Ausschläge. Mit der Dollarentwertung zu Beginn des verflossenen Jahres hatte in den USA eine sprunghafte Auftragsbelegung die Stahlerzeugung von 1,03 Mill. t im Januar bis auf 3,26 Mill. t im Juli steigen lassen. Fast ebenso kraß traten aber in den folgenden Monaten Rückschläge ein, die die Stahlerzeugung bis auf 1,85 Mill. t sinken ließen. Die ersten drei Monate 1934 haben wiederum eine starke Erholung gebracht, die die Erzeugungsziffer bis auf 2,84 Mill. t im März hochtrieb. Immerhin scheint die diesjährige Aufwärtsentwicklung von einer gesünderen Grundlage auszugehen als die stark spekulative im vorigen Frühjahr. Wesentlich scheint nicht nur, daß bereits wieder ein gewisser Investitionsbedarf herangewachsen ist, sondern daß auch die Kosten für Investitionen, vor allem der Zinsstand, sinkende Tendenz zeigen. Immerhin schließt das staatsfinanzielle Wagnis Roosevelts einen gewissen, nicht zu unterschätzenden Unsicherheitsfaktor ein.

Wesentlich anders liegen die Verhältnisse für eine Investitionskonjunktur in Großbritannien. Auch die englische Stahlerzeugung ist im Verlauf des Jahres 1933 deutlich gestiegen, jedoch ohne Rückschläge, fast sogar ohne Schwankungen. Im Dezember 1933 wurden 680 000 t Stahl erzeugt gegenüber 452 000 im Januar. Im ersten Viertel 1934 ist eine weitere Zunahme bis auf 843 000 im März zu verzeichnen. Gegenwärtig liegt die englische Stahlerzeugung wieder auf der Höhe des letzten Konjunkturjahres 1929. Die günstige Verfassung der Kreditmärkte ist der wesentlichste Faktor der starken englischen Investitionstätigkeit. Allerdings handelt es sich in der Hauptsache um Ersatzinvestitionen und nur verhältnismäßig wenig um Neuanlagen.

Die französische Stahlindustrie zeigt, im Gegensatz zu den meisten übrigen Ländern, leicht rückgängige Erzeugungsziffern. Von 527 000 t im Oktober ist die Erzeugung auf 492 000 im Dezember gesunken. Nach einer leichten Belegung im Januar 1934 ist im Februar weiterhin eine Abnahme auf 478 000 t und im März auf 470 000 t eingetreten. Der allgemeine Konjunkturrückgang in Frankreich, die vorübergehende Verknappung der Kreditmärkte und die zunächst wenig erfreuliche Lage der Staatsfinanzen hemmten bisher die Investitionstätigkeit. Darüber hinaus krankte die französische Wirtschaft an einem überhöhten Preis- und Kostenstand, der ihre internationale Wettbewerbfähigkeit schwächte. Allen diesen Übelständen versucht die Pariser Regierung jetzt Herr zu werden.

Die Entwicklung der deutschen Stahlerzeugung ähnelt der englischen. Von 540 000 t im Januar 1933 ist die monatliche Erzeugungsziffer auf 731 000 im Dezember, 817 000 im Januar, 823 000 im Februar und 930 000 im März gestiegen. Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und erwachende Privatinitiative haben den Stahlbedarf der Wirtschaft beständig gehoben. Auch für die nächsten Monate wird mit einer weiteren Zunahme der Stahlerzeugung ge-

rechnet. Die Stahlerzeugung in den wichtigsten Ländern geht aus Zahlentafel 2 hervor:

Zahlfentafel 2. Stahlerzeugung der wichtigsten Länder (in 1000 t)

Zeit	Deutschland	Frankreich	England	Saargebiet	Rußland	USA	Japan
1929 (Durchschnitt)	1354	804	816	184	407	4599	191
1932	479	470	445	122	483	1128	200
1933	632	543	593	140	609	1937	236
Jan. 1933	540	504	452	124	—	1025	221
Juli 1933	641	581	577	153	583	3255	259
Okt. 1933	632	527	679	162	668	2146	278
Dez. 1933	731	492	680	129	659	1849	285
Jan. 1934	817	518	722	154	691	2029	—
Febr. 1934	823	478	719	145	666	2260	—
März 1934	930	470	843	—	—	2842	—

[2129]

Keramische Industrie

Deutschlands feinkeramische Ausfuhr schafft Devisen

Die Hausratindustrien kommen für die Entlastung der deutschen Devisenbilanz als Ausfuhrindustrien vorzugsweise in Betracht. Die Einfuhr ist unbedeutend. Ausländische Rohstoffe sind nur zu einem geringen Anteil enthalten. Im folgenden wird dies am Beispiel der feinkeramischen und der Glasindustrie gezeigt.

Zahlfentafel 1. Erzeugung und Außenhandel der feinkeramischen und der Glasindustrie in Mill. RM

	Porzellan (ohne techn. Porzellan)		Steingut		Glas (ohne optisches Glas)	
	1928	1933	1928	1933	1928	1933
Erzeugung	142	51	67	37	430	170
Ausfuhr	67,1	20,1	23,3	12,4	139,4	76,6
Einfuhr	1,9	0,5	4,9	1,6	26,3	9,1
Versorgung d. Binnenmarktes	76,8	31,4	48,6	26,2	316,9	102,5
Ausfuhr in % der Erzeugung	47,3	39	34,8	33,5	32,4	45,1

Die Porzellanindustrie verarbeitete im Jahre 1928 (nach einer Untersuchung des Instituts für Konjunkturforschung im neuesten Vierteljahresheft) insgesamt Roh- und sonstige Werkstoffe im Betrag von schätzungsweise 35 Mill. RM; davon stammten für höchstens 10 Mill. RM Rohstoffe aus dem Ausland. Die Ausfuhr enthielt für noch nicht 5 Mill. RM eingeführte Rohstoffe, aber für rd. 62 Mill. RM deutsche Rohstoffe sowie inländische Arbeits- und Kapitalleistung. Ähnliches gilt für die Ausfuhr von Steingutwaren. Die Ausfuhr von Glaswaren enthält anteilmäßig noch weniger ausländische Rohstoffe. Allerdings liegen die Verhältnisse bei Porzellan-, Glas- und Steingutwaren besonders günstig; andere Hausratwaren (Möbel, Textilien) sind in der Rohstoffversorgung stärker vom Ausland abhängig. Von 1928 bis 1933 ist die Ausfuhr von Hausratwaren um mehr als die Hälfte gesunken. Damit ist zwar auch, absolut betrachtet, der für ausländische Rohstoffe aufzuwendende Betrag zurückgegangen; der Devisenverlust aus der sinkenden Ausfuhr wiegt jedoch weit schwerer.

Die Ausfuhr wurde in den letzten Jahren entscheidend von der Entwertung der Währungen betroffen. Nach Großbritannien, seinen Kolonien und nach den nordischen Ländern gingen im Jahre 1931 noch 26 % der gesamten deutschen Ausfuhr von Ton- und Porzellanwaren (außer Ziegeln). Im Jahre 1933 wurden nach diesen Ländern nur noch rd. 16 % ausgeführt. Nicht ganz so stark ging die Ausfuhr von Glas und Glaswaren zurück. — Neuerdings hat sich auch die Dollarentwertung auf die Ausfuhr ungünstig ausgewirkt: Nach den Vereinigten Staaten von Amerika gingen im ersten Vierteljahr 1934 nur 5,6 % der gesamten deutschen Ausfuhr von Ton- und Porzellanwaren, gegenüber 10,0 % im ersten Vierteljahr 1933. Für Glas und Glaswaren sanken die entsprechenden Sätze von 7,4 % auf 4,3 %. Trotzdem hat sich, verglichen mit den übrigen Hausratwaren, gerade die Ausfuhr von Porzellan, Steingut

und Glas im ersten Vierteljahr 1934 im ganzen noch günstig gestaltet; sie war um 2 % höher als vor Jahresfrist. Zunehmende Beschäftigung und steigende Einkommen dürften den deutschen Markt auch weiterhin für Hausrat besonders aufnahmefähig machen. Der hohe Ausfuhranteil weist aber auch auf die große Bedeutung der Ausfuhr für die Beschäftigung hin. [2128]

Teerindustrie

Straßenteer-Verbrauch 1933 beträchtlich gestiegen

Im Jahre 1933 ist bei den Zechen-Kokereien der Rohteeranfall infolge der besseren Beschäftigung der Eisenindustrie um etwa 10 % gestiegen; bei der Gesamtheit der deutschen Gasanstalten ist dagegen die Rohteerzeugung leicht zurückgegangen; insgesamt sind in Deutschland nach den bisherigen Ermittlungen im abgelaufenen Jahre rd. 1 150 000 t Rohteer erzeugt worden.

Beträchtlich gestiegen ist im abgelaufenen Jahre der Absatz von Straßenteer infolge der Durchführung eines Teils des im Arbeitsbeschaffungsprogramm vorgesehenen Straßenaufbaues, während das Straßenteergeschäft im Vorjahre gegenüber 1931 an Umfang zurückgeblieben ist.

Zahlfentafel 1. Absatz von Teer für den Straßenaufbau

Jahr	1000 t	Jahr	1000 t
1929	rd. 120	1932	rd. 100
1930	rd. 150	1933	rd. 158
1931	rd. 140		

Im laufenden Jahre dürfte durch die großzügige Erweiterung des deutschen Straßennetzes, vor allem durch die Errichtung der Reichsautobahnen, eine weitere beträchtliche Zunahme des Straßenteerverbrauchs zu erwarten sein. Die Teerindustrie erblickt in einer weiteren Steigerung des Straßenteerverbrauchs eine Stütze, die namentlich im Hinblick auf die steigende Teererzeugung der Kokereien die Absatzsicherheit gewährleistet, welche das Ölgeschäft z. B. infolge wechselnder Beschäftigung vermissen läßt. [2132]

Schuhindustrie

1934 wird ein Schuhrekordjahr!

Die Schuhherstellung in Deutschland gleicht sich im Augenblick wieder stark dem Stande der Jahre 1929 und 1930 an. Diese immer stärker werdende Aufwärtsbewegung ließ sich zuerst Ende April des vergangenen Jahres erkennen. Sie wurde ausgelöst durch den ungeheuren Bedarf der ständig wachsenden nationalen Verbände, des Arbeitsdienstes, der Hitler-Jugend und des BDM nach kräftigem Marschschuhwerk, während die Nachfrage nach gewöhnlichem Gebrauchsschuhzeug sich weiter noch rückläufig bewegte. Erst gegen Ende des Jahres 1933 nahm auch die Nachfrage nach Straßenschuhen wieder stärker zu, während auf der andern Seite das Marschstiefelgeschäft, insbesondere in der allerletzten Zeit, eine gewisse Stockung erfahren hat. Es ist allerdings anzunehmen, daß durch die Auswirkungen der jetzt in ganz Deutschland durchgeführten sog. „Stiefelschlacht“ für die SA zumindest wieder eine Räumung der übermäßig hohen Lagerbestände an diesem Artikel in Fabrikation und Handel erreicht wird. Die eigentliche Marschstiefel-„Konjunktur“ dürfte, so führt die Dresdner Bank in ihrem letzten Konjunkturbericht aus, aber zur Zeit im wesentlichen beendet sein.

Besonders erfreulich ist es daher, daß das im letzten Sommer noch im Hintergrund gebliebene Geschäft in Gebrauchsschuhwerk gerade in der letzten Zeit eine unerwartet umfangreiche Belegung erfahren hat. Aus allen Hauptzentren der Schuhindustrie wird übereinstimmend berichtet, daß der Auftragseingang so zahlreich ist wie in den ganzen letzten Jahren nicht mehr, und daß vor allen Dingen wieder die Modetendenzen voll zum Durchbruch kommen, was besonders deutlich die doch schon eingetretene Hebung der Einzelkaufkraft widerspiegelt. So sind im Gegensatz zu den ganzen vorhergehenden Jahren, wo aus Ersparnisgründen nur ein allseitig verwendbarer Schuh Absatz fand, wieder umfangreiche getrennte Aufträge für

leichtes Damen- und Herrensommerschuhwerk und etwas stabileres, aber auch modisches Herbstschuhwerk erteilt worden.

Zahlentafel 1. Herstellung von Schuhen
(arbeitstäglich; 1928 = 100)

Jahresdurchschnitte	1932	1933	1934
1930 100,7	Januar 66,6	76,2	98,6
1931 93,6	Februar 84,1	83,3	101,0
1932 85,3	März 93,8	93,3	110,1
1933 92,3	April 86,1	92,7	—

Trotz der zur Zeit kräftig weiter erhöhten Erzeugung — die Kapazitätsausnutzung beträgt im Reichsdurchschnitt bereits wieder über 70 % (gemessen an der Arbeitsplatzkapazität) — steigen die Einzelhandelsumsätze noch immer in etwas schnellerem Tempo. Neben der Nachholung der in der Krisenzeit unterbliebenen Bedarfsdeckung dürften hierbei auch Voreindeckungen infolge unbegründeter Zukunftsbefürchtungen eine gewisse Rolle spielen.

Zahlentafel 2. Wertmäßige Umsätze der Fachgeschäfte des Einzelhandels für Schuhwaren
(1928 = 100)

Monat	1932	1933	1934
Januar	—	48,4	46,4
Februar	—	35,0	47,4
März	—	50,2	68,8
April	—	68,0	rd. 63,5
Oktober	64,5	69,7	—
November	51,7	61,5	—
Dezember	83,3	105,9	—

Die gegenüber den ersten Vorjahrsmonaten sichtbaren Verschiebungen finden ihre Ursachen darin, daß einmal die Inventurtermine im Vorjahre in den Januar, dieses Mal aber in den Februar fielen, und daß zweitens das Ostergeschäft sich in diesem Jahre bereits im März, im Vorjahr aber erst im April auswirkte. Da bei der sich immer stärker durchsetzenden Kaufkraftsteigerung in der breiten Bevölkerung in Verbindung mit den verbrauchsteigernden Auswirkungen des während der Krisenjahre zwangsweise zurückgestellten Bedarfs sowie bei der strukturellen Bedarfsausweitung durch die Uniformierung durchaus mit der Steigerung von Schuherzeugung und -absatz im Tempo der letzten Monate gerechnet werden kann, dürfte die Annahme nicht verfehlt sein, daß das Endergebnis des Jahres 1934 sich mit dem des bisher günstigsten Nachkriegsjahres 1926/27 decken wird.

Voraussetzung hierfür ist allerdings, daß es der Schuhindustrie gelingt, den im Augenblick schon so katastrophal niedrigen Ausfuhrstand wenigstens zu halten. Wenn der Ausfuhranteil im Gegensatz zu vielen anderen Ländern auch bisher nur rd. 5 % ausgemacht hat, so sollte die

Schuhindustrie doch aus der erfreulichen Binnenbelegung nicht die Folgerung ziehen, die Ausfuhrfrage beiseite schieben zu können, insbesondere da, wie schon eingangs erwähnt, sich die Hemmungen weniger von der Preisseite her als vielmehr infolge politischer Eingriffe (Zölle, Kontingentierungen) bemerkbar machen.

Durch stärkere Geltendmachung unserer Bedeutung als Rohstoff-, in diesem Falle also Häutekäufer, muß es Deutschland möglich sein, gerade jenen Ländern gegenüber, deren Hauptabnehmer wir sind, günstigere Aufnahmebedingungen für unsere Fertigerzeugnisse durchzusetzen. Für unsere hochwertigen Qualitätserzeugnisse wird sich natürlich — ebenso wie im Inland — ein größerer Markt erst dann wieder eröffnen können, wenn überall die Einkommen eine gewisse Mindestgrenze wieder erreicht haben, von der sie zur Zeit allerdings noch verhältnismäßig weit entfernt sind. [2127]

Länderberichte

Die Entwicklung des deutsch-japanischen Handelsverkehrs

Der Außenhandel zwischen Deutschland und den asiatischen Ländern, die vielfach als Rohstofflieferer für Deutschland in Betracht kommen, ist in den meisten Fällen für Deutschland passiv. Zu den wenigen asiatischen Ländern, mit denen sich der Außenhandel mit Deutschland aktiv entwickelt hat, gehört Japan, das auch im ersten Viertel 1934 noch für 15,9 Mill. RM mehr deutsche Waren abnahm, als Deutschland in dem gleichen Zeitraum japanische Waren bezogen hat. Wie die folgende Zusammenstellung über die Entwicklung der deutsch-japanischen Handelsbeziehungen zeigt, hat sich allerdings der deutsche Aktivsaldo der deutsch-japanischen Handelsbilanz im ersten Vierteljahr 1934 gegenüber der Vergleichszeit des Vorjahrs um 2,8 Mill. RM verringert. Dieser Rückgang entfällt mit 2,3 Mill. RM auf die deutsche Ausfuhr nach Japan und mit 0,5 Mill. RM auf erhöhte Einfuhr japanischer Waren nach Deutschland.

Zahlentafel 1. Die deutsch-japanische Handelsbilanz
(in Mill. RM):

Januar/März	Einfuhr	Ausfuhr	Saldo für Deutschland
1929	11,9	70,1	+ 58,2
1930	13,1	56,2	+ 43,1
1931	9,3	42,8	+ 33,5
1932	5,9	29,2	+ 23,3
1933	4,6	23,3	+ 18,7
1934	5,1	21,0	+ 15,9

Wie diese Zusammenstellung zeigt, hat es die deutsche Zollgesetzgebung bisher verhindert, daß Deutschland — ähnlich wie andere Länder — mit der Einfuhr billiger japanischer Erzeugnisse überflutet worden ist. [2131]

LITERATURNACHWEIS

Wirtschaftswissenschaft und -politik

Das Methodenproblem in der Einzelwirtschaftslehre.

Von Fritz Schönplug. Stuttgart 1933, C. E. Poeschel Verlag. 430 S. Preis 17,50 RM.

Fr. Schönplug hat sich die Aufgabe gestellt, das Methodenproblem in der „Einzelwirtschaftslehre“ zu fördern. Nach dreißigjährigem Aufbau soll diese Wissenschaft nun zeigen, was sie will, und worin die Eigenart ihrer Methode besteht. Mit großer Sorgfalt berichtet Schönplug von jedem einzelnen Forscher dieses jungen Wissenszweiges, welche Bausteine er dazu beigelegt hat. Voran geht eine ausführliche Einleitung über die Hauptströmungen mit den wesentlichen programmatischen Erklärungen.

Die normative Richtung — sie gibt Urteil am Seienden, gemessen an einer idealen Grundnorm — ist zunächst durch Schär vertreten, der aus der Praxis kam und 1911 den Auftakt zur Aussprache über dieses Thema gab.

— Das Gewinnprinzip ist die privatwirtschaftliche Kategorie, die in das Wirtschaftlichkeitsprinzip, die volkswirtschaftliche Kategorie, organisch mündet. Sein Weltbild ließ ihm schon damals für den Einzelnen Einordnung unter die Aufgaben des Gemeinschaftsprinzips verlangen. — Als nächster Vertreter erscheint Rudolf Dietrich, ein wenig bekannter Zeitgenosse des Altmeisters Schär. Trotz seines großen Wissens gelang es ihm nicht, die Lehre positiv zu fördern, sie wohl aber durch feine Anregungen zur Betriebssoziologie und -philosophie zu ergänzen. Von anderer Grundlage und ohne Dietrich zu kennen, setzte Nicklisch den Schlüsselstein auf das heutige Lehrgebäude. Die Vollständigkeit dieses Lehrgebäudes zeigt sich bei der Beschreibung der Grundlagen, d. h. der Betrachtung der Methode, des Systems und des Gegenstandes der Betriebswirtschaft in der vor nicht zu langer Zeit erschienenen 7. Neuauflage der „Betriebswirtschaft“. Einheitlich durchgearbeitet haben wir ein fachlich wie weltanschaulich wohl fundiertes Lehrgebäude vor uns. Sein Ausgangs-

punkt ist nicht mehr das — genetisch nur händlerische Einstellung verratende — Gewinnstreben als solches, sondern das Prinzip der Wirtschaftlichkeit bei der Bereitstellung von Wirtschaftsobjekten mit Bedürfnisbefriedigungseignung. So hat *Nicklisch* unabhängig von seinen verschiedenen Formen den Begriff „Betrieb“ vollwertig zum Erkenntnisobjekt der Betriebswirtschaftslehre gemacht. Neuartig ist seine Deutung von Kapital und Vermögen auf der einheitlichen Grundlage des Betriebsganzen und seiner Wertbeziehungen. *Nicklischs* überragende Bedeutung innerhalb der normativen Richtung liegt darin, daß er zu einer Synthese seiner Vorgänger gelangte. Weder die Gestaltung der Handelsbetriebslehre bei *Schär* noch die der Wirtschaftsethik bei *Dietrich* waren allein als geisteswissenschaftliche Einzelwirtschaftslehre lebensfähig.

Die empirisch-realistische Richtung befaßt sich mit der kausalgenetischen Tatsachenbetrachtung und nicht mit der von Zielen. Sie hat ihren Schwerpunkt, nicht wie die normative, im Wertproblem, sondern fordert Wertfreiheit im Urteil. An der Spitze marschiert hier *Schmalenbach*, der mit seiner organisationstechnischen Denkstellung die Wissenschaft auf das Nachhaltigste befruchtet hat. Es ist ihm wie keinem vorher gelungen, Praxis und Wissenschaft einander näher zu bringen. Deutlich haben seine Arbeiten aber auch gezeigt, welche Verwirrung in die Begriffe Wirtschaftlichkeit und Rentabilität durch falsche gemeinwirtschaftliche Postulate getragen wurde. In unglücklichster Weise hat er den privatwirtschaftlichen Ertragsgedanken mit der gemeinwirtschaftlichen Produktivitätsidee gemischt. — *Friedrich Leitner* hat trotz seiner großen handelswissenschaftlichen Tradition, aber dank seiner Förderung der Kalkulationslehre in allen Zweigen die bis dahin übliche Bezeichnung „Handelswissenschaft“ endlich gesprengt. Er betrieb Erkenntnisforschung, um die praktische Erkenntnis zu fördern. Und doch hat er dank seiner Zielsetzung die allgemeinen Probleme angeschnitten und damit ihre Klärung sichtbar gefördert. Andererseits ließ ihn die Beschränkung des Erkenntnisstrebens auf die „Kunstlehre“ den Schluß nähren, daß dies erstrebte Ziel nahezu erreicht sei. — Es folgt *Fritz Schmidt*, der heißumstrittene Bearbeiter der Frage der Kapitaldisposition im Zusammenhang mit der Betriebsexistenz und ihrer Stellung im gesamten Ablauf des Wirtschaftslebens. Sein Verdienst besteht in der Trennung der Vermögens- von der Erfolgsrechnung. Aus der Überspannung der Idee der materiellen Werterhaltung erwuchs die Opposition. — *Wilhelm Rieger* will das Gegenteil, d. h. durch das Geldwertprinzip alle Zusammenhänge der Wirtschaftsrechnung mit der Markt- und Geldwirtschaft aufklären. Wirtschaften heißt bei ihm nicht Gütererzeugung, sondern Geldbeschaffung! Er entfernt sich am weitesten von der verantwortlichen Wirtschaftsauffassung, die am vollkommensten *Nicklisch* ausgeprägt hat. Die unerbittliche Herauskehrung des Gedankens des Gewinnstrebens läßt ihn sich selber aus der Gemeinschaft der gesamtheitsbewußten Forscher empirischer, ja aller Einzelwirtschaftler überhaupt, ausschließen. Er hat es unterlassen, aus dem Sinn des Ganzen das Wesen der Einzelercheinungen zu untersuchen.

Letzten Endes preist *Schönplug* mit seinem Buch die großen Verdienste der normativen Richtung. Sie hat die Einzelwirtschaftslehre zu einer geisteswissenschaftlichen Disziplin gemacht. „Nicht Rentabilität, sondern Produktivität im gesamtwirtschaftlichen Sinne ist ihr letzter Zweck.“ Die Einzelwirtschaftslehre bildet so einen der drei Hauptpfeiler der Gesamtwirtschaftslehre. Ihr Gegenstand sind die Erscheinungen der Einzelwirtschaft, ihre Verpflichtung ist die Beratung und Heilung der Einzelwirtschaftssubjekte. Die Nationalökonomie befaßt sich im Gegensatz dazu und parallele Wege gehend mit der Gesamtwirtschaft im nationalen Sinne und die Weltwirtschaft mit deren Beziehungen von Land zu Land.

Das hervorragend geschriebene Buch verdient weiteste Beachtung. Ein vorzügliches Literaturverzeichnis erleichtert die Benutzung. Dr. Brandl [2060]

Faktor Mensch in der Wirtschaft. Ein Beitrag zur Lösung des Krisenproblems. Von *R. Boesel*. Stuttgart 1933, C. E. Poeschel. 51 S. Preis 2,50 RM.

Der Untertitel der Arbeit von *Boesel* heißt: „Ein Beitrag zur Lösung des Krisenproblems“. Dies ist etwas sehr weit

gefaßt, während das vom Verfasser aufgestellte Funktionskreissystem zur Erkennung des Tätigkeitsleistungsgrades leitender Stellen recht gut durchführbar erscheint. Man käme auf diese Weise zu einem Prinzip, das bisher nur in der Form des Akkordes in der industriellen Fertigung bekannt war. Durch eine entsprechende Bewertung der Funktionskreisergebnisse liegt die Verbesserung des Verdienstes in der eigenen Hand. Dadurch wird in jedem einzelnen der Unternehmenssinn wach, und das Interesse am guten Erfolg seiner Arbeit steigert sich entsprechend. An einigen bereits durchgeführten Untersuchungen weist der Verfasser eine sichtbare Steigerung der Leistung nach. Kfm. [2143]

Wirtschaftsprüfung

Wirtschaftsprüfung. Ein Handbuch für das Revisions- und Treuhandwesen. Herausgegeben von *H. A. Ertel*. Berlin und Wien 1933, Carl Heymanns und Österr. Wirtschaftsverlag. 221 S. Preis 9 RM.

Der Herausgeber, selbst ein guter Kenner des Gebietes der Wirtschaftsprüfung und des Revisionswesens, hat in diesem Handbuch zu wichtigen Fragen des Problems der Wirtschaftsprüfung Beiträge namhafter Persönlichkeiten zusammengestellt; in erster Linie zu dem Zweck, die im Zusammenhang mit diesem Problem noch offenen Fragen einer Klarstellung entgegenzuführen.

Neben Äußerungen zur Entwicklung und abgrenzenden Klärung des Wirtschaftsprüferberufs, wie den Beiträgen von *W. P. Dr. Bork* „Zur Berufsvorbildung des Wirtschaftsprüfers“ und „Die Verantwortlichkeit des Wirtschaftsprüfers“ von Rechtsanwalt *Dr. Hans Adler* finden sich wichtige Auslassungen zur Tätigkeit des Wirtschaftsprüfers, wie die von *W. P. Dr. Gerstner* „Wirtschaftsprüfung der Wirtschaftsführung“. Ferner sei auf die grundlegenden Ausführungen von Ministerialrat *Dr. Frielinghaus* im Preußischen Ministerium für Wirtschaft und Arbeit zu „Interesse des Staates an der Wirtschaftsprüfung“ hingewiesen.

Das Handbuch sollte im Zuge der Fortentwicklung des neuen Berufs und seiner Aufgaben fortgesetzt werden, zumal wenn erst aus der Praxis heraus grundlegende Zweifelsfragen auftauchen, deren Lösung durch derartige Beiträge zweifellos beschleunigt wird. Me. [2035]

Die Revision der Regiebetriebe. Von *Carl Bernhard Zee-Heraeus* und *Harold Rasch*. Berlin 1933, Carl Heymanns Verlag. 63 S. Preis 3 RM.

Die Arbeit ist ein wertvoller Kommentar zu den gesetzlichen Bestimmungen über die Pflichtprüfung der Wirtschaftsbetriebe der öffentlichen Hand, in Sonderheit der wichtigen Durchführungsverordnung vom 30. März 1933.

In erster Linie gewinnt die Veröffentlichung das Interesse der Wirtschaftsprüfer und Prüfungsgesellschaften, denen die Durchführung der Prüfungen zunächst nach dem Gesetz obliegt. Die Arbeit ist hinsichtlich der Deutung des Willens des Gesetzgebers insofern von Wichtigkeit, als sie aus der Feder der Sachbearbeiter im Reichswirtschaftsministerium und im Preußischen Ministerium für Wirtschaft und Arbeit stammt.

Wenn auch die Bestimmungen des Preußischen Gemeindefinanzgesetzes die Durchführung der Pflichtprüfung hinsichtlich der Veranlassung und Aufsicht auf eine neue Grundlage stellen, so bleiben die reichsgesetzlichen Vorschriften und damit auch die vorliegende Erläuterung von maßgebender Bedeutung. Me. [2037]

Das preußische Gemeindefinanzgesetz vom 15. 12. 33.

Kommentar von *K. M. Hettlage*, *W. Loschelder*, *W. Spielhagen*. Eberswalde, Berlin 1934, Verlagsges. R. Müller m. b. H. 429 S. Preis 11,20 RM.

Wer als Wirtschaftsprüfer sich um die Prüfung öffentlicher Betriebe bewirbt, wird sich mit den Grundsätzen der neuen Gesetzgebung über die Haushalts- und Wirtschaftsführung der Gemeinden und Gemeindeverbände vertraut machen müssen. Der vorliegende Kommentar versucht — in Abweichung von dem, was man sonst darunter zu verstehen pflegt — hauptsächlich die allgemeinen Gesichtspunkte klarzulegen, die bei der Durchführung des Gemeindefinanzgesetzes zu beachten sind. Er ist also kein trockener juristischer Paragraphenerläuterer: vielmehr ein aus der Praxis der staatlichen Wirtschaftskontrolle ge-

borener Führer und Erzieher zu kameralistischem Denken. Der Leser wird überrascht sein, wie gefestigt einerseits die kameralistische Sprache und ihre Begriffsbildungen sind, andererseits welche nahe Verwandtschaft besteht zwischen den Anforderungen, die die Kameralistik an die Rechnungslegung und die Wirtschaftskontrolle stellt und denen, die von der privaten Wirtschaft gefordert werden.

A. A. Schubert, Geh. Brt. Wirtschaftsprüfer.
[2135]

Energiewirtschaft

Die Elektrizitäts-Wirtschaft im Deutschen Reich.

Berlin 1934, Verlag „Das Spezial-Archiv der deutschen Wirtschaft“ R. und H. Hoppenstedt. 560 S. Preis 32 RM.

Das Buch ist eine gute Zusammenstellung der Einzelveröffentlichungen, die das Spezial-Archiv der deutschen Wirtschaft schon seit Jahren auf dem Gebiete der Elektrizitätswirtschaft herausgibt. Dabei ist die gebietsweise Zusammenfassung der Elektrizitätswerke im vorliegenden Buche sehr zweckmäßig, und die jedem Gebiet voranstehenden allgemeinen Angaben und die Zusammenstellung der größten Elektrizitätswerke innerhalb dieses Gebietes erleichtern den Überblick. Bei den Zahlen über die deutsche Elektrizitätswirtschaft und über die Elektrizitätsunternehmungen, die gleichsam als Vorwort zum Hauptteil des Buches geschrieben sind, findet man wertvolle Angaben aus der deutschen Elektrizitätsversorgung.

Das Buch enthält in seinem Hauptteil Angaben von Hunderten von Erzeugungs- und Versorgungsunternehmungen, über deren Aufbau, über Beteiligungen, über Konzessions- und Stromlieferungs- bzw. Bezugsverträge, ferner Angaben über Kraftwerke und Leitungsnetze, über die Größe der Anlagen, über die Stromerzeugung und Stromabgabe, über die Zahl der Beschäftigten und außerdem die Gewinn- und Verlustrechnungen, sowie die Bilanzen der vergangenen Jahre.

Man findet in dem Buch über die einzelnen Werke Auskunft in finanzieller und technischer Hinsicht, aber es gibt doch Unternehmungen, über die vielleicht etwas mehr hätte gebracht werden können. So ist z. B. die Schluchseewerk A.-G. nur bei ihren Konzerngesellschaften aufgeführt, obwohl ihr doch eigentlich als größtes Pumpspeicherwerk Deutschlands eine hohe Bedeutung zukommt. Einige nähere Angaben etwa über die Stromlieferungsverhältnisse dieses Werkes wären erwünscht gewesen.

Vielleicht wäre es wertvoll bei einer späteren Ausgabe, noch mehr als das jetzt schon der Fall ist, d. h. für alle darin aufgeführten Unternehmungen, eine Übersichtskarte ihres eigenen Versorgungsgebietes anzufügen oder aber bei der Aufzählung der Werke eines Elektrizitäts-Wirtschaftsgebietes eine Übersichtskarte zu bringen mit den einzelnen Werken und den Grenzen ihres Versorgungsgebietes.

Das Buch ist als Nachschlagewerk vorzüglich geeignet und wird demjenigen, der viel mit Fragen der deutschen Stromwirtschaft zu tun hat, ein wertvolles Handbuch sein.

C. Th. Kromer VDI [2117]

Die wirtschaftliche Ausgestaltung städtischer Drehstromnetze.

Von W. v. Mangoldt. Berlin 1933, Julius Springer. 76 S. 22 Abb. 18 Zahlent. Preis 5,50 RM.

Nach einem geschichtlichen Überblick über die Entwicklung städtischer Drehstrom-Verteilungssysteme behandelt der Verfasser im ersten Teile der Arbeit die wirtschaftlich-technischen Grundlagen für die Bemessung städtischer Drehstromnetze. Diese umfassen: 1. die Ermittlung des Kabelquerschnittes, welcher entweder nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten, mit Rücksicht auf die durch die Kabelwärmerung gegebenen Grenzen oder schließlich im Hinblick auf den zulässigen Spannungsabfall bestimmt werden kann, 2. die Wahl der günstigsten Spannung für das Hochspannungs-Übertragungsnetz, während für das Niederspannungs-Verteilungsnetz die allgemein gebräuchliche Spannung von 380/220 von vornherein vorausgesetzt wird, 3. die Bestimmung der wirtschaftlichen Leistung und Anzahl für die Transformatorstationen im Niederspannungsnetz.

Nach Ermittlung dieser Grundelemente vergleicht v. Mangoldt im zweiten Abschnitt vom technischen und

wirtschaftlichen Standpunkt aus die Gesamt-Verteilungssysteme untereinander. Von den möglichen Lösungen werden behandelt: 1. Dreispannungs-system mit offenem Niederspannungsnetz und Mittelspannungsringnetz; 2. Zweispannungs-system mit offenem Niederspannungsnetz und Hochspannungsringnetz; 3. Zweispannungs-system mit Niederspannungsmaschennetz und Hochspannungsstrahlennetz. Dieser Vergleich zeigt die Überlegenheit des Maschennetzes gegenüber den Systemen mit strahlenförmigem Niederspannungsnetz sowie die Vorteile einer Zweispannungsversorgung gegenüber einer Dreispannungsversorgung.

Bei der Durchführung der Ermittlungen verzichtet der Verfasser bewußt auf eine rein mathematische Behandlung, da sich die verschiedenen möglichen Gesichtspunkte für die Querschnittsbemessung nicht durch eine einheitliche Formel erfassen lassen. Er ermittelt vielmehr für eine Zahl von Einzelfällen die Gesamtkosten und gewinnt aus ihrem graphischen Verlauf die günstigsten Lösungen. Zahlreiche rechnermäßig durchgeführte Beispiele erleichtern das Einarbeiten. Der gewählte Rechnungsgang hat den Vorteil, daß unübersichtliche Bestimmungsgleichungen für die Endlösung vermieden werden, läßt aber den Einfluß geänderter Voraussetzungen auf das Ergebnis nur in beschränktem Umfange erkennen. Das Buch stellt für die Vorausplanung städtischer Verteilungsnetze einen wertvollen und außerordentlich erkenntnisreichen Beitrag dar.

Menny [2051]

Betriebsfragen

Der neuzeitliche Werkmeister.

Von Hans R. Lutz. Würzburg 1933, Verlag Konrad Tritsch. 48 S. Preis geb. 2 RM.

Die Schrift von Lutz bietet eine recht sorgfältige Darstellung des Werkmeisterproblems und seiner Grundfragen. Der Verfasser hat seine Schilderung auf sehr reichhaltiges internationales Material gegründet und insbesondere auch amerikanische Quellen herangezogen.

Bedauerlich erscheint allerdings, daß im Rahmen der Gesamtdarstellung die Behandlung der Ausbildungsfrage wesentlich zu kurz gekommen ist. Zunächst wird im Abschnitt „Ausbildung durch Schulen und Verbände“ die wichtige Tatsache verschwiegen, daß die Ausbildung im Tagesunterricht sich nicht bewährt hat und deshalb die mit dieser Ausbildungsform gemachten Erfahrungen dazu geführt haben, die Ausbildung nun fast ausschließlich in besonders eingerichteten Kursen der industriellen Werke selbst durchzuführen. Im Abschnitt „Ausbildung durch die Industrie selbst“ hätte der Verfasser zumindest an einem Beispiele ausführlicher auf die vorzüglichen Ausbildungsvorrichtungen der Industrie eingehen und hierbei auch Lehrplan und Lehrstoff solcher Kurse behandeln sollen. Durch diese Unterlassung wird der Eindruck erweckt, daß der an sich sehr interessant angelegten und lesenswerten Arbeit doch in wichtigen Punkten die notwendige Fühlung mit den grundlegenden Erfahrungen der industriellen Ausbildungspraxis gefehlt haben könnte. Vielleicht besteht bei einer Neuauflage Gelegenheit, das Versäumte nachzuholen.

Gericke. [2090]

Geldwesen

Wechsel- und Scheckkunde.

Eine gemeinverständliche Darstellung des neuen Wechsel- und Scheckgesetzes, des Diskontgeschäftes usw. an Hand von Beispielen. Von Georg Obst. 11. völlig veränd. Aufl. Stuttgart 1933, C. E. Poeschel. 164 S. Preis kart. 3,20 RM.

Wenn von einem Buch in rd. einem Menschenalter 11 Auflagen herauskommen, so hat es den Nachweis seiner Güte erbracht. Auch die „Wechsel- und Scheckkunde“ von Obst gehört zu den Werken, die sich wie sein „Geld-, Bank- und Börsenwesen“ durch die Gemeinverständlichkeit und gleichzeitig durch die wissenschaftliche Zuverlässigkeit der Darstellung auszeichnen.

Der Inhalt gliedert sich in vier Hauptabschnitte:

1. Der Wechsel (wirtschaftliche Bedeutung, Arten, Prologation, Protest, Klage usw.),
2. Kaufmännische Anweisung und Scheck (wirtschaftliche Bedeutung, Bestandteile, Arten, Bürgschaft, Postscheck usw.),

3. Diskont- und Einzugsgeschäft — Devisen (Berechnung des Diskonts, Diskontgeschäft der Reichsbank, Privatdiskont u. a.) und
4. Wechselsteuer-Gesetzgebung (nicht nur in Deutschland, sondern auch in Österreich, Ungarn, der Tschechoslowakei, Großbritannien, Rußland und Frankreich).

Ein Anhang mit 220 Fragen und Antworten eignet sich ausgezeichnet dazu, zu überprüfen, was vom Studium haften geblieben ist. Dr. Fr. [2106]

Vertrieb

Marktanalyse, nein oder ja?

„In einem stark verengerten Markt sich zurechtzufinden, ist nicht leichter, sondern schwieriger als in einem Markt höchster Blüte“, sagt Prof. *Vershofen* im Vorwort des im vergangenen Jahr erschienenen Buches „Marktanalyse und Marktbeobachtung“¹⁾.

Leider ist dieser Gedankengang noch immer nicht Allgemeingut bei vielen maßgebenden Kreisen in Industrie und Handel, obwohl man sich doch darüber im klaren sein müßte, daß keine Verkaufsmaßnahme richtig sein kann, die nicht die nachweisbaren Bedingungen und die begrenzten Möglichkeiten des Marktes berücksichtigt. Gewiß, im täglichen Kampf stoßen sich die Kanten des Wirtschaftsgetriebes härter als in geistreichen und oft mit vielem Aufwand ausgearbeiteten theoretischen Marktanalysen. Verständlich ist die Abneigung aller derjenigen Unternehmungen dagegen, die im Verlauf der Scheinkonjunkturjahre „Opfer“ der hinreichend bekannten Markt-Analysen-Apostel geworden sind. Wollte man aber jetzt in das Gegenteil verfallen und aus dem derzeit im einschlägigen Schrifttum erörterten Für und Wider der Marktanalyse zu ihrer völligen Ablehnung kommen, so heißt das, eines wichtigen Hilfsmittels im industriellen Vertrieb völlig entsagen.

Wie anders will man sich über eingetretene Marktverschiebungen klar werden? Ist doch mit der Verschiebung des Marktes eine Veränderung des Bedarfs, der Absatzwege und der Absatzverfahren verbunden. Es ist richtig, daß man vielfach mit Hilfe eines gut arbeitenden äußeren Vertriebsapparates (Vertreter und Zweigbüros) von selbst in solche Veränderungen hineingleitet. Alle von außen an den Betrieb herangetragene Eindrücke und Verkaufserfahrungen sind unersetzlich wertvoll. Aber erst in der zentralen Zusammenfassung aller den Vertrieb beeinflussenden Gesichtspunkte zu einer einheitlichen, von der Produktionsstätte ausgehenden Verkaufspolitik liegt die Gewähr für den Verkaufserfolg, und hierzu sind Marktanalyse und Marktbeobachtung unerlässlich.

Das vom Institut für Wirtschaftsbeobachtung, Nürnberg, herausgegebene Werk „Marktanalysen und Marktbeobachtung“ dient als aufschlußreiches Handbuch hierbei. Es enthält rd. 150 Zahlentafeln und Darstellungen und eine „Einführung in die praktische Marktforschung“. Im ersten „Hauptteil“ sind die „Zahlen zur Marktstruktur“ zusammengefaßt, die sich in vier Hauptabschnitte: Allgemeine geographische Grundlagen, Marktfaktoren der Konsumgütersphäre, Marktfaktoren der Produktionsgütersphäre und Struktur der Absatz- und Verkehrswege gliedern. Zahlen zur Marktbeobachtung enthält der zweite Hauptteil.

Alles in allem: Ein übersichtlich geordnetes, für die praktische Vertriebsarbeit vorzüglich geeignetes Handbuch. F. Heinrichs [2092]

¹⁾ Marktanalyse und Marktbeobachtung. Quellenhandbuch für Handel und Industrie. Herausgegeben vom Institut für Wirtschaftsbeobachtung an der Hindenburg-Hochschule (Hochschule für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften) zu Nürnberg. Mit einem Vorwort von Prof. Dr. *Wilhelm Vershofen* und einer Einführung von Priv.-Doz. Dr. *Erich Schäfer*. Verantwortliche Bearbeitung: Priv.-Doz. Dr. *Horst Wagenführ*. Lex. 8°. VIII. Stuttgart 1933, C. E. Poeschel. 192 S. Preis geh. 14,20 RM, in Leinen geb. 16,80 RM.

Theorie und Technik der Korrelationsanalyse. Von *H. Richter-Altschäffer*. Berlin 1932, Institut für landwirtschaftliche Marktforschung. 350 S. 53 Abb. Preis 13,50 RM.

Die mit einer Wirtschaftssteigerung zwangsläufig verbundene Bedarfsforschung wird mit den verhältnismäßig einfachen Mitteln, mit denen bisher Marktuntersuchungen

durchgeführt wurden, nicht durchzuführen sein. In der Korrelationsrechnung ist ein Mittel gegeben, kausale Zusammenhänge zwischen mathematisch- und wahrheitstheoretischen Voraussetzungen darzustellen. Wenn auch, wie der Verfasser sagt, das Buch keine Gebrauchsanweisung für die Korrelationsanalyse sein soll, so wird es doch denen, die sich mit Marktforschung in größerem Rahmen zu befassen haben, eine Anleitung für derartige Rechnungen sein, und zwar um so mehr, als auch algebraisch mathematische Unterlagen gegeben werden.

Kfm. [2144]

Patentwesen

Die Offenbarung von Erfindungen als Grundlage ihres Schutzes. Anleitung zu kausalem Denken von *Richard Müller-Liebenau* †. Berlin 1931, Carl Heymanns Verlag. 207 S. Preis 10 RM.

Müller-Liebenau ist ein Schriftsteller des Patentrechts, der alles Heil von einer begrifflichen Analyse und einem kausalen Denken erwartet. Er ist ganz auf Logik eingestellt, hantiert in verblüffender Weise mit den Ausdrücken der älteren und neueren Logik, will vom gesunden Menschenverstand nicht viel wissen, wenn er sich nicht der logischen Zwangsjacke fügt, und vergißt über aller Gründlichkeit und folgerichtigen Denken, daß alle seine Untersuchungen und Theorien erst Wert haben, wenn sie für die Fachwelt verständlich sind und an dem Probestein der Praxis sich als brauchbar erweisen. Alles Abstrahieren und Theoretisieren ist unfruchtbar, wenn es den Boden der Wirklichkeit verläßt und nur in der Sphäre des „reinen Denkens“ schweben will. So schreibt der Kunsthistoriker lange Abhandlungen über Kunst und Kunstwerke, aber dem wahren Künstler weiß er nichts zu sagen; so zerlegt der Psychologe die menschliche Seele in ihre Atome, aber der Menschen- und Seelenkenner lächelt nur darüber. Die Rechtswissenschaft hat es von jeher als ihr Vorrecht angesehen, sich in abstrakten Theorien zu ergehen, und neuerdings muß auch das Patentrecht und damit der Erfinder darunter leiden.

Nun soll sicher nicht über die Theorie der Stab gebrochen werden. Sie ist notwendig als zusammenfassende Erkenntnis und als Wegweiserin zu neuem Wissen, aber sie darf nicht in Theoretisieren ausarten. Solches Theoretisieren ist wie eine einseitig gelagerte, weit auskragende Brücke in unbekanntes Land hinein, die schließlich zusammenbricht, wenn sie nicht bei ihrem weiteren Ausbau genügend und immer fortschreitend unterstützt wird.

Der Verfasser bezeichnet selbst im Vorwort den Teil seines Buches, der sich mit dem „richtigen“ kausalen Denken befaßt, als „troeken, langweilig und ermüdend“. Und wahrlich, es gehört auch große Geduld und Sitzkraft dazu, sich nicht nur durch den ersten Teil, sondern durch das ganze Buch hindurchzulesen. Man wird an sein früheres Buch: „Das Wesen der Erfindung“ (1924) erinnert, das auch in ähnlichem Stil und ähnlicher Denkweise verfaßt ist und als eine Förderung der Patentrechtslehre nicht bezeichnet werden kann. Seitenlang zieht der Verfasser Parallelen zwischen dem Schutz eines Patentes und dem Schutz eines Gartens gegen unbefugtes Betreten und zerlegt alle Ursachen und Wirkungen bis in die kleinsten Einzelheiten.

Bezeichnend für die Ausdrucksweise des Verfassers ist seine Definition des Begriffes der Erfindung, die er in Anlehnung an seine schon früher gegebene Worterklärung wie folgt aufstellt (S. 62):

„Eine Erfindung (1) von Schutzfähigkeit (2) durch Patent (3) (patentschutzfähige Erfindung) ist die ur-eigens erworbene Erkenntnis der Herbeiführung eines vollständigen Kausalvorganges von objektiver Neuheit (reine Erfindung) unter Feststellung mindestens einer Einzelwirkung aus dem Komplex seiner lebendigen und toten Wirkungen von einem, ein unerfülltes Bedürfnis abstellenden Nutzen — erster Wertfaktor — in Vollendung einer das normale Können der Fachwelt übersteigenden geistigen Tat — zweiter Wertfaktor — (schutzfähige Erfindung) mit Schauplatz der Wirkung in der unbelebten Welt (patentschutzfähige Erfindung)“.

Auch bei mehrmaligem Lesen dieser echt scholastischen Definition wird man kaum zu einem Verständnis gelangen können.

Es ist bekannt, daß Extreme häufig dicht beieinanderliegen. So fordert auch der Verfasser sonderbarerweise bei aller abstrakter Denkweise doch eine vollständige Konkretisierung des Erfindungsgegenstandes im Patentanspruch unter Ausschluß jeder Verallgemeinerung des Erfindungsgedankens. Wer im Verkehr mit dem Reichspatentamt die vom Prüfer *Müller-Liebenau* aufgestellten und mit zäher Beharrlichkeit verlangten Patentansprüche mit ihren Schachtelsätzen kennengelernt hat, begreift, daß man auch im Patentamt seiner Lehre nicht gefolgt ist, worüber sich der Verfasser an vielen Stellen seines Buches bitter beschwert. Ist es schon bei der heutigen Rechtsprechung des Reichsgerichtes schwer, den Schutzzumfang eines Patentes aus dem Anspruch herauszulesen, so dürfte dies bei einer Anspruchsaufstellung nach den Vorschlägen des Verfassers geradezu unmöglich werden. Darum hat auch die Praxis die Lehren *Müller-Liebenaus* abgelehnt und wird hoffentlich dabei bleiben.

Dabei soll anerkannt werden, daß das Buch auch viele gute Gedanken enthält und manche Stellen, die zum Nachdenken anregen. Als Ganzes genommen müssen wir es aber ablehnen. Es bringt nicht die schon lange entbehrte Neuorientierung des Patentrechts auf der Grundlage anschaulichen, aus den Bedürfnissen der Praxis, der Technik herauswachsenden Denkens. Das neue Rechtsdenken, für das die neue Zeit die Richtung weist, wird hoffentlich früher oder später eine junge Kraft befähigen, auch in die Lehre des Patentrechts mit kräftiger Hand einzugreifen und alles daraus zu beseitigen, was noch aus altgewohnter und im juristischen Denken erstickter Auffassung vorhanden ist.

Dipl.-Ing. *Carl Weihe*, Frankfurt a. M. [2111]

Technik und Recht

Der Bestandteilbegriff des § 93 des Bürgerlichen Gesetzbuches unter Berücksichtigung der technischen Normung. Von *Paul Kirsten*. Leipzig 1933, Felix Meiner. 67 S. Preis 3 RM.

Das Problem der dinglichen Sicherung von persönlichen Forderungen ist in unserer Wirtschaft in den letzten Jahren insbesondere durch die Geld- und Kreditkrise immer brennender geworden. Hierbei spielte und spielt heute noch die Frage, ob „Bestandteil“ oder „Zubehör“, vor allem bei der Wirkung der Sicherungsübereignung von Sachinbegriffen eine oft wesentliche Rolle.

Der Verfasser hat in überzeugender Weise den Einfluß der Normung auf diese Begriffsbestimmung nach der rechtlichen Seite untersucht und dargelegt, insbesondere die Einwirkung der Normen auf das für den Bestandteilbegriff nach § 93 BGB ausschlaggebende Kriterium der Wesensveränderung.

Die juristisch wertvolle Arbeit ist auch um deswillen zu beachten, als es sich hierbei um eine schätzbare Bereicherung der bisher noch geringen Literatur über die rechtliche Bedeutung und Auswirkung der Normung handelt.
Me. [2036]

Aus andern Zeitschriften

Aufgaben und Verfahren der zentralen Wirtschaftslenkung. Dr. Grünigs volkswirtschaftliche Bilanz als Hilfsmittel der praktischen Wirtschaftspolitik. „Maschinenbau“ Bd. 13 (1934) H. 11/12 S. 324/26.

Auswertung der Vortragsreihe von *Kebler, Pietsch* und *Grünig* bei der Tagung des Ausschusses für allgemeine Wirtschafts- und Sozialpolitik des RDI. Praktische Aufgaben und allgemeine Grundzüge einer Wirtschaftsführung in unserer deutschen Gegenwart, aufgebaut auf den *Grünigschen* Untersuchungen über den volkswirtschaftlichen Kreislauf und dessen Verfahren zur Aufstellung einer volkswirtschaftlichen Gesamtbilanz.

Die branchenmäßigen Betriebsuntersuchungen des RKW und der „gerechte“ Preis in der Fertigungsindustrie. RKW-Nachrichten Jg. 8 (1934) H. 3 S. 33/41, 22 Zahlentafeln.

Der „gerechte“ Preis und die öffentliche Meinung. a. a. O. H. 4 S. 53/59, 6 Zahlentafeln.

Die branchenmäßigen Betriebsuntersuchungen des RKW in der Fertigungsindustrie. Ein Hilfsmittel der Preisbildung. a. a. O. H. 5 S. 69/75, 2 Zahlentafeln, 1 Texttafel.

In dieser Aufsatzfolge zeigt das RKW auf Grund der echten Vergleichszahlen, die es bei den von ihm nach einheitlichen Grundsätzen durchgeführten branchenmäßigen Betriebsuntersuchungen, insbesondere bei Zweigen der verarbeitenden Industrien, gewonnen hat, daß die Frage eines „gerechten“ Preises, eines unter Ausgleich der lebensnotwendigen Erfordernisse auf Seiten der Erzeugung, der Verteilung und des Verbrauchs im Sinne eines gesamtwirtschaftlichen Optimums zu bildenden „richtigen“ Preises — wenn überhaupt — von der (Erzeugungs-) Kostenseite allein aus nicht gelöst werden kann.

Das RKW, das in der Frage der Betriebsuntersuchungen und des zwischenbetrieblichen Kostenvergleichs in der Industrie heute zweifellos über die breitesten und eingehendsten Unterlagen und Erfahrungen verfügt, die in Deutschland überhaupt greifbar sind, stellt fest, daß die Verschiedenartigkeit des Kostenaufbaues innerhalb der Betriebe eines einzelnen Industriezweiges, die für den Zweck der Untersuchung vorher sorgfältig ausgewählt worden sind, sehr weit reicht, und daß gerade bei den Kostenelementen, deren Beeinflussungsmöglichkeit durch menschliche Maßnahmen gegeben ist, und die damit für die Bildung der Gestehungskosten entscheidend sind, Unterschiede bei verwandten Betrieben bestehen, deren Ausmaß unerwartet groß, mitunter ganz verblüffend ist. Diese wirklichen Verhältnisse werden in 30 Tafeln mit genauen Vergleichswerten, die aus den in den Betrieben selbst ermittelten echten Zahlen errechnet sind, und, soweit zugänglich, mit letzteren selbst eindeutig und unwiderlegbar dargestellt. Die Tafeln verleihen der Aufsatzfolge einen hohen Wert über den engeren Gegenstand der Betrachtung hinaus und vermitteln einen Einblick ganz besonderer Art in die tatsächlichen betriebswirtschaftlichen Verhältnisse und Vorgänge.

Im zweiten Teil setzt sich das RKW mit der Kritik auseinander, die der erste Teil in der Tages- und Fachpresse erfahren hat, und begegnet Mißverständnissen und Mißdeutungen seiner Beweisführung.

Den Erkenntniswert solcher Untersuchungen als unbeirrter und von wirtschaftspolitischen Tendenzen freier Feststellung der Tatsachen des Wirtschaftslebens betont der dritte Teil besonders. Die aufklärende und erzieherische Wirkung dieser Untersuchungen für den Einzelbetrieb und die ständische Wirtschaftsführung ganzer Industriezweige, die Klärung und Ordnung der Kostengliederung durch Anwendung einer einheitlichen, den besonderen Bedürfnissen des Industriezweiges angepaßten Abrechnungsweise, der ermöglichte Vergleich zwischen Kostenlage des einzelnen und der Gesamtheit der untersuchten Betriebe sind von hoher betriebs- und volkswirtschaftlicher Bedeutung. Zur Beurteilung der „Richtigkeit“ von Preisen ist die genaue Kenntnis der tatsächlichen Kostengestaltung unerläßliche Bedingung.

Unter dem besondern Gesichtspunkt der Preisbindung und des Kartellwesens wurde zum ersten Teil bereits in dieser Zeitschrift Stellung genommen (vgl. H. 5 S. 158).

Verkaufsaufbau. *P. A. Schlenzka*. Zeitschrift für Organisation Jg. 8 (1934) H. 2 S. 46/49. 1 Schaubild.

Grundsätzliches über die Organisation des Verkaufs unter Berücksichtigung der Zusammenhänge zwischen Produktion, Verkaufsplan und Markt. Gerüst der Verkaufsorganisation entsprechend den Einzelfunktionen des Vertriebes. — Die Systematik von *Schlenzka* deckt sich weitgehend mit der Systematik, die von der Fachgruppe Vertriebsingenieure beim VDI entwickelt und u. a. in dieser Zeitschrift und im Vertriebshandbuch niedergelegt worden ist. *BH*

Eingegangene Bücher

Verdeutschung technischer Fremdwörter. Herausgegeben vom Deutschen Verband technisch-wissenschaftlicher Vereine E. V. 2. Aufl. VDI-Verlag GmbH (Auslieferung). Berlin 1934. 19 S. Preis 0,10 RM.

Wenn auch das Verdeutschungsheft des Deutschen Verbandes technisch-wissenschaftlicher Vereine, das nach wenigen Monaten bereits in zweiter Auflage herausgegeben

werden konnte, sich ausschließlich auf die Verdeutschung technischer Fremdwörter beschränkt, so soll doch auch in dieser Zeitschrift auf den großen Wert dieser Bestrebungen des Deutschen Verbandes hingewiesen werden. Nicht nur die Ingenieure, auch die Kaufleute im Betriebe eines industriellen Unternehmens können die darin enthaltenen Vorschläge bei der Werbung, im Rechnungswesen usw. usw. nutzbringend verwenden. *Dr. Fr.*

Handbücherei des Wohnungswesens. Herausgeg. von *Fr. Schmidt* und *J. Fischer*. Heft 5: **Reichsbürgerschaften für den Kleinwohnungsbau**. Erl. von *Dr. Blechschmidt*. Eberswalde 1934, Verlagsgesellschaft R. Müller m. b. H. 55 S. Preis 1,85 RM.

In der bereits im Februarheft erwähnten Handbücherei des Wohnungswesens (Reichsbaudarlehen für Eigenheime) sind inzwischen weitere Hefte erschienen, von denen die Arbeit von *Dr. Blechschmidt* über Reichsbürgerschaften für den Kleinwohnungsbau für den Leser dieser Zeitschrift von besonderer Wichtigkeit sein dürfte.

Sammlung „Hilf Dir selbst“ Nr. 39: **Der Zahlungsbefehl, sowie das Mahn-, Güte- und Streitverfahren vor dem Amtsgericht**. Von *K. W. P. Schaefer*. 32 S. Preis 1,25 RM; Nr. 56: **Stundung und Eintreibung von Forderungen**. Von *Heinr. Schulz*. 32 S. Preis 1 RM; Nr. 58: **Was muß der**

Vermieter und der Mieter wissen, um Ermäßigung und Niederschlagung der preußischen Hauszinssteuer zu erreichen? Von *Heinr. Schulz*. 32 S. Preis 1 RM; Nr. 61: **Das Wechselrecht**. Von *Peter Paul*. 44 S. Preis 1,25 RM; Nr. 62: **Über das Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses**. Von *Paul Richter*. 32 S. Preis 1 RM; Nr. 67: **Zwangsvollstreckung und Vollstreckungsschutz**. Von *Heinr. Schulz*. 40 S. Preis 1,25 RM; Nr. 68: **Zwangsversteigerung und Zwangsverwaltung**. Von *Heinr. Schulz*. 40 S. Preis 1,25 RM; Nr. 79: **Was muß jeder Angestellte und Arbeiter vom neuen Arbeitsrecht wissen?** Von *Paul Schaefer*. 32 S. Preis 1 RM. Bonn, Willh. Stofffuß Verlag.

Kleine Rassenkunde des deutschen Volkes. Von *Hans F. K. Günther*. München 1934, J. F. Lehmanns Verlag. 153 S. m. 100 Abb. Preis 3 RM.

Die Weiterentwicklung der Menschheit mit Hilfe der Technik. Von *Otto Föppl*. 2. Aufl. Braunschweig 1933, Friedr. Wagner. 59 S. Preis 1 RM.

Die Theorie der Arbeiterfreisetzung durch die Maschine. Von *Alfred Kähler*. Leipzig 1933, Hans Buske. 148 S. 12 Tab. Preis 6 RM.

KARTELLWESEN

BEARBEITER: REICHSWIRTSCHAFTSGERICHTSRAT DR. TSCHIRSCHKY
BERLIN-NEUBABELSBERG-BERGSTÜCKEN, HUBERTUSDAMM 17

Organisationsaufbau und Organisationspolitik

Durch das Gesetz zur Vorbereitung des organisatorischen Aufbaues der deutschen Wirtschaft vom 27. Februar 1934 ist der Plan einer systematischen Berufsstandspolitik einen weiteren wichtigen Schritt vorwärtsgeführt worden. Es handelt sich dabei noch keineswegs um die grundsätzlich endgültige Lösung dieser großen Aufgabe, wie Reichswirtschaftsminister *Dr. Schmitt* ausdrücklich erklärt hat, vielmehr soll auf Grund der auch mit dieser Verordnung gewonnenen Erfahrungen allmählich der Schlußstein gefügt werden. Sie ist insbesondere auch für das Kartellwesen von grundsätzlicher Bedeutung, weil sie

Wirtschaftsverbände zur alleinigen Vertretung eines Wirtschaftszweiges

mit ministerieller Befugnis zum Zwangsbeschluß schafft, und zwar für die gewerblichen Unternehmer — mit Ausnahme der bereits im Reichsnährstand und in der Reichskulturkammer erfaßten — denen auch wesentliche Aufgaben der Marktordnung zugedacht sind. Damit erhalten die bisher freien sogenannten wirtschaftspolitischen Verbände einen festen Boden mit erweiterten Aufgaben. Denn sie sollen ausdrücklich auch für eine Läuterung des Wettbewerbs eintreten und für diesen Zweck Ehrengerichte bilden. Sie sollen ferner durch Verwirklichung des „Führer“-Gedankens dem an sich unangetasteten freien Wettbewerb eine einheitliche Linie zum Wohle des betreffenden Gewerbes vorschreiben. Daher soll es für diese Verbände auch keine Störung durch Außenseiter geben. Es kann nach den bisherigen Bestrebungen der „Fachschaften“, mit denen wir uns ja bereits wiederholt zu beschäftigen hatten, keinem Zweifel unterliegen, daß diese Wirtschaftsverbände eine emsige Tätigkeit gerade auf dem Gebiete der „Marktordnung“ entfalten werden und auch müssen. Im Gegensatz zum „Kartell“ steht ihnen hierfür allerdings nicht die Ausübung eines unmittelbaren vertragsrechtlichen Zwanges zur Verfügung. Zwar kann der Minister nach § 2 des Gesetzes Rechtsverordnungen und allgemeine Verwaltungsvorschriften erlassen, deren Befolgung nach § 3 durch Geld- und Gefängnisstrafen erzwingbar ist, aber dabei handelt es sich nicht um die Durch-

führung von Kartellaufgaben, sondern um Anordnungen von weit allgemeinerer wirtschaftspolitischer Bedeutung.

Trotzdem wird man behaupten dürfen, daß die hiermit in die Wege geleitete Organisation die deutsche Kartellierung wesentlich zu beeinflussen vermag. Wenn es gelingt — auch unter dem Drucke der Ehrengerichte — dem Wettbewerb neue Grundlagen zu schaffen, die seine bisherigen vielfachen Auswüchse aussterben lassen, so wird die Notwendigkeit eines besonderen privatwirtschaftlichen Marktschutzes durch Kartelle nicht mehr anerkannt werden können. Freilich bedarf das einer erzieherischen Kleinarbeit und — was heute stark ins Gewicht fällt — einer allgemeinen Kräftigung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse, so daß auf absehbare Zeit das Instrument der Kartelle noch unentbehrlich bleibt. Das um so mehr, als die Frage einer gesunden Marktordnung ja stets nicht nur eine entsprechende Organisation der Warenerzeuger, sondern auch des Handels und, soweit nicht Güter des allgemeinen Verbrauchs in Frage kommen, der gewerblichen Verbraucher voraussetzt. Man braucht hierzu aber nur an den zur Zeit noch sehr heftigen Kampf zwischen Großhandel und Einkaufsgenossenschaften zu erinnern, um die vielfachen Schwierigkeiten zu ermessen, die sich einer grundlegenden Neuorganisation entgegentürmen, vor allem unter dem Gesichtspunkte, daß die Privatinitiative und ein gesundes Spiel der freien Kräfte erhalten werden soll. Wohl aber ist mit Sicherheit vorauszusehen, daß für die Übergangszeit die Grundlagen der Kartelle und ihrer Politik eine wesentliche Stütze aus dem Wirken der „Wirtschaftsverbände“ gewinnen. Hierzu soll nur auf die wesentliche Untergrabung der Stellung des Kartellaußenseiters hingedeutet werden, dessen Preispolitik in Zukunft durch den Wirtschaftsverband, dem er zwangsweise angeschlossen werden kann, ganz einschneidend beeinflussbar wird.

Damit wird für viele Gewerbe der Fertigungindustrie überhaupt erst die Möglichkeit der Kartellierung geschaffen werden, bei denen ja schon wegen der Vielzahl und der Ungleichheit der Außenseiter eine Zwangskartellierung bedenklich erscheint. Andererseits ergibt sich auf Grund dieses neuen Gesetzes jetzt die Aufgabe, zwischen Wirtschaftsverband oder berufsständischer Fachschaft einerseits

und Kartell andererseits eine scharfe Trennung durchzuführen. Das Bestreben, den hohen moralischen Druck der ersteren als Organisation mit grundsätzlich ideell-gemeinschaftlichen Zielen für den Beitritt zu dem rein privatwirtschaftlichen Zwecken dienenden Kartell zu nutzen, setzt sich in schärfstem Widerspruch zu dem außerordentlich vorsichtigen Gebrauch, den das Reichswirtschaftsministerium von dem Zwangskartellgesetz macht.

Verdingungskartelle

Durch die Verordnung über Verdingungskartelle vom 9. Mai 1934 und die Verordnung gegen Preissteigerungen vom 16. Mai 1934 hat die Regierung der Marktpolitik der Kartelle neue Grenzen gezogen. Die erste bereinigt zum guten Teil eine bereits sehr alte und in Rechtsprechung wie Literatur ausgiebig behandelte Streitfrage¹⁾. Bei Ausschreibung von Bauleistungen durch öffentliche Stellen wird mit wenigen Ausnahmen die Anwendung von Kartellbestimmungen bei der Abgabe von Angeboten untersagt. Praktisch bringt diese Bestimmung insoweit nichts grundsätzlich Neues, als die in den letzten Jahren von den Behörden bei ihren Ausschreibungen durchgeführte Kontrolle kartellmäßige Preisübersteigerungen ebenso verhinderte, wie das Gegenteil, das bekanntlich gerade bei den behördlichen Submissionen vielfach aus Reklame- oder Prestige Gründen verbreitet war. Kartelle, die nur zu diesem Zwecke gemeinsamen Vorgehens bei Ausschreibungen organisiert sind, werden also jetzt unmöglich, behalten demnach ihre Geltung nur noch für sonstige Ausschreibungen der öffentlichen Stellen und für private Submissionen. Der Zweck dieser Verordnung ist Schutz gegen unzulässige Preispolitik für die weitere Durchführung des Arbeitsbeschaffungsprogramms der Regierung, das ja wesentlich das Baugebiet umfaßt. Da zudem die öffentlichen Stellen, wie schon angedeutet wurde, durch die Submission keinen Preisdruck mehr ausüben wollen, fällt ihnen geradeüber die Notwendigkeit dieses Kartellschutzes fort. Gerade auch durch die neuen Wirtschaftsverbände läßt sich im übrigen auch für den Privatmarkt die Unterbindung der berüchtigten „Submissionenblüten“ erhoffen.

Preistreiberei

Von ungleich größerer einschneidender Bedeutung für die Kartellpolitik aber ist die Verordnung gegen Preistreiberei vom 16. Mai 1934. Anlaß hierzu dürfte nicht allein die Vorsorge gegen preissteigende Tendenzen in der allgemeinen Wirtschaftsbelebung gegeben haben, sondern auch gegen Auswirkungen der sich aus der notwendigen Devisenpolitik ergebenden Bewirtschaftung

¹⁾ Eine sehr eingehende, allerdings für diese „Submissionen-Kartelle“ eintretende Darstellung bei Bergemann-Gorski „Das Verdingungskartell“ Berlin 1931, Carl Heymanns.

einer Reihe binnenländischer Rohstoffe. Dies ergibt die am 19. April 1934 erlassene gleichartige Verordnung zur Verhinderung von Preissteigerungen auf dem Textilgebiet und die einen Tag spätere auf dem Gebiete der Lederwirtschaft. Die allgemeine Verordnung bedeutet praktisch eine besondere grundsätzliche Kontrolle der Kartellpolitik, soweit lebenswichtige Gegenstände des täglichen Bedarfs und lebenswichtige Leistungen zur Befriedigung des täglichen Bedarfs in Frage kommen. Sie trifft alle Kartell-Preisabreden, und zwar alle Veränderungen der Preisstellung wie namentlich auch die Bildung neuer Preiskartelle. Diese kann hinfort nur mit Einwilligung der zuständigen Preisüberwachungsstelle erfolgen, die auch autonom darüber entscheidet, welche Waren und Leistungen — damit sind auch die zahlreichen Handwerkskartelle erfaßt — dem Machtbereich der Verordnung unterfallen. In Frage kommen ferner nicht nur die Preisstellungen selbst, sondern auch alle mittelbaren, die Preise verändernden Maßnahmen, wie etwa Neufestsetzung, in diesem Falle also Kürzung von Treu- oder Umsatzrabatten, Ermäßigung oder Aufhebung von Seonti — kurz alle Preisbeeinflussung zum Nachteil der Abnehmer, soweit sie durch Kartellbeschlüsse erfolgt. Ja, die Verordnung greift noch weit über diese organisierte Preispolitik hinaus, indem sie bereits bloße Empfehlungen erfaßt, also im Gegensatz zum § 1 der Kartellverordnung von 1923 und ihrer Ergänzungen derartige nachteilige Veränderungen der Preise durch „friendly agreements“ der Zensur unterstellt. Da der Marktbereich der Kartelle sich regelmäßig über das Reichsgebiet erstreckt — mit wenigen Ausnahmen, wie etwa die Ziegeleikartelle — wird ganz überwiegend der Reichswirtschaftsminister, auf den ja die Befugnisse des Preiskommissars übergegangen sind, Zensurbehörde sein. Damit ist ihm also ein ganz unmittelbarer Einfluß auf die weitere Preispolitik der gewerblichen Kartelle eingeräumt. Die Verbände sind gezwungen, die Notwendigkeit von Preiserhöhungen nachzuweisen, und der Minister hat es stets in der Hand, den Verlauf der binnendeutschen Preisurven zeitlich und sachlich weitgehend zu beeinflussen. Daß damit eine günstige sachliche Vertiefung der Kartell-Preispolitik erzielt werden kann, bedarf keiner näheren Begründung, ebenso aber auch, daß der Behörde damit eine außerordentlich vermehrte und verantwortungsvolle Arbeitslast übertragen ist.

Daß die Behörden gewillt und heute auch in der Lage sind, scharf durchzugreifen, haben sie bereits erwiesen, so erst kürzlich gegenüber dem Kartell der Kohlenhändler in Württemberg, denen untersagt worden ist, das Verbot der Lieferung in Sammelladungen an geschlossene Verbraucherkreise, z. B. Belegschaften, aufrechtzuerhalten, ebenso auch das Vorgehen des Regierungspräsidenten in Düsseldorf gegenüber der Preispolitik der Ziegeleikartelle. [2120]

INDUSTRIELLER VERTRIEB

UNTER MITWIRKUNG DER FACHGRUPPE VERTRIEBSINGENIEURE BEIM VDI

Ein Gang durch die Pariser Messe von 1934

Von Diplomkaufmann ALFRED BETZ, Stuttgart

Die verschiedenen Marktorganisationen, die sich auf den Generalmessen „Messe“ bringen lassen, haben alle wohl ein gemeinsames Merkmal in dem Begriff „Markt“; daneben aber weisen sie unter sich oft ganz grundlegende Unterschiede auf. So ist z. B. ein Vergleich der Reichsmesse Leipzig mit den einzelnen „Braunen Messen“ grundsätzlich unmöglich, weil beide Organisationen im Aufbau und in der Durchführung entsprechend ihrer Zielsetzung entgegengesetzte Wege gehen müssen. Ähnlich verhält es sich mit der Gegenüberstellung der Reichsmesse Leipzig und der Messe von Paris, was besonders augenscheinlich wird bei einem Versuch, die Technische Messe in Leipzig und die technische Messe in Paris miteinander zu vergleichen. Gleichwohl dürfte eine Hervorhebung der für die Pariser Messe maßgeblichen Hauptgesichtspunkte im Anschluß an die diesjährige Messe aufklärend wirken.

1. Wer stellt auf der Pariser Messe aus?

Die Pariser Messe ist noch sehr jung. Ihre eigentliche Entwicklung begann erst in den Jahren 1918 bis 1920;

der amtliche Messekatalog für 1934 kennzeichnet die Entwicklung wie folgt:

Jahr	Benutzte Fläche	Ausstellerzahl
1917	53 000 m ²	1750
1925	190 000 „	5500
1931	360 000 „	7600
1933	390 000 „	7850
1934	400 000 „	8000

Beginnen wir mit der Abteilung Ernährung! Bei Wein und Weinerzeugnissen waren allein rd. 1000 Aussteller zu zählen; dazu kommt noch eine große Anzahl von Ausstellern innerhalb der Lebensmittelgruppe (Wurst- und Fleischwaren, Molkereierzeugnisse, Konserven, Kekse u. a.). Daß gerade die Abteilung Ernährung eine überaus reich besetzte Schau darstellt, ist nicht verwunderlich, wenn man die hohen Ansprüche berücksichtigt, die der Franzose im allgemeinen an Küche und Keller stellt. Und Paris ist nun einmal der große Abnehmer für solche Erzeugnisse und wirbt für die französische Gastronomie durch seinen großen Fremdenverkehr.

Im Bereiche der Lebensmittel herrscht da und dort noch der Jahrmarchtscharakter vor; auf dem großen Freigelände hat fast jeder Erzeuger von Käse, Wurst- und Fleischwaren, Likören, Biskuits usw. einen eigenen, meist auf äußere Wirkung eingestellten Pavillon — dort ist moderne Sachlichkeit mit der Romantik der Normandie, der Bretagne oder der Bourgogne friedlich vereint in buntem Durcheinander anzutreffen.

Was die Aussteller für die technische Messe anbelangt, so ist zu sagen, daß bereits 1933 die Erzeuger von Werkzeugmaschinen vereinbarungsgemäß größtenteils der Messe ferngeblieben sind. Auf der diesjährigen Messe, auf der eine Kollektivausstellung „die Elektroschweißung“ zu sehen war, war neben guten Maschinen doch eine beträchtliche Anzahl von Maschinen und Apparaten ausgestellt, die in Deutschland nicht mehr ausstellungsfähig sind. 1933 befremdete die große Anzahl von elektrischen Heilapparaten, deren Wert man bei uns bereits sehr skeptisch beurteilte. In diesem Jahre hatten wiederum drei der bedeutendsten Werkzeugmaschinenfabriken Frankreichs nicht ausgestellt. Die deutschen Aussteller, die früher in größerer Zahl erschienen waren, waren in diesem Jahr fast kaum vertreten.

Achttausend Aussteller 1934 — eine Höchstziffer im europäischen Messewesen nach der französischen Presse! Zweifellos, aber was sagt uns diese Zahl? Bereits die Abteilung Ernährung stellt einen hohen Anteil der Aussteller, von denen viele als Kleingewerbetreibende bezeichnet werden müssen. Das ist völkisch gesehen ein großer Vorteil, denn darin zeigt sich das Vorhandensein eines starken selbständigen Mittelstandes (das Verhältnis der selbständigen zu den abhängigen Berufen ist in Frankreich fast 1:1, in Deutschland dagegen schon 1:4!). In den übrigen Ausstellerkreisen finden wir wohl die Hälfte als Händler, die in Paris oder in einer andern Stadt Frankreichs ihren Geschäftsbetrieb innehaben. Der Händler ist wohl deshalb so stark vertreten, weil der direkte Verkauf an den letzten Abnehmer auf dieser Messe noch sehr häufig ist. Der Messebesucher kann eine kleine Bestellung für seinen Haushalt aufgeben, sei es ein Dutzend Flaschen Wein, ein Staubsauger, ein Ofen u. dgl. mehr. Von einer Ausschaltung des Zwischenhandels im eigentlichen Sinne kann aber deshalb nicht gesprochen werden, weil viele der ausstellenden Kleingewerbetreibenden eben nur deshalb die Messe besuchen, um hier ihren letzten Verbraucher, den Haushaltungsvorstand zu treffen. Hierin liegt wohl der Hauptgrund der hohen Ausstellierzahl. Dabei ist noch zu beachten, daß auch bei Kollektivausstellungen die Aussteller als solche schon mitgezählt werden, wenn sie nur einen Gegenstand zur Schau gestellt oder wenn sie ihren Prospekt am Kollektivstand aufzuliegen haben.

2. Wie setzen sich die Besuchermassen zusammen?

„Schau dir meine Werbung an, und du wirst erkennen, wen ich als Besucher wünsche!“ In 14 Tagen mehr als 2 Millionen Besucher! Eine Schlagzeile, die man 1933 nicht nur in den amtlichen Messekatalogen, sondern auch in den zahlreichen Werbeartikeln der Tages- und Fachpresse lesen konnte! Und dieses Jahr nahezu 3 Millionen! — Leipzig ist großer Ein- und Verkaufsmarkt für Kaufleute und Industrielle, deshalb ist in erster Linie dort nur der Besucher erwünscht, der unmittelbar mit der Messe verbunden, also entweder Aussteller oder Einkäufer ist. Das bedeutet, daß für Schaulustige auf der Messe kein Platz ist — man kann grundsätzlich daran festhalten, daß auf der Leipziger Messe nahezu eine ebenso strenge Ordnung besteht wie auf der Börse. Einer solchen Auslese dient schon der Eintrittspreis, der Preis des Messeabzeichens, der so bemessen ist, daß er für den tatsächlichen Interessenten nicht ins Gewicht fällt, während er den Messebummler fernhält. Ferner: die Leipziger Messe ist auf einen Zeitablauf von wenigen Tagen eingestellt, denn der Interessent hat sich im allgemeinen sehr rasch unterrichtet; die Pariser Messe dagegen dauert 14 Tage, wodurch der Ausstellungscharakter ausdrücklich betont wird.

Um den großen Andrang der Sehleute im Interesse der wirklichen Interessenten etwas einzudämmen, hat man dieses Jahr die zum einmaligen Eintritt am Lösungstage berechtigenden Karten (carte d'entrée) von 6 auf 8 Fr

erhöht, während die sogenannte Einkäuferkarte (carte d'acheteur) zu einem um 50 % ermäßigten Eintrittspreis berechnete, also 4 Fr kostete.

Wer erhielt nun diese Einkäuferkarten? Das Pariser Messeamt hat dieses Jahr 3 Mill. Einkäuferausweise in Umlauf gesetzt, mit andern Worten, jeder Kaufmann und Ladeninhaber wird eine Anzahl davon erhalten haben. Da Paris die Hauptmenge an Besuchern stellt, fällt selbstverständlich auch der Löwenanteil an Einkäuferkarten nach Paris. Es ist auch dem einzelnen sehr leicht möglich, sich solche Ausweise in irgendeinem Geschäft geben zu lassen.

Daneben sind noch zu erwähnen die zwei eintrittsfreien Vormittage für die Pariser — dieses Jahr am 10. und 13. Mai — wodurch Arbeitern und Angestellten, die entweder an der Herstellung der ausgestellten Gegenstände beteiligt waren, oder die unmittelbar oder mittelbar an der Einrichtung der Messstände mitgearbeitet haben, Gelegenheit geboten ist, die Messe kostenlos zu besuchen.

Eine nicht zu unterschätzende Anziehungskraft für einen großen Besuch liegt in der Aussicht auf diese oder jene Kostprobe. Vierhunderttausend Flaschen Wein der verschiedensten Gewächse wurden dieses Jahr kostenlos als Proben ausgeschenkt, und bei der Güte der französischen Weine ist die Beliebtheit dieser Abteilung wohl verständlich!

Ein weiterer Gesichtspunkt für einen Massenbesuch dieser Verbindung von Ausstellung und Messe dürfte wohl das wachsende technische Verständnis des Publikums sein.

3. Zusammenfassung

Bei der Pariser Messe haben wir es nicht mit einer Messe im Sinne der Reichsmesse Leipzig, sondern vielmehr mit einer Zusammenfassung von Messe und Ausstellung zu tun, die den Jahrmarchtsanteil von Jahr zu Jahr zurückdrängt. Diese Verbindung von Messe und Ausstellung ist den besonderen Verhältnissen von Paris angepaßt, sie ist deshalb auch in diesem Rahmen zu würdigen. Eine große internationale Messe, wie sie sich in Leipzig auf Grund Jahrhunderte alter Überlieferung herausgebildet hat, ist sie nicht, selbst wenn man berücksichtigt, daß auch fremde Staaten dort ausgestellt haben. Paris ist nicht nur Großabnehmer, sondern auch ein internationaler Treffpunkt, wo es von Vorteil ist, sich zu zeigen! [2116]

Inhalt

	Seite
Aufsatzteil:	
Deutsche Versicherung im Ausland. Von Dr. Ernst-Justus Ruperti	193
Zum Neuaufbau der deutschen Kraftfahrzeugstatistik	196
Deutschlands Schrottvorsorgung. Von Dr. J. W. Reichert	197
Zur Theorie des Speichers. Von Christoph Klotzsch	199
VDI	199
Deutschlands chemische Industrie in neuem Aufstieg	202
Archiv für Wirtschaftsprüfung:	
Der Betriebsvergleich im Spiegel des Schrifttums. Von Dr.-Ing. Otto Bredt	203
Wirtschaftsberichte:	
Die deutsche Wirtschaft im Juni 1934. Von Dr.-Ing. Otto Bredt	208
Wirtschaftskennzahlen	211
Zollwesen	212
Landwirtschaft	212
Versicherung	212
Verkehr	213
Eisen- und Stahlindustrie	215
Keramische Industrie	216
Teerindustrie	216
Schuhindustrie	216
Länderberichte	217
Literaturnachweis:	
Wirtschaftswissenschaft und -politik	217
Wirtschaftsprüfung	218
Energiewirtschaft	219
Betriebsfragen	219
Geldwesen	219
Vertrieb	220
Patentwesen	220
Technik und Recht	221
Aus andern Zeitschriften	221
Eingegangene Bücher	221
Kartellwesen. Von Dr. S. Tschierschky	222
Industrieller Vertrieb:	
Ein Gang durch die Pariser Messe von 1934. Von Dipl.-Kfm. Alfred Betz	223